Staat und Antifa, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 32 – 10. August 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

32
4 191814 302704

Mischen die Politik auf: Sahra Wagenknecht und Oskar Lafontaine

Bild: action press

Riss durchs linke Lager

Spannung steigt: Wagenknechts »Sammlungsbewegung« startet am 4. September

Mit verblüffenden Äußerungen zur Einwanderung fiel Sahra Wagenknecht schon auf. Jetzt will sie Ernst machen.

Der 4. September könnte als ähnlich gravierendes Datum in die neuere deutsche Parteiengeschichte eingehen wie der Gründungstag der AfD im Frühjahr 2013. Dann will die Linkspartei-Ikone Sahra Wagenknecht offiziell ihre neue linke „Sammlungsbewegung“ unter dem Motto „Aufstehen“ starten.

Wagenknecht ist in der Vergangenheit nicht bloß mit allerhand linken bis linksradikalen Ladenhütern der Wirtschafts- und Sozialpolitik aufgefallen. Zwar pries sie das „kubanische Modell“ ebenso wie den Kurs der sozialistischen Führung von Venezuela, die ihr Land in Chaos, Armut und Unterdrückung gestürzt hat. Das alles jedoch hatten ihr Medien und etablierte Politik kaum krumm genommen.

Was dagegen bereits für heftiges Aufsehen sorgte: Die 49-Jährige griff auch die Asyl- und Einwanderungspolitik an und nahm den EU-Zentralismus aufs Korn, den sie als im Kern undemokratisch geißelte. Damit verging sie sich an den heiligen Kühen der Globalisten von Union, SPD, FDP, Grünen und Linkspartei gleichermaßen.

Das besonders Schmerzliche für das etablierte linke Lager bestand darin, dass Wagenknecht mit ihrer Kritik einen himmelschreienden Widerspruch aufdeckte, der mit dem Auftauchen ihrer „Sammlungsbewegung“ in praller Öffentlichkeit diskutiert zu werden droht: Nämlich, dass unkontrollierte, möglichst zahlreiche Einwanderung unweigerlich auf den Arbeitsmarkt und den Sozialstaat drückt. Gerade Niedrigqualifizierte leiden unter dem ständigen Zufluss von neuer Konkurrenz von draußen, und die Mittel eines jeden Sozialstaats sind natürlicherweise begrenzt. Wer sie unbegrenzt der ganzen Welt zur Verfügung stellt, zerstört den Sozialstaat.

> Ein zentraler Widerspruch bei der Linken fliegt auf

Nur mit lauten, aggressiven Dauerattacken „gegen Rechts“ samt Nazi-Vergleichen ist es den Altparteien bislang gelungen, diese zwingenden Zusammenhänge zu kaschieren. Der neuen linken Bewegung um Wagenknecht könnte es gelingen, jenes Phrasengespinst zu zerschlagen und klare Stellungnahme einzufordern. Dieser Disput dürfte von vielen in Deutschland mit Spannung erwartet werden.

Andererseits monieren Beobachter, dass die Frage nach Nationen, Grenzen und Identitäten in dem, was aus der „Sammlungsbewegung“ bislang zu hören sei, weit gedämpfter klinge als das, was Wagenknecht und ihr Mann und politischer Weggefährte Oskar Lafontaine dazu schon geäußert hätten. Sollten die linken Bewegungs-Pioniere jedoch ausgerechnet in diesem entscheidenden Problemfeld zurück ins etablierte linke Lager treten, können sie eigentlich auch gleich wieder einpacken. Das aber wäre kaum nach Wagenknechts Geschmack und ist daher eher nicht zu erwarten.

Hans Heckel

Manuel Ruoff:

Sonderweg

Dienstverpflichtungen jeder Art sind ein Eingriff des Staates in die Freiheit seiner Bürger, der nur im Extremfall zu rechtfertigen ist, wenn sich für eine für Staat oder Gesellschaft überlebenswichtige Aufgabe nicht genügend Freiwillige finden. In einer solchen Situation war die von Feinden umzingelte Französische Republik 1793, als sie die Levée en masse (Massenaushebung) beschloss (siehe Seite 10). In einer solchen Situation befindet sich die Bundesrepublik des Jahres 2018 aber nicht.

Zugegebenermaßen fehlen der Bundeswehr Freiwillige, die Lust haben, in einer Interventionsarmee zu dienen, aber die Wehrpflicht wird von ihren derzeitigen Befürwortern ja ausdrücklich mit der Notwendigkeit der Landesverteidigung begründet, und hier ist immer noch entscheidend, dass wir „von Freunden umzingelt“ sind.

Mit einer einsamen Revitalisierung der Wehrpflicht in einem von Berufsarmeen geprägten Europa würde die Bundesrepublik einen bedenklichen deutschen Sonderweg beschreiten. Zum einen wäre es – ähnlich 1935 – ein Signal der Aufrüstung, an dem uns als friedliebende Nation nicht gelegen sein kann. Zum anderen würde es die Bildungspolitik der letzten Jahrzehnte konterkarieren. Das zwölf- statt 13-jährige sogenannte Turboabitur sowie die Verschulung und Verkürzung der Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses hatten das erklärte Ziel, Deutschlands Hochschulabsolventen so jung und damit wettbewerbsfähig wie die europäische Konkurrenz zu machen. Mit der Einführung einer Dienstpflicht nur in Deutschland wären die Deutschen wieder benachteiligt.

Wessen Prügeltruppe?

Das Verhältnis der Antifa zur Staatsmacht ist nicht mehr eindeutig

Einst war das Verhältnis der „Antifaschistischen Aktion“ (Antifa) zur Staatsmacht eindeutig. Sie wurde in der Weimarer Zeit von der Kommunistischen Partei Deutschlands gegründet, und die KPD stand der bürgerlichen, parlamentarischen Weimarer Republik mit ihrem überwiegend marktwirtschaftlich-kapitalistischen Wirtschaftssystem negativ gegenüber.

In der heutigen Bundesrepublik ist das Verhältnis zwischen Antifa und Staatsmacht ambivalenter und teilweise von Symbiosen oder neudeutsch: Win-Win-Situationen geprägt. Nicht ohne Grund spricht beispielsweise Matthias Matussek von „Prügelpersern“, und unter den Gegnern der Bundeskanzlerin ist von „Merkels SA“ die Rede, wenn es um die Antifa geht.

Tatsächlich handelt die Antifa im Sinne der Regierenden, wenn sie mit sogenannten Gegendemonstrationen oder offener Gewalt gegen regierungskritische Demonstrationen und Veranstaltungen vorgeht. Hier leistet die Antifa den Regierenden wertvolle Dienste, die diese selber nicht vollbringen können, ohne sich juristisch ins Unrecht zu setzen und ihre eigene Herrschaft offenkundig zu delegitimieren.

> Symbiotische Beziehung

Eine Symbiose beinhaltet per Definition Vorteile für beide Seiten, und so profitiert ihrerseits auch die Antifa von den Regierenden in der Bundesrepublik. Das Ende der DDR als Geldgeber hatte den kontinuierlichen Geldfluss 1990 empfindlich unterbrochen, aber in der Kanzlerschaft Gerhard Schröders ist die Bundesrepublik mit ihren Ländern an die Stelle der DDR getreten, und die Antifa blüht wieder. Der „Aufstand der Anständigen“ und der „Kampf gegen rechts“ mit seinen millionenschweren Programmen führt zu einer großzügigen Subventionierung der Antifa.

M.R.

(siehe Seite 4)

Diskussion um Agrarnothilfe

Deutsche Bauern fordern wegen Hitze eine Milliarde vom Bund

Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt: Die anhaltende Hitze und Dürre trifft die Landwirte vor allem im Norden und Osten des Landes hart. Joachim Rukwied, Präsident des Bauernverbands, spricht von Schäden in Milliardenhöhe, angefangen vom Futter bis zu den Feldfrüchten: „Allein beim Getreide gibt es einen Ausfall von 1,4 Milliarden Euro ... Der Mais ist nur 30 bis 40 Zentimeter hoch.“

Aufgrund dieser Situation forderte der Bauernverband die Regierung auf, den Notstand auszurufen und im gleichen Atemzug zu Nothilfen in Höhe von einer Milliarde Euro. Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) kündigte zwar eine schnelle Unterstützung an, will aber erst den Ernteberich abwarten, der Ende August vorgelegt wird, ehe sie eine Entscheidung trifft. Auch Parteikollege Volker Kauder und Bayerns Ministerpräsident Markus Söder (CSU) versprachen, sich für die Bauern einzusetzen. Das gab dem „Spiegel“ Anlass, auf die personellen Verflechtungen zwischen Bauernlobby und Politik hinzuweisen – Rukwied ist CDU-Mitglied – sowie auf die traditionell konservative Wählerklientel der Landwirte. Laut einer Analyse der Forschungsgruppe Wahlen gaben bei der letzten Bundestagswahl 61 Prozent aller Landwirte der Union ihre Stimme.

> SPD: Landwirte sollen umdenken

Das linke Lager, unterstützt von SPD und Grünen, gibt den Bauern eine Mitschuld an der Klimaveränderung. Umweltministerin Svenja Schulze (SPD) fordert ein konsequentes Umdenken der Bauern. Dazu zählten eine vielfältige Fruchtfolge, ein breites Anbauspektrum, ökologische Ausgleichsflächen sowie artgerechte Tierhaltung. Laut Umweltbundesamt stammen elf Prozent der Treibhausgase, die aus Deutschland kommen, aus der Landwirtschaft.

MRK

(siehe Seite 3)

MELDUNGEN

0,7 Millionen Syrer registriert

Wiesbaden – 19,3 von rund 82 Millionen Einwohnern Deutschlands hatten 2017 einen Immigrationshintergrund. Das heißt, sie selbst oder wenigstens ein Elternteil wurde ohne deutsche Staatsbürgerschaft geboren. Mit 2,8 Millionen stellen Menschen mit türkischen Wurzeln die größte Gruppe, gefolgt von 2,1 Millionen mit polnischen, 1,4 Millionen mit russischen, 1,2 Millionen mit kasachischen und 0,9 Millionen mit rumänischem Hintergrund. In die Höhe geschnellt ist vor allem die Zahl der Syrer, von denen Ende vergangenen Jahres (offiziell) 0,7 Millionen in der Bundesrepublik lebten. Anzunehmen ist, dass deren Zahl sich allein wegen der forcierten Familienzusammenführung bald der Marke von einer Million nähern wird, zumal ernsthafte Bemühungen seitens der Politik zur Rückführung von Bürgerkriegsflüchtlingen derzeit nicht zu erkennen sind. *H.H.*

Keine Arbeit für Muslime

Warschau – Polens boomende Wirtschaft benötigt dringend neue Arbeitskräfte. Da die seit Polens EU-Beitritt 2004 abgewanderten 2,5 Millionen Polen, darunter hochqualifizierte Arbeitskräfte wie Ärzte und Ingenieure, nicht zurückkehren, wirbt die Regierung um ausländische Arbeitskräfte, um den Bedarf an Fachkräften zu decken. Derzeit leben 1,5 Millionen Ukrainer in Polen, die meist in der IT-Branche, auf dem Bau, in der Landwirtschaft oder in der Pflege arbeiten. Begehrt sind auch Arbeitskräfte aus Weißrussland und Moldau. Die Regierung hat Anwerbeabkommen mit den Philippinen geschlossen, was mit der kulturellen Nähe durch den katholischen Glauben begründet wurde. Das Arbeitsministerium strebt weitere Anwerbeabkommen mit Vietnam und dem überwiegend hinduistischen Nepal an, aus Angst vor Terror jedoch nicht mit muslimischen Ländern. *MRK*

Ein Doppelpass für Südtiroler

Österreich will deutschsprachiger Bevölkerung in Italien Staatsbürgerschaft anbieten – Widerstand aus Rom

Die Regierung in Wien plant, Südtirolern die österreichische Staatsbürgerschaft zu gewähren, sofern sie dies wünschen. Italiens Außenminister Enzo Moavero Milanesi hält das für einen „mehr als ein feindseligen Akt".

Nachdem in Österreich ein Gesetzesentwurf für eine zweite Staatsbürgerschaft für Südtiroler „bis auf wenige textliche Präzisierungen" bereits ausgearbeitet sein soll, pflegte René Pollitzer, Österreichs Botschafter in Rom, einen „freundschaftlichen Meinungsaustausch zum Thema Doppelpass für Südtiroler" mit Milanesi. Dabei dürfte der Diplomat Italiens Außenminister mit der Wiederholung der von seiner Außenministerin Karin Kneissl vorgegebenen Formel – welche auch die offizielle Position der türkis-blauen Wiener Regierung ist – beruhigt haben: Das „im europäischen Geiste" angelegte Vorhaben solle „im permanenten Dialog mit Rom" verwirklicht werden.

Sollte es bei dieser Festlegung Wiens bleiben, nämlich Südtirolern die Staatsbürgerschaft „nur im Einvernehmen mit Italien" zu erteilen, so liefe dies unweigerlich auf eine politische Selbstfesselung Österreichs hinaus. Rom lässt wohl kaum von seiner Verweigerungshaltung ab, welche seine Diplomatie in Formeln zu kleiden vermag. Denen zufolge soll Wien sozusagen als Störenfried der „gemeinsamen staatsbürgerschaftsrechtlichen EU-Verfahrensweise" erscheinen.

Seit der Annexion des südlichen Landesteils Tirols 1918 und der mittels des Friedensvertrags von Saint-Germain-en-Laye 1919 legitimierten Einverleibung dieser durch den 1915 vollzogenen Seitenwechsel erlangten Kriegsbeute gilt für Italien die vom einstigen Ministerpräsidenten Antonio Salandra geprägte Maxime vom „heiligen Eigennutz" („sacro egoismo"). Wer auch immer vor und nach 1945 Italien regierte – stets betrachtete Rom entgegen vielen Verträgen und Bekundungen, wonach die mühsam erkämpfte Autonomie ein „Vorzeige-Modell" sei und damit betreffende Fragen „im europäischen Geiste" beantwortet würden, Südtirol als inneritalienische Angelegenheit.

Die derzeitige aus Lega Nord (LN) und Movimento 5 Stelle (M5S, Fünf-Sterne-Bewegung) gebildete Regierung dürfte das kaum anders sehen. Umso mehr als sich deren „starke Männer", Innenminister Matteo Salvini (LN) sowie Arbeits- und Sozialminister Luigi Di Maio (M5S), nicht klar zur Causa äußern, hat das Wort des Staatspräsidenten Gewicht. Sergio Mattarella nannte das österreichische Vorhaben unverblümt eine „ohne Bedacht gefasste Initiative", welche das „Rad der Geschichte" zurückzudrehen beabsichtige.

Natürlich weiß Mattarella, dass sein Land italienischstämmigen Bürgern anderer Staaten überall auf der Welt die Staatsbürgerschaft erteilt. Davon machten mehr als eine Million Menschen insbesondere in Süd- und Nordamerika Gebrauch. Italien hat eigens das 1975 getroffene Europaratsabkommen zur „Verringerung von Fällen mehrfacher Staatsangehörigkeit" aufgekündigt und per Gesetz nicht nur sein von 1912 stammendes Staatsbürgerschaftsgesetz entsprechend geändert, sondern auch den im slowenischen Küstenland sowie in Kroatien (Istrien, Fiume, Dalmatien) ansässigen ethnischen Italienern den Erwerb seiner Staatsbürgerschaft eröffnet. Davon machten 37 000 Personen Gebrauch.

Zudem hat Italien allen Auslandsitalienern auch das aktive und passive Wahlrecht sowie feste Parlamentssitze – zwölf Vertreter in der Abgeordnetenkammer, sechs im Senat – zugestanden. Kein anderes Land, um dessen primäre Staatsbürger es dabei ja ging, ist um sein Einverständnis ersucht worden.

Wien hingegen soll nicht Gleiches für die deutsch-österreichischen und ladinisch-österreichischen Südtiroler tun dürfen, deren Vorfahren Staatsbürger Österreichs waren? Soll gelten, worauf die italienische Haltung hindeutet, nämlich die altrömische Maxime „Quod licet Iovi non licet bovi" („Was Jupiter erlaubt ist, ist dem Ochsen nicht erlaubt")?

Mitnichten. Niemand kann Österreich untersagen, im eigenen nationalen Interesse zu handeln und kraft eigener Souveränität die rechtliche Grundlage für die im Regierungsübereinkommen von ÖVP und FPÖ vorgesehene Erteilung der österreichischen Staatsbürgerschaft zu schaffen, welche für „die Angehörigen der Volksgruppen deutscher und ladinischer Muttersprache in Südtirol, für die Österreich auf der Grundlage des Pariser Vertrages und der nachfolgenden späteren Praxis die Schutzfunktion ausübt", gelten soll.

Besagter Personenkreis bliebe, sofern von den 528 379 Südtirolern (Wohnbevölkerung im ersten Quartal 2018 laut Landesstatistik-Institut) alle gemäß dieser Definition Anspruchsberechtigten den österreichischen Pass beantragten und annähmen, weit unter der Zahl der gut 1,2 Millionen Auslandsitaliener, denen Rom den italienischen Pass zuerkannte.

Im Übrigen hätten, wenn Wien den Kreis der Anspruchsberechtigten nach Art Italiens festlegen wollte, auch die Trentiner – wie die Südtiroler zuvor Staatsbürger Österreich-Ungarns – ein Anrecht auf „Wiedererlangung der österreichischen Staatsbürgerschaft". Die Trentiner Autonomistenpartei PATT mahnte bereits, Wien möge „die im Trentino lebenden Nachkommen ehemaliger Bürger der k.u.k. Monarchie nicht vergessen. Auch unsere Vorfahren waren Bürger von Österreich-Ungarn; auch unsere Großväter sind im Ersten Weltkrieg zu Tausenden in den Reihen des Heeres Kaiser Franz Josefs gestorben."

Darüber hinaus wäre es folgerichtig, auch die Ladiner der Gemeinden Cortina d'Ampezzo, Colle Santa Lucia und Livinallongo del Col di Lana in den Kreis der Anspruchsberechtigten aufzunehmen, deren unbestreitbare Tiroler Geschichte in nichts von jener der Kommunen Südtirols abweicht – außer dass sie unter Mussolini gegen ihren Willen der Provinz Belluno zugeschlagen wurden.

Würden letztgenannte Personenkreise Berücksichtigung finden, so wäre unter dem von Regierungsseite bekundeten Aspekt unbedingter Einvernahme mit Italien das Vorhaben überfrachtet und wohl chancenlos. Angesichts all dessen fragt man sich, wieso niemand den Schneid besitzt, dem italienischen Gegenüber nicht nur dessen eigenes Verhalten in Staatsbürgerschaftsangelegenheiten vorzuhalten, sondern auch auf das alleinige Recht des souveränen Österreich hinweisend zu bestehen, seine Staatsbürgerschaft zu verleihen, wem immer es will.

Wien hat es nicht nötig, in Rom zu antichambrieren. Außenministerin Kneissl sollte sich daher beim Wort nehmen und ihre zutreffende Sentenz, welche sie unlängst auf die Außen- und Energiepolitik der EU gemünzt verwandte, als österreichische Handlungsmaxime vorgeben: Es sei „hoch an der Zeit" für „eine von eigenen Interessen geleitete Politik", schrieb sie unlängst in der „Presse". In der „Causa Staatsbürgerschaft für Südtiroler" ist sie, wie die gesamte Bundesregierung, daran zu messen. *Reinhard Olt*

Könnten Südtiroler bald in der Tasche haben: Einen Ausweis der Republik Österreich Bild: Imago

»Kompromisse beschleunigen den Untergang der Religion«

Fragen zur Zukunft der Kirche erörtert – Der 18. Kongress »Freude am Glauben« des Forums Deutscher Katholiken in Fulda

Unter dem Motto „Selbstbewusst mit Christus" ging im Juli in Fulda der Kongress „Freude am Glauben" zu Ende. Ziel sei „die Förderung der Verkündigung des katholischen Glaubens nach der Lehre der Kirche, gemäß dem Katechismus der katholischen Kirche" gewesen, sagte Hubert Gindert, Gründer und Sprecher des veranstaltenden Forums Deutscher Katholiken.

Die heutige Situation der Kirche in diesem Land gleiche jener, die Petrus Canisius in seinem Brief vom 2. August 1567 an den Bischof von Würzburg beschrieben hat. Darin heißt es: „Mit Wissen und Wollen gehen wir zugrunde, wenn wir uns nicht ernsthaft auf den schlimmen Zustand Deutschlands ... und auf die dafür notwendigen Gegenmittel besinnen ... Wir müssen uns zwischen den beiden Möglichkeiten entscheiden: Entweder unseren Glauben zu verteidigen und erneuern oder ihn zu unserer Schande aufgeben ... In Glaubenssachen den Sektierern nachzugeben, geht nicht an. Kompromisse beschleunigen nur den Untergang der Religion."

„Unser Kongress in der Stadt des Heiligen Bonifatius wird ein Signal setzen und sich den Herausforderungen unserer Zeit stellen. Auf diesem Kongress wird die Eucharistie nicht verhöhnt, sondern verehrt", so Gindert weiter. Auf diesem Kongress würden nicht die Relativierung des Zölibats, das Frauenpriestertum, die Interkommunion, die Segnung homosexueller Paare und Ähnliches gefordert. „Wir werden uns vielmehr den Fragen zuwenden, die für die Zukunft unserer Gesellschaft und Kirche wichtig sind und die Katholiken bewegen: Erhaltung der Religions- und Gewissensfreiheit, Wertschätzung von Ehe und Familie, Achtung der Menschenrechte und -würde, ein vereinigtes Europa auf der Basis christlicher Wertvorstellungen, die Eucharistie als Sakrament und Kraftquelle", so Gindert.

Der emeritierte Fuldaer Oberhirte Heinz Josef Algermissen eröffnete den Kongress mit einem Pontifikalamt im vollbesetzten Hohen Dom zu Fulda. Von Anfang an hätten die Kongresse „Freude am Glauben" mit ihren Themen den Finger in die Wunden problematischer Entwicklungen in der Kirche gelegt. So auch in diesem Jahr. Tatsächlich sei das Selbstbewusstsein katholischer Christen nicht eben hoch entwickelt. Das habe viele Gründe. Sicher sei der dramatisch niedrige Grundwasserspiegel des Glaubens und des Glaubenswissens ein wesentlicher. Man könne nur selbstbewusst den Glauben bekennen, wenn man seine Wahrheit kennt. Andernfalls seien die „Diktatur des Indifferentismus" (Papst Benedikt XVI.) und die Gleichgültigkeit bestimmende Merkmale, die destruktiv wirken. Genau dieser Hintergrund sei in den letzten Wochen im Kontext des sogenannten „Kommunionstreits" überdeutlich geworden, so Algermissen in seiner Begrüßung.

> In einer Resolution forderten die Teilnehmer mehr geistliche Führung durch die katholische Kirche und ihre Priester

Höhepunkt des ersten Kongresstages war für die meisten der über 1000 Teilnehmer die Rede des Schirmherrn des Kongresses, des ehemaligen (und schon lange aus der CDU ausgetretenen) Ministerpräsidenten aus Sachsen-Anhalt, Werner Münch, zum Thema „Werteverlust in Europa". Seine Gedanken spiegeln sich wider in einer Resolution der Teilnehmer, in der diese unter Hinweis auf die christlichen Wurzeln Europas ein vertieftes Zusammenwachsen als Wertegemeinschaft forderten – unter Wahrung von Solidität, Solidarität und Subsidiarität.

Europa dürfe nicht nur auf Wachstum und Transferunion setzen, sondern müsse wieder eine Gemeinschaft von Staaten werden, die auf eine christliche Gesinnung Wert legt und die Rechte und Würde des Menschen über alles stellt.

Den zweiten Kongresstag prägte nach einem feierlichen Hochamt in der außerordentlichen Form des römischen Ritus in der Stadtpfarrkirche ein Vortrag des renommierten Osnabrückers Sozialwissenschaftlers Manfred Spieker, der sich mit dem Thema „Menschenwürde und künstliche Befruchtung" beschäftigte. Das Kind als eigenständiges Subjekt, dem Menschenwürde zusteht, sei das große Tabu der assistierten Reproduktion. Mit der Menschenwürde und der aus ihr abgeleiteten Pflicht, alles zu unterlassen, was Leben, Freiheit und Gleichheit des Embryos existentiell bedroht, kollidierten viele Aspekte der künstlichen Befruchtung.

Würdiger Abschluss des Tages war die stets eindrucksvolle abendliche Marienprozession vieler Hundert Teilnehmer mit Marienweihe vom Kongresszentrum durch den barocken Schlosspark zur Stadtpfarrkirche St. Blasius.

Der viel beachtete und theologisch bestechende Abschlussvortrag des deutschsprachigen Weihbischofs Athanasius Schneider vom Erzbistum Astana in Kasachstan beschäftigte sich mit dem Thema „Eucharistie als Sakrament und Kraftquelle". Im Gegensatz zu vielen seiner deutschen Amtsbrüder gilt seine besondere Sorge der würdigen Feier der Eucharistie. Er sieht die katholische Kirche in Deutschland in einer schweren Krise, weil anthropozentrisches Denken die Christozentrik verdunkle. In der Feier der Eucharistie werde das Geheimnis der Kirche, die Erlösung der Menschen, gegenwärtig.

In einer weiteren Resolution forderten die Teilnehmer mehr geistliche Führung durch die Kirche und ihre Priester. Der Mensch sehne sich nach Orientierung, während eine gesellschaftliche Elite als Leitgedanken einen Ego-Kult propagiere, der den Menschen unsicher und orientierungslos mache. Als Beispiele wurden gender mainstreaming, Frühsexualisierung von Kindern, Home-Ehe, Abtreibung und Präimplantationsdiagnostik genannt.

Feierlicher Abschluss des Kongresses war schließlich das Pontifikalamt von Weihbischof Schneider, der den Opfercharakter der Heiligen Messe betonte: „Die Eucharistie ist das Herz des Lebens und der Existenz der Kirche", führte er aus. „Die Kirche lebt aus der Eucharistie", zitierte Weihbischof Schneider Papst Johannes Paul II. Engagierte Christen rief er im Sinne des Leitwortes dazu auf, wie die Rebe am Weinstock Früchte zu bringen. *Roger Zörb*

Der Autor ist Vorsitzender des Bundes Katholischer Rechtsanwälte und der Gesellschaft zur Förderung christlicher Verantwortung sowie Herausgeber von Festschriften für Benedikt XVI.

Ist dieser Sommer der Beweis?

Vertreter der These eines menschengemachten Klimawandels fühlen sich durch die Hitze bestätigt

Der Juli war extrem heiß, weite Teile der Republik leiden unter einen langen Trockenperiode. Reflexartig wird der Klimawandel herbeigeredet. Dabei sind solche Wetterphänomene keine Seltenheit.

Die lang anhaltende Trockenphase sorgt teilweise für hysterische Reaktionen. Der Bauernverband befürchtet die „schlechteste Ernte des Jahrhunderts", die „FAZ" fragt, ob „dieser Sommer noch normal" sei und die „Bild"-Zeitung ist sich sicher: „Der Sommer 2018 hat das Zeug zu einem Jahrhundertsommer!"

Einige Politiker nutzen die Gunst der Stunde für ideologische Vorstöße. So sieht Niedersachsens Umweltminister Olaf Lies (SPD) in der aktuellen Wetterphase einen weiteren Beweis dafür, dass der Kampf gegen den Klimawandel zu den wichtigsten Fragen der Zukunft gehöre. „Die Wetterextreme, gerade der letzten Jahren, haben uns aufgezeigt, was passieren kann, wenn wir Klimaschutz nicht ernst nehmen und der Klimawandel eintritt", sagte er NDR Info.

„Der Klimawandel hat die Wahrscheinlichkeit der aktuellen Hitzewelle mehr als verdoppelt", glaubt Geert Jan van Oldenborgh, Forscher am Royal Netherlands Meteorological Institute: „Es ist ein abstraktes Zahlen-Thema. Der wichtigste Orientierungswert für dessen Fortschreiten ist der Anstieg der globalen Durchschnittstemperatur. Menschen fühlen allerdings nicht die globale Durchschnittstemperatur", erklärte der Wissenschaftler gegenüber der Deutschen Welle.

Und das Umweltbundesamt (UBA) warnt, dass es dieses Jahr bereits zu einem zweiten „Jahrhundertsommer" nach 2003 kommen könne – und fordert mehr Anstrengungen in der Klimapolitik und zur Anpassung an den Klimawandel. UBA-Präsidentin Maria Krautzberger sagte der „Frankfurter Rundschau": „Der Mai war der wärmste Monat seit Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881."

Seit Jahren sind Experten dabei, langjährige Werte zu vergleichen und auszuwerten. Doch sie befinden sich immer noch im Bereich der Interpretationen. Klimaforscherin Friederike Otto von der Universität Oxford ist ebenfalls auf Seiten derer, die von einem „handgemachten" Klimawandel durch den Menschen ausgehen. Sie warnt dennoch davor, falsche Schlüsse zu ziehen. „Man kann einzelne Klimaereignisse dem Klimawandel zuordnen. Aber natürlich nicht absolut, man kann nicht sagen, dieses Ereignis wurde vom Klimawandel ausgelöst und von sonst nichts anderem."

„Es ist schon so, dass wir in Sachen Trockenheit einen extremen Sommer erleben. Man muss natürlich für jeden Ort einzeln untersuchen, wie trocken ist das im Vergleich zur Vergangenheit", erklärt Wetterexperte Sven Plöger. Er warnt vor Panikmache: „Die absoluten Hitzerekorde bis zu 40 Grad hatten wir noch nicht. Da fehlt noch ein bisschen", sagt der Wetterforscher und fügt an: „Man muss nicht gleich Rekordjagd betreiben."

Und Jörg Kachelmann, der wohl bekannteste Wetter-Forscher im deutschsprachigen Raum, sagt klipp und klar: „Grundsätzlich kann man nicht sagen, dass die Wetterextreme zunähmen und mit dem Klimawandel zu tun hätten."

Schon Krautzbergers Hinweis auf das Jahr 1881 belegt, wie wenig aussagekräftig die Statistiken bisher sind. Adrian Leyser vom Deutschen Wetterdienst gesteht denn auch ein: „Es ist leicht, jedes Extrem mit dem Klimawandel in Verbindung zu bringen. Aber das ist nicht unbedingt zielführend."

Einzelne Hitzephasen gab es in den vergangenen Jahren in der Mitte Europas immer wieder mal. Der letzte extrem heiße Sommer liegt 15 Jahre zurück. Schon hinsichtlich des Juli und August 2003 sprach man von einem „Jahrhundertsommer". Besonders heiß war es im Südwesten der Republik. Baden-Württemberg erlebte den mit Abstand heißesten Juni seit Messbeginn 1881 mit Temperaturen, wie sie normalerweise nur an den Stränden Südeuropas erreicht werden. Bis zu sieben Grad war es damals wärmer als im Schnitt. Bis heute gilt der Sommer 2003 als eine der schwersten Naturkatastrophen Europas der vergangenen 100 Jahre. In Deutschland kostete die Hitzewelle wohl Tausende Personen das Leben, vor allem wegen Lungenversagen. Die Anzahl der Sommertage lag in vielen Regionen um mehr als 30 Tage über dem Normalwert. Vom Klimawandel sprach damals aber niemand.

Denn auch vorher gab es immer wieder mal sehr warme Sommer. Zum Beispiel den extrem heißen, trockenen „Steppensommer" des Jahres 1947. Aber man kann auch noch weiter zurückgehen.

„Das Alte Reich in Ägypten, dem wir die großen Pyramiden von Gizeh verdanken, ging vor rund 2200 Jahren aufgrund einer katastrophalen Dürreperiode unter", erinnerte unlängst die „Stuttgarter Zeitung" und ergänzte: „Wegen der wahnsinnigen Hitze wurde der Sommer 1387 ‚der heiße Sommer' genannt. Und 1473 gab es in Deutschland eine viermonatige Dürre mit extrem heißen Tagen. Als Folge der Hitze konnten die Menschen zu Fuß durch die Donau laufen."

Als das bisher markanteste Jahr der europäischen Wettergeschichte gilt 1540. Die Situation für die Menschen in Mitteleuropa sei damals zum Verzweifeln gewesen, glauben Forscher. Von März bis Dezember regnete es nicht nennenswert. Die Temperaturen stiegen im Sommer deutlich über die 40-Grad-Marke – glauben die Forscher. Genau können sie das nämlich nicht sagen, denn das Thermometer war damals noch nicht erfunden. Und hier haben wir wieder das klassische Problem des Mangels an belastbarem Zahlenmaterial, je weiter wir in die Geschichte zurückgehen.

Alle gängigen Wettermodelle sind sich zwar einig, dass die Durchschnittstemperatur in den vergangenen Jahrzehnten angestiegen ist. Ein endgültiger Beleg für einen Klimawandel muss dies jedoch nicht sein. Denn was sind schon einige warme Jahrzehnte angesichts der Menschheitsgeschichte? *Peter Entinger*

Bild: Imago

Dieser Sommer ist zweifellos überdurchschnittlich: Fußbad in einem Brunnen in Mannheim

MELDUNGEN

Rassismus paradox

Frankfurt am Main – Laut Untersuchungen, auf welche die „FAZ" hinweist, wird Rassismus gerade in jenen Ländern besonders stark empfunden, wo er in Wahrheit besonders schwach entwickelt ist. So klagten Immigranten in Deutschland und Skandinavien häufiger über Diskriminierung als Einwanderer in osteuropäischen Ländern. Grund hierfür sei, dass in Ländern mit geringem Rassismus die Erwartungen der Einwanderer an ihre Behandlung deutlich höher gesteckt seien, weshalb schon das Gefühl geringster Zurücksetzung skandalisiert werde. In Ländern mit einer ablehnenderen Haltung gegenüber Ausländern dagegen werde weniger erwartet und daher auch weniger geklagt, wenn es zu unerfreulichen Begegnungen mit Einheimischen komme. *H.H.*

Inobhutnahme statt Pädagogik

Berlin – Nachdem den Berliner Strafverfolgungsbehörden kürzlich ein großer Erfolg gegen eine kriminelle Araberfamilie gelungen ist, fordert Falko Liecke, Jugendstadtrat von Neukölln, den Clans weiter zuzusetzen, indem man deren Kinder langfristig in Obhut nimmt. Der CDU-Politiker hat in vielen Jahren Erfahrungen mit kriminellen Clan-Familien gesammelt, nach deren Verständnis das einzige Recht, das zählt, das der Familie sei. Egal, was die Entscheidungsträger unternähmen, die Kinder krimineller Clans würden immer wieder straffällig. Weil es aussichtslos sei, schicke man schon keine Sozialpädagogen mehr in die Familien. Zwar sei es teuer, Kinder aus den Familien herauszunehmen, weil sie sehr betreuungsintensiv sind, aber vermutlich wirksam. Zusätzlich müssten die Behörden, Polizei, Jugend- und Sozialämter sowie das Grundbuchamt stärker vernetzt werden. *MRK*

Zu wenig Bewegung

Nicht einmal jeder Zehnte lebt rundum gesund

Seit fünf Jahren untersucht die Krankenversicherung DKV gemeinsam mit Professor Ingo Froböse, dem Leiter des Zentrums für Gesundheit durch Sport und Bewegung an der Deutschen Sporthochschule Köln, wie gesund die Bundesbürger leben. Die diesjährigen Erkenntnisse sind alarmierend. Für den Bericht wurden fast 2900 Deutsche ab 18 Lebensjahren am Telefon befragt.

Zwar hätten 61 Prozent ihren Gesundheitszustand als gut oder sogar sehr gut eingeschätzt. Nur neun Prozent der Befragten lebten jedoch rundum gesund. Bei der ersten Umfrage 2010 waren es noch 14 Prozent gewesen.

Bewegungsmangel wird zu einem immer größeren Problem in Deutschland. „Erwachsene sollten nach Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation pro Woche mindestens 150 Minuten moderater Aktivität (zum Beispiel zügiges Gehen) oder 75 Minuten intensiver Aktivität nachgehen (zum Beispiel Joggen)", heißt es in dem Bericht: „Allerdings erreichten nur 43 Prozent der Befragten dieses empfohlene Mindestmaß." 2010 seien es noch 60 Prozent gewesen. „Damit wird der Weg für viele zivilisationsbedingte Erkrankungen wie Rückenschmerzen, Übergewicht, Bluthochdruck, verschiedene Krebsarten, Diabetes Typ II sowie für weitere Erkrankungen immer weiter geebnet", warnen die Forscher. „Seit der Erstauflage des Reports 2010 bewegen sich die Deutschen immer weniger – dabei ist körperliche Aktivität von zentraler Bedeutung für unser Wohlbefinden. Das sind sehr erschreckende Resultate", sagte DKV-Vorstandschef Clemens Muth.

Insgesamt haben zehn Prozent der Befragten angegeben, gar keine körperliche Aktivität auszuüben, der sie länger als zehn Minuten am Stück nachgehen – weder während der Arbeit, noch beim Transport oder in der Freizeit. Zudem sitzen die Deutschen im Durchschnitt 7,5 Stunden täglich. Das ist eine halbe Stunde mehr als 2016.

Besserverdienende gingen in aller Regel Tätigkeiten nach, in denen sie sich wenig bewegten, typische Schreibtischberufe eben. Dafür bewege sich diese Personengruppe in der Freizeit wesentlich mehr und sei auch bereit, für Sport viel Geld auszugeben. In der höchsten Einkommenskategorie sind es sogar 80 Prozent, die in ihrer Freizeit körperlich moderat oder intensiv aktiv sind. Von den Menschen im unteren Verdienstsegment gaben dagegen nur 55 Prozent an, in ihrer Freizeit überhaupt moderat oder intensiv körperlich aktiv zu sein. *P.E.*

Zu selten: Gesunder Freizeitsport an der frischen Luft Bild: Colourbox

Verbraucher müssen zahlen

Bauernverband fordert staatliche Subventionen für Ernteausfälle

Wer in Schleswig-Holstein ein Pferd hält, hat es schon zu spüren bekommen: Heu und Stroh sind bereits knapp und teuer. Die anhaltende Hitze in Deutschland und die damit verbundene Dürre auf den Agrarflächen sorgen für Futtermittelknappheit und einen drastischen Preisanstieg. Die von Ernteausfällen bedrohten Bauern fordern zusätzliche Subventionen des Staates, was die Debatte um staatliche Unterstützung für Landwirte erneut entfacht hat (siehe Seite 1).

Der Deutsche Bauernverband (DBV) hat seine Ernteprognosen für dieses Jahr kräftig nach unten korrigiert: Statt der geschätzten 41 Millionen Tonnen Getreide werden nur 36 Millionen Tonnen erwartet. Der diesjährige Ertrag läge damit zwölf Prozent unter dem des Vorjahres. Deutliche Einbußen gibt es vor allem bei Getreide, Mais und Kartoffeln. Milchviehhalter klagen über Futtermangel.

Besser ergeht es Winzern und Obstbauern. Erstere dürfen sich auf einen Spitzenjahrgang freuen, letztere ernten so viele Äpfel, Kirschen und Zwetschgen wie schon lange nicht mehr. Deshalb ist laut Expertenmeinung eine flächendeckende zusätzliche Subvention nicht gerechtfertigt. Für Landwirte, deren Ertrag mehr als 30 Prozent unter dem des Vorjahres liegt, gibt es ohnehin staatliche Subventionen.

Unter Druck geraten diejenigen Landwirte, die in neue Ställe, Maschinen oder Tiere investiert haben. Ihnen fehlt bei einem Ernteeinbruch das Geld für die Rückzahlung ihrer Kredite. Sollte es hageln, könnten die Bauern sich beruhigt zurücklehnen. Dagegen sind die meisten versichert, gegen Dürre jedoch nicht. Zwar bieten Versicherer vereinzelt solche Policen an, doch die sind in der Regel unerschwinglich und mit hohen Selbstbeteiligungen versehen. Schuld daran, dass die Policen so unerschwinglich sind, hat auch der Bund, der auf einer Mehrwertsteuer von 19 Prozent beharrt, während er diese für die Hagelversicherung bereits auf 0,3 Prozent abgesenkt hat. Der Gießener Spezialversicherer Vereinigte Hagel sieht hier die Regierung in der Pflicht, eine landwirtschaftliche Mehrgefahrenpolice inklusive Trockenheit zu forcieren. In den USA und anderen EU-Ländern gibt es diese schon. Eine Versicherung gegen Wetterrisiken in der Landwirtschaft könnte den Steuerzahler entlasten, denn Dürre kommt nicht ständig vor und Hagelschäden treten meist nur regional auf.

> Eine bezahlbare Dürreversicherung gibt es noch nicht

Eine oft geäußerte Kritik an der Subventionierung von Bauern betrifft die Bildung von Rücklagen. Um ihr unternehmerisches Risiko zu mindern, könnten sie in guten Jahren für schlechte sparen. Einen Vorschlag der Bauern, steuerfreie Rücklagen bilden zu können, hat der Bund jedoch abgelehnt. Laut DBV liegt der durchschnittliche Ertrag eines Agrabetriebs bei 56 000 Euro im Jahr. 25 600 Euro erhalten die Landwirte an Subventionen vom Staat. Aus der EU gehen jährlich sechs Milliarden Agrarsubventionen an Deutschland. 300 Euro je Hektar Fläche erhalten die Bauern an Direktzahlungen, die nicht an Auflagen gebunden sind. Sie erhalten diese unabhängig von der Wetter- und Marktlage. Neben ersten schnellen Hilfe der Länder springt der Bund ein bei mehr als 30 Prozent Ertragseinbußen. Allerdings muss er erst einspringen, wenn ein landesweiter Notstand vorliegt. Seit Ende Juni gibt es für stark betroffene Bauern günstige Kredite zur Liquiditätssicherung von der Rentenbank. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Pakt mit dem Establishment

Die entscheidende Zäsur erfolgte mit Gerhard Schröders »Aufstand der Anständigen«

Die Antifa, Abkürzung für „Antifaschistische Aktion“, hat eine Geschichte, die bis in die Weimarer Republik zurückreicht. Jedoch paktierte sie damals noch nicht mit der Staatsmacht – weder offen noch verdeckt. Das ist inzwischen deutlich anders.

Nach einer Saalschlacht zwischen KPD- und NSDAP-Abgeordneten im preußischen Landtag rief die Führung der Kommunistischen Partei Deutschlands am 25. April 1932 in der Parteizeitung „Die Rote Fahne“ dazu auf, eine „Antifaschistische Aktion“ zu gründen, um der „Faschisierung Deutschlands Einhalt zu gebieten“. Allerdings blieb die hieraufhin entstandene Ur-Antifa ohne Erfolg, denn sie vermochte es nicht, den weiteren Aufstieg der NSDAP und Adolf Hitlers zu stoppen.

Trotzdem besannen sich linke Kräfte in der Bundesrepublik auf dieses gescheiterte Vorbild, als sie 1969 den drohenden Einzug der NPD in den Bundestag zu verhindern suchten. Zwei Jahre später formulierte der Kommunistische Bund das bis heute gültige Aktionskonzept der Antifa: Bildung unzähliger lokaler Initiativen, gewaltsames Vorgehen gegen „Neonazis“ und die Polizei, die diese „schützt“, sowie öffentliche Bloßstellung von „Rechten“. Darüber hinaus sollte auch der „Faschismus in der Mitte der Gesellschaft“ attackiert werden.

Hierdurch ging die Antifa auf klaren Konfrontationskurs zum Staat – zumindest nach außen. Denn während sie ihre Rhetorik immer mehr verschärfte und die angeblich „autonomen“ Antifa-Gewalttäter innerhalb des „Schwarzen Blocks“ bürgerkriegsartige Krawalle anzettelten, um den „Staatsfaschismus“ in der Bundesrepublik zu bekämpfen, wurden parallel hierzu Aktionen gestartet, die dem Verfassungsschutz und somit auch den Regierenden in die Hände arbeiteten. So publizierte der Kommunistische Bund 1977 die von Antifa-Spitzeln zusammengetragenen Informationen über die Hamburger Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS). Deswegen vermochten es die Sicherheitsbehörden, diese rechtsextreme Truppe zu zerschlagen.

Beide Seiten profitieren von der Kooperation

Insofern war es nur folgerichtig, dass der prominente Antifa-Aktivist Bernd Langer in den 1980er Jahren dafür plädierte, enger mit etablierten politischen Organisationen wie den Grünen und den Gewerkschaften zusammenzuarbeiten. Und genauso kam es auch. Die entscheidende Zäsur erfolgte im Jahre 2000, als Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wegen des Brandanschlages auf die Düsseldorfer Synagoge – der übrigens von zwei Arabern verübt wurde – den „Aufstand der Anständigen“ proklamierte. Seitdem erfreuten sich die Antifa-Aktivisten immer größerer Sympathien der „Zivilgesellschaft“ und agierten auch zunehmend Seite an Seite mit deren Vertretern, wenn es irgendwie gegen „Rechts“ ging.

Bereits zuvor war es zu einer weiteren Annäherung zwischen der Antifa und dem Verfassungsschutz gekommen. Seinen sichtbarsten Ausdruck fand dies in dem dreitägigen Treffen von rund 70 Antifa-Vertretern mit Mitarbeitern des Inlandsgeheimdienstes im Mai 1997. Offenbar wollten die Hüter des Grundgesetzes weiterhin von der Expertise der Linksextremen bezüglich rechtsradikaler Personen und Organisationen profitieren. Das ist wohl auch ein Grund, dass der Verfassungsschutz der Antifa zwar permanent bescheinigt, sie wolle unter dem Deckmantel des „Antifaschismus“ die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen, andererseits aber kein Verbot der Gruppierung wegen verfassungsfeindlicher Bestrebungen fordert.

Wolfgang Kaufmann

Bild: Imago

Im Gegensatz zu ihrem Logo ist ihr Verhältnis zur Staatsmacht inzwischen deutlich anders als zur Weimarer Zeit: Die Antifa

Zeitzeugen

Jan Rabel – Der „Antifaschist“, der seit einer Hirnoperation im Rollstuhl sitzt, fungierte als Sprecher eines von der Thüringer Landesregierung protegierten linken Bündnisses und pflegt private Beziehungen zur linken Landtagsabgeordneten Katharina König-Preuss. Diesen März wurden bei ihm etwa 100 Kilogramm Chemikalien für den Bombenbau gefunden. Mehr gaben die zuständigen Behörden seitdem nicht bekannt. Deshalb wird im Internet nun zu Recht die Frage diskutiert: Wozu brauchte Rabel, der übrigens nie in Untersuchungshaft kam, derart viel Sprengstoff – für Attentate gegen politische Gegner oder für Anschläge, die man diesen in die Schuhe schieben kann?

Patrick Gensing – Vom Jugendlichen, der nach eigener Aussage „Antifa-mäßig unterwegs“ gewesen sei, schaffte es der „Kämpfer gegen Rechts“ zum Leiter des Tagesschau-Online-Portals „Faktenfinder“ bei der ARD. In dieser Eigenschaft agitiert Gensing nun auch kräftig gegen die AfD, welche er für „gefährlicher als die NPD“ hält.

Bild: akg images

François Bondy – Von dem Schweizer Essayisten wurde in „Pfade der Neugier. Portraits“ von 1988 der folgende vielzitierte Ausspruch des italienischen Sozialisten Ignazio Silone überliefert: „Wenn der Faschismus wiederkehrt, wird er nicht sagen: ‚Ich bin der Faschismus.‘ Nein, er wird sagen: ‚Ich bin der Antifaschismus.‘“

Max Keilson – Zusammen mit dem Grafiker Max Gebhard schuf der Leiter des Zentralen Ateliers für Bildpropaganda der KPD 1932 das bekannte Logo der Antifa, also die von einem Ring mit dem Schriftzug „Antifaschistische Aktion“ umschlossenen Doppelfahnen. Dieses wird in leicht abgewandelter Form bis heute verwendet: eine der Fahnen und der Ring sind nun schwarz, darüber hinaus zeigen die Spitzen der Fahnenstangen jetzt sinnigerweise nach rechts statt nach links.

Bild: Sandro Halank, Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0

Gregor Gysi – Nach Meinung des früheren Vorsitzenden der Linksfraktion im Deutschen Bundestag ist die Antifa von V-Leuten des Verfassungsschutzes unterwandert, die auf Demonstrationen für Gewaltausbrüche sorgen. Das sei Teil der Strategie, linke Politik zu diskreditieren.

92 Prozent wohnen noch bei Mama

Lange Zeit war unklar, wie man sich den typischen linksradikalen Gewalttäter aus dem Antifa-Spektrum vorstellen muss. Diese Wissenslücke konnte erst in jüngster Zeit durch die Recherchen von Nils Schuhmacher von der Hochschule Esslingen und der Abteilung Verfassungsschutz der Berliner Senatsverwaltung für Inneres geschlossen werden. Nun wissen wir, dass die meisten Antifa-Chaoten zwischen 21 und 30 Jahren alt und somit dem unmittelbaren Jugendalter entwachsen sind.

In 84 Prozent der Fälle handelt es sich um Männer, von denen wiederum 90 Prozent beim Beziehungsstatus „ledig“ angeben. Das korrespondiert damit, dass 92 Prozent der linksradikalen Rowdys noch bei ihren Eltern wohnen.

Hinsichtlich des Bildungsstandes wurden folgende Zahlen ermittelt: 16 Prozent der „Antifas“ haben keinen Schulabschluss, 17 Prozent einen Hauptschulabschluss, 38 Prozent die mittlere Reife und 29 Prozent Abitur.

Nur ein Fünftel ist regulär berufstätig

Trotz dieser formell gar nicht so schlechten Bildung liegt die Arbeitslosenquote unter den „Kämpfern gegen Rechts“ bei 34 Prozent, also weit über dem deutschlandweiten Durchschnitt. Viele andere sind Schüler und Studenten. Letztlich geht nur jeder Fünfte einer regulären Berufstätigkeit nach.

Es lässt sich konstatieren, dass viele Antifa-Mitglieder sozial Abgehängte sind und offensichtlich erhebliche Reifungsdefizite aufweisen. Von Letzterem zeugen auch die permanenten Schuldzuweisungen an die Gesellschaft, die für das persönliche Scheitern verantwortlich gemacht wird. Hieraus resultiert dann die Überzeugung, man habe das „Recht“, durch szenetypische Delikte wie Landfriedensbruch, Körperverletzung und Brandstiftung gegen das „System“ zu opponieren. Gleichzeitig zeigen Linksradikale aber keinerlei Skrupel, Sozialleistungen des Staates wie zum Beispiel Kindergeld, das bis zum 25. Geburtstag gezahlt wird, in Anspruch zu nehmen. *W.K.*

Der Staat zahlt die Zeche

Bis 1989 war es die DDR, nun sind es Bund, Länder und Gemeinden

Vor ihrem Zusammenbruch finanzierte die DDR – obzwar selbst unter chronischem Devisenmangel leidend – zahlreiche linke beziehungsweise antifaschistische Organisationen und Initiativen in der Bundesrepublik. So erhielt allein die DKP jährlich an die 70 Millionen D-Mark. Das Geld erwirtschafteten die rund 150 Tarnfirmen der Stasi-Arbeitsgruppe Bereich Kommerzielle Koordinierung (AG BKK) unter der Leitung von Oberst Alexander Schalck-Golodkowski. Eine davon war die EMA Industrieanlagen Handelsgesellschaft mbH in Essen.

Naheliegenderweise profitierte von alldem auch die Antifa, bis diese Geldquelle 1989 versiegte. Abhilfe schuf hier der sogenannte Aufstand der Anständigen, der dazu führte, dass Bund, Länder und Kommunen immer größere Summen für antifaschistische Jugendprojekte sowie den „Kampf gegen Rechts“ zur Verfügung stellten, die über Umwege auch der Antifa zugutekamen. Genauso verhält es sich heutzutage beim Bundesprogramm „Demokratie leben! Aktiv gegen Rechtsextremismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit“, wie die

Erhellende Ausarbeitung der WD

Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages (WD) kürzlich in ihrer Ausarbeitung „Linksextremismus in Gestalt der sogenannten ‚Antifa‘. Organisationsbezogene strafrechtliche Implikationen“ (WD 7-3000-069/18) feststellten.

Ähnlich ist die Situation auf Landesebene. Hierzu ein Beispiel: Der „antifaschistische Aktivist“ Jan Rabel, bei dem die Polizei 100 Kilogramm Chemikalien für die Sprengstoffherstellung fand, war Sprecher des Thüringer Bündnisses für Zivilcourage und Menschenrechte im Landkreis Saalfeld-Rudolstadt, das von der rot-rot-grünen Landesregierung gefördert und ausgezeichnet wurde. Vergleichbare Zustände herrschen in Berlin und Hamburg. Die Hansestadt bezuschusste 2017 den „Gipfel für globale Solidarität“, an dem auch gewaltbereite Linksextreme beziehungsweise Antifa-Vertreter teilnahmen. Und Berlin – ebenso pleite wie weiland die DDR – lässt sich den „Kampf gegen Rechts“ über 3,3 Millionen Euro pro Jahr kosten. Dabei gilt als sicher, dass die rund 50 gesponserten linken Gruppierungen von Antifa-Kadern unterwandert sind. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Sorge um einen historischen Ort

Kritik an Planung: Wird der Checkpoint Charlie von einem gigantischen Hochbau entstellt?

Der meistbesuchte ehemalige Grenzübergang in Berlin: Checkpoint Charlie an der Friedrichstraße

Bild: pa

Bereits im nächsten Jahr will ein Investor mit der Bebauung der letzten Freiflächen am früheren Berliner Sektorenübergang Checkpoint Charlie beginnen. Die nun vorgelegten Entwürfe für den geschichtsträchtigen Ort stoßen auf scharfe Kritik.

Anlass für Befürchtungen gab eine Ausstellung mit städtebaulichen Entwürfen für das Areal an der Berliner Friedrichstraße. Im Auftrag des Senats und der Berliner Projektentwicklungsgesellschaft Trockland haben sieben Architekturbüros Vorschläge zur Gestaltung des geschichtsträchtigen Ortes gemacht.

Dabei geht es um die Bebauung der letzten freien Flächen östlich und westlich der Friedrichstraße. Ein Entwurf aus dem Haus des renommierten Architekten David Chipperfield sieht einen Wolkenkratzer mitten auf der Kreuzung von Friedrichstraße und Zimmerstraße vor. Dabei soll das Hochhaus auf Stelzen gesetzt werden, sodass der Verkehr unter dem Gebäude durchfließen kann.

Dass auch in den meisten Entwürfe der anderen Architekturbüros Hochhäuser, zum Teil sogar dichtgedrängt, eine wichtige Rolle spielen, ist kein Zufall: Der Senat hat mit dem Investor vereinbart, dass direkt an der Ecke Friedrichstraße/Zimmerstraße eine Freifläche von 1000 Quadratmetern bleibe. Diese Einschränkung legt das Bauen in die Höhe nahe. Zudem will der Senat am ehemaligen Checkpoint Charlie mit einem Museum an die besondere Geschichte des Ortes erinnern. Bereits vereinbart ist, dass das Land Berlin an der Ostseite der Friedrichstraße für ein Museum des Kalten Krieges künftig eine Fläche von 3000 Quadratmetern anmietet.

Städtebauexperten, aber auch einige Politiker, haben die unlängst erfolgte Präsentation der sieben Entwürfe für den Checkpoint Charlie und dabei vor allem den straffen Zeitplan mit Unbehagen aufgenommen. Präsentiert wurden die Pläne der Öffentlichkeit nämlich nur wenige Stunden lang an drei Tagen – und dies obendrein in der parlamentarischen Sommerpause. Auch der Realisierungswettbewerb soll nur wenige Tage nach der Ausstellung bereits beginnen. Das vorgelegte Tempo hat zu Vermutungen geführt, dass Fakten geschaffen werden sollen, solange sich die Parlamentarier des Berliner Abgeordnetenhauses noch in der Sommerpause befinden.

Nun soll auf einmal alles ganz schnell gehen

Vor allem Stadtentwicklungssenatorin Katrin Lompscher (Linkspartei) steht in der Kritik von FDP, AfD und CDU, aber auch aus den Reihen des Koalitionspartners, den Grünen. Die Senatorin musste sich gerade beim Thema Wohnungsbau bislang regelmäßig anhören, sie agiere zu zögerlich. Im Fall des Checkpoint Charlie verwundert einige Beobachter erst recht, welch hohes Tempo vorgelegt wird.

Stefan Evers, der stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus, wirft dem Senat nicht nur fehlende Sensibilität für die Entwicklung am Checkpoint Charlie vor, sondern auch ein Vorgehen im Hau-Ruck-Verfahren: „Nach jahrzehntelangem Warten muss nun auf einmal alles ganz schnell gehen, möglichst ohne störende öffentliche Debatte. Das wird weder dem historischen Stellenwert des Ortes gerecht, noch dem hohen öffentlichen Interesse“, so Evers. Der Christdemokrat rügt zudem, dass über die Inhalte eines „Letter of Intent“ (Absichtserklärung) zwischen dem Investor und dem Land Berlin bisher nur gerätselt werden könne.

Harald Laatsch, der baupolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Abgeordnetenhaus, spricht im Zusammenhang mit der Entwicklung von Hektik: „Nachdem es ihnen seit der Wende nicht gelungen ist, eine funktionierende städtebauliche Perspektive für die Brachen am früheren Checkpoint Charly zu entwickeln, überschlagen sich nun die Ereignisse.“

Tatsächlich ist der Zeitplan eng. Der Investor plant den Baubeginn für den 9. November 2019, zum 30. Jahrestag des Mauerfalls. Bislang ist die Projektentwicklungsgesellschaft offenbar nicht einmal Eigentümerin der Baugrundstücke. Laut Medienberichten sind die Grundstücke noch in der Hand eines Insolvenzverwalters.

Berlins Landesdenkmalamt hat den Ort erst vor kurzer Zeit unter Denkmalschutz gestellt. Dieser Schritt kommt sehr spät. Von der ursprünglichen Übergangsstelle ist nur noch wenig übriggeblieben. Selbst das Kontrollhäuschen der US-Armee, vor dem sich viele Touristen fotografieren lassen, ist nicht mehr authentisch, sondern nur ein Nachbau. Weltweit steht der Ort als Symbol für den Kalten Krieg zwischen Ost und West wie kaum ein anderer.

Hier standen sich im Oktober 1961 sowjetische und US-amerikanische Panzer gegenüber. Die Gefahr eines Dritten Weltkriegs war bis zu jenen Tagen vermutlich nie so groß gewesen. CIA und Stasi beobachteten über Jahrzehnte aus umliegenden Häusern das Geschehen am Übergang. Auch fast 30 Jahre nach dem Mauerfall gehört ein Besuch des ehemaligen Checkpoints quasi zum Pflichtprogramm vieler Touristen. Pro Jahr zieht der Ort in der Mitte Berlins mehr als eine halbe Million Besucher an. *Norman Hanert*

Mit den Amis feiern

Von Theo Maass

Vom 27. Juli bis zum Sonntag, den 19. August findet wieder ein Deutsch-Amerikanisches Volksfest in Berlin statt. Der Marienpark in Berlin-Tempelhof ist mittlerweile der dritte Standort. 1961 wurde in der Nähe des US-Konsulats und der Kaserne der US-Panzersoldaten in Berlin-Zehlendorf zwischen Clayallee und Hüttenweg das erste Fest dieser Art gefeiert.

Die US-Armee wollte seinerzeit das gute Verhältnis zwischen ihr und den Berlinern intensivieren. Das war nach der Berlin-Blockade und den Ereignissen bei der „Befreiung“ der Berliner mit Massenvergewaltigungen, Morden, Plünderungen und anderen Begleiterscheinungen recht leicht. Berlin bestand damals aus 20 Verwaltungsbezirken, von denen acht unter die Knute der Sowjetrussen und der SED standen. Die restlichen zwölf teilten sich US-Amerikaner (sechs), Briten (vier) und Franzosen (zwei). Am populärsten waren die Amis. Das sollte sich erst ändern, als Wehrdienstverweigerer und linke Studenten das Milieu zuerst in Kreuzberg veränderten.

Solange die US-Truppen in Berlin noch präsent waren, prägten sie auch das Volksfest. Eis und andere Kleinigkeiten wurden preiswerter als von deutschen Schaustellern angeboten. Auch Glücksspiele betrieben die Amerikaner. Bei 17 und 4, Glücksrad und Würfeln war die Gewinnquote so hoch, dass den US-Soldaten, die an den Ständen waren, nur so viel Gewinn blieb, um sich anschließend noch einen netten Abend machen zu können.

Das schränkte den üblichen Nepp, der bei Rummelveranstaltungen gang und gäbe ist, ein. Ich kann mich erinnern, dass ich an manchem Tag mit deutlich mehr Geld das Volksfest verließ, als ich mitgebracht hatte. Als Schüler mit knappem Taschengeld ein wichtiger Faktor. Ich schloss Freundschaft mit manchem GI. Keine Frage, die West-Berliner liebten die Amis – damals. 1994 zogen sie aus Berlin ab.

Bis 2010 fand das Fest dann ohne die US-Soldaten am traditionellen Ort statt. Dann wurde das Gelände an einen Investor verkauft. Seelenlose Betonklötze stehen nun dort. 2011 bis 2015 gab es ein Deutsch-Amerikanisches Volksfest in der Nähe des neuen Hauptbahnhofs, 2016 fiel es ganz aus.

Nun haben die Veranstalter das Ereignis zwar an einem verkehrstechnisch schlecht erschlossenen Ort verlegt. Ich werde aber trotzdem hingehen, aus alter Anhänglichkeit, vergeblich nach American Ice Cream für 50 Pfennig und der Würfelhalle mit den US-Soldaten suchen und ein bisschen traurig sein. Wie schön war es damals. 1963 versuchten die Franzosen, den Erfolg mit dem Deutsch-Französischen Volksfest zu kopieren. Auch dieses wurde populär. Ich kann mich daran erinnern, dort meine ersten Froschschenkel gegessen zu haben.

Huren verklagen Politik

Prostituiertenschutzgesetz trifft auf harsche Kritik der Betroffenen

Das Prostituiertenschutzgesetz vom 21. Oktober 2016 zwingt alle „Sexarbeiterinnen“, sich registrieren zu lassen. Rund 2100 haben das in Berlin inzwischen getan. Polizei und zuständige Behörden schätzen aber, dass die reale Zahl etwa dreimal so hoch ist. Das Gesetz, das eigentlich Prostituierte vor einer zwangsweisen Ausübung ihrer Tätigkeit schützen soll, scheint bei den Betroffenen wenig Anklang zu finden. Die Anmeldebestätigung wird automatisch in elektronischer Form an die zuständigen Finanzämter übermittelt.

Einer der Gründe für die mangelnde Bereitschaft zur Meldung könnte bei den Finanzämtern liegen. Ein Steuerberater, der anonym bleiben will, berichtet, ihn habe eine russische Liebesdienerin um Hilfe gebeten. Sie hatte sich angemeldet und erhielt daraufhin Schätzungsbescheide des Finanzamtes. Statt wie angegeben einen Besucher pro Tag mit einem Salär von 100 Euro war das Amt der Meinung, der Tarif der Dame liege bei 150 Euro und sie habe mindestens drei Besucher pro Tag. So sollte die Frau, die das Gewerbe nur nebenher betrieb und hauptsächlich einem Studium

Finanzämter sitzen den Sexarbeiterinnen im Nacken

nachging, für 450 statt für 100 Tageseinnahmen Steuern bezahlen. Nach einigen Monaten ergriff sie unter Hinterlassung der „Steuerschuld“ die Flucht.

Laut dem Steuerberater kein Einzelfall. Er selbst betreue inzwischen ähnliche Fälle, bei denen es in Verhandlungen mit den Finanzbeamten gelungen sei, einen Vergleich zu schließen. Berufskollegen berichteten das Gleiche.

Die Berliner Prostituierten-Beratungsstelle und -Interessenvertretung Hydra hatte bereits vor Inkrafttreten des Gesetzes die Datenweitergabe kritisiert. Der Frankfurter Verein Doña Carmen reichte 2017 beim Bundesverfassungsgericht sogar Verfassungsbeschwerde gegen das Gesetz ein. „Wir wenden uns ganz entschieden gegen eine diskriminierende rechtliche Sonderbehandlung.“

Womöglich dient das Gesetz weniger dem Schutz der Betroffenen als der Geldbeschaffung der Finanzämter. Juanita Henning von Doña Carmen warnt: „Mit gnadenloser Ignoranz wurde ein repressives Gesetz durchgezogen, das in der Prostitutionsbranche keinen Stein auf dem anderen lassen wird.“ Allerdings hat das neue Gesetz auch im öffentlichen Dienst neue Planstellen geschaffen, die erforderlich waren, um das Gesetz und die Landesdurchführungsbestimmungen zur Anwendung zu bringen. *Frank Bücker*

Harleys aus Berlin?

Hauptstadt wirbt um Motorradbauer

Der amerikanische Motorradhersteller Harley-Davidson hat angekündigt, Teile seiner Produktion ins Ausland verlegen zu wollen. Mit dem Schritt will die Firma höheren Zöllen entgehen, welche die EU im Handelsstreit mit den USA verhängt hat. In der Unternehmenszentrale in Milwaukee, Wisconsin, sind mittlerweile auch einige Bewerbungsschreiben aus Deutschland eingetroffen.

US-Konzern will EU-Zöllen entgehen

Im Juli hat die Wirtschaftsförderungsagentur „Berlin Partner“ in einem Schreiben auf die deutsche Hauptstadt als möglichen Produktionsstandort für die traditionsreiche Motorradmarke aufmerksam gemacht. Birgit Monteiro (SPD), Wirtschaftsstadträtin und stellvertretende Bürgermeisterin von Lichtenberg, wirbt zusätzlich ganz speziell für ihren Bezirk. In Berlin-Hohenschönhausen ständen noch landeseigene Flächen zur Verfügung, die für produzierendes Gewerbe genutzt werden können. Laut Monteiro würde Berlin auch vom Image her bestens zu Harley-Davidson passen.

Interesse an dem Motorradbauer gibt es auch in Brandenburg. Frank Balzer (SPD), der Bürgermeister von Eisenhüttenstadt, hat vor einigen Wochen einen Brief nach Milwaukee geschrieben. Aus Balzers Sicht bietet seine Stadt an der Oder ideale Bedingungen. Als Vorteile nannte der Bürgermeister kurze Wege über Schiene, Straße oder Wasser nach Berlin, aber auch die Nähe zu Polen. Schon vor Wochen hatte ein Sprecher des US-Konzerns Polaris Industries angedeutet, für das Europageschäft könnten Motorräder der Marke „Indian“ künftig in Polen gefertigt werden. *N.H.*

Neue Chance für alten Flugplatz

Kurz vor Auslaufen zum 31. Juli wurde nach Mitteilung des Verkehrsministeriums von Sachsen-Anhalt die Betriebserlaubnis für den Flughafen Magdeburg-Cochstedt bis zunächst Ende Februar 2019 verlängert. Als der Flughafen Anfang 2016 insolvent ging, entzog ihm das Landesverwaltungsamt die Betriebserlaubnis. Seither suchte das Land einen Investor, um Sachsen-Anhalts einzigen Flughafen weiterbetreiben zu können. Der 1957 von der sowjetischen Besatzungsmacht errichtete Militärflugplatz sollte nach 1990 mehrfach zivil genutzt werden. Zwar zeigten einige Fluggesellschaften wie Ryanair Interesse, aber zu einer dauerhaften Nutzung kam es nicht. Nun hat das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) Interesse signalisiert, die Anlage als Versuchsgelände zu nutzen. Der Name Magdeburg-Cochstedt täuscht etwas, denn die Landeshauptstadt liegt 35 Kilometer entfernt. Aschersleben oder Staßfurt liegen näher. *F.B.*

MELDUNGEN

Verhandlungen über Syrien

Sotschi – Die stellvertretenden Außenminister Russlands, des Iran und der Türkei haben sich Ende Juli in Sotschi zu Verhandlungen über eine Nachkriegsordnung in Syrien getroffen. Im Fokus standen eine neue Verfassung, die Freilassung von Gefangenen und die Rückkehr syrischer Flüchtlinge in ihre Heimat. Beobachter vermuten, dass Russland den Druck auf seinen Verbündeten Assad erhöhen wird, um Fortschritte in der Beilegung des Konflikts zu erzielen. Diese seien Voraussetzung für EU-Hilfen zum Wiederaufbau des Landes. Der Sondergesandte der Vereinten Nationen, Staffan de Mistura, der die UN-Friedensverhandlungen zu Syrien in Genf leitete, nahm nur als Beobachter teil. *MRK*

Explosive Situation

Paris – Wegen einer akuten Bedrohungslage musste eine französische Hilfsorganisation ihre Unterstützung von 700 Asylsuchern in einer wilden Zeltstadt in Paris einstellen. In den vergangenen 20 Monaten hatte die Gruppe „Solidarité Migrant Wilson“ nach eigenen Angaben 250000 Mahlzeiten an die Männer, Frauen und Kinder ausgegeben. Nun sei die Lage in der Zeltstadt aber so bedrohlich für ihre Mitarbeiter geworden, dass sich die Organisation zurückziehen müsse. Das Verhältnis zwischen den dort kampierenden Volksgruppen sei schlecht, Drogensüchtige seien aggressiv, auch gegen die Helfer. Im Juni hatte die Polizei das wilde Lager bereits einmal geräumt, danach sind die Bewohner jedoch umgehend zurückgekehrt. „Solidarité Migrant Wilson“ hat die Behörden gegenüber der Zeitung „Le Parisien“ gewarnt, vor Ort sei eine „explosive Situation“ entstanden. Der Staat müsse seiner Verantwortung nachkommen. *H.H.*

Israel droht Verlust des IS-Puffers

Der Islamische Staat verliert auf den Golanhöhen immer mehr Territorium

Die Enklave des Islamischen Staates (IS) jenseits der Grenze des von Israel kontrollierten Teils der Golanhöhen steht kurz vor dem Fall. Syriens Regierungsgegner verlieren auf den Golanhöhen immer mehr Territorium. Nur eine kleine Region direkt an der Grenze wird noch vom IS gehalten.

Kaum ein Pilger, der in diesen Tagen die ruhig gelegene deutsche Benediktinerabtei Tabgha am See Genezareth besucht, ist sich im Klaren, dass knapp eine halbe Stunde von der Brotvermehrungskirche Jesu entfernt eine Enklave des IS beginnt. Dort treibt dieser schon seit mehreren Jahren sein grausames steinzeitislamisches Unwesen. Dieses Gebiet von etwa 30 Dörfern im Süden der Golanhöhen konnte sogar den Fall der IS-Hauptstadt Raqqa und den Verlust von neun Zehntel des IS-Territoriums im letzten Jahr überdauern.

Aber nun scheint sich dies zu ändern. Bisher war die IS-Enklave an der Grenze des von Israel kontrollierten Teils der Golanhöhen von einem Schutzschild aus Gebieten in der Hand syrischer Rebellen umgeben. Diese Rebellen strecken jedoch seit einigen Wochen schon nach und nach die Waffen und ziehen sich in die Provinz Idlib zurück, die als letzte noch von syrischen Rebellen gehalten wird.

Die Rebellen machen damit im Süden des Landes den Weg für die syrische Armee an die Grenze zu dem von Israel besetzten Teil der Golanhöhen frei. Russland hatte ein Abkommen mit den Regierungsgegnern für die Provinz Quneitra vermittelt. Präsident Baschar al-Assad kann so seine Macht weiter festigen. Regierungstruppen hatten im Juni im Gebiet um Quneitra eine Offensive begonnen und in den vergangenen Wochen bereits zahlreiche Orte übernommen.

Mit dem Abkommen verlieren die Regierungsgegner im Süden Syriens fast ihr vollständiges Gebiet. Dort kontrolliert jetzt nur noch ein Ableger des IS eine kleine Region. Diese grenzt sowohl an den von Israel besetzten und annektierten Teil der Golanhöhen als auch an Jordanien. Die seit 1974 hier stationierten UN-Soldaten haben längst die Pufferzone verlassen, nachdem die Dschihadisten mehrere UN-Soldaten entführt und nur gegen ein üppiges Lösegeld wieder freigelassen hatten. Bislang haben IS-Kämpfer allerdings an keiner Front die Waffen gestreckt und sich auf keine Verhandlungen eingelassen. Unbekannt ist, ob das Oberhaupt des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, noch lebt.

Das palästinensische Flüchtlingslager Yarmuk am Stadtrand von Damaskus war das größte Flüchtlingslager für Palästinaflüchtlinge in Syrien. Hier hatten in den 70er und 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts die radikalsten Palästinensergruppen ihren Rückhalt, unterstützt und gut ausgerüstet vom syrischen Präsidenten Hafez al-Assad, dem Vater des heutigen syrischen Staatsoberhaupts, der zwei Kriege gegen Israel führte. Als 2011 der Aufstand gegen das Assad-Regime begann, stellten sich die Palästinenser auf die Seite ihres Protektors im syrischen Präsidentenpalast. Als allerdings ab 2013 der Syrienkrieg immer mehr religiös-konfessionelle Züge annahm, begann die Loyalität der Palästinenser zu schwanken, zumal sie, anders als der Präsidentenclan um Assad, keine Alawiten, sondern Sunniten sind. Verstärkt wurde diese Kehrwende durch Kämpfe im Flüchtlingslager, bei denen die Assad-Truppen wenig Rücksicht auf die palästinensische Zivilbevölkerung nahmen.

Große Teile der bewaffneten Palästinenser schlossen sich damals der gegen Assad kämpfenden Freien Syrischen Armee an. Diese palästinensischen Kämpfer, die den pathetischen Namen „Liwa Shuhada' al-Yarmouk“ (Yarmuk-Märtyrerbrigade) annahmen, wurden von der FSA der Südfront um die Stadt Deraa zugeteilt, wo 2011 der Aufstand gegen Assad begann.

In dieser Gegend fließt auch der größte Nebenfluss des Jordan, der Yarmuk, der lange die Grenze zwischen Syrien und Jordanien war und zuletzt vor seiner Einmündung in den Jordan südlich des Sees Genezareth auch die Grenze Israels mit Jordanien bildet. Die palästinensischen Kämpfer halfen der FSA im Süden Syriens, weite Gebietsteile der Regierungsarmee zu entreißen. Es gelang ihnen auch, die gesamte südliche Grenze zu dem israelisch besetzten Teil der Golanhöhen für die FSA zu erobern. Der vom Westen unterstützten FSA waren diese Eigenmächtigkeiten der Palästinenserarmee im Syrienkrieg, die lieber gegen den Erzfeind Israel als gegen ihren alten Förderer Assad kämpfen wollten, jedoch ein Dorn im Auge.

Die Yarmuk-Märtyrerbrigade hat sich am 21. Mai 2016 mit der „Harakat al-Muthanna“ und der „Jaych al-Jihad“ zusammengeschlossen, dabei gemeinsam die Armee „Khalid ibn al-Walid“ gebildet und dem IS die Treue geschworen. Die „Khalid ibn al-Walid“ soll bis zu 1200 Männer unter Waffen haben.

Der Hauptort der IS-Enklave, Saham Jolan, war bereits mehrmals das Ziel von russischen Fliegerangriffen. Der Ort liegt weniger als zehn Kilometer von israelisch kontrollierten Gebiet und weniger als vier Kilometer vom Jordanien entfernt. Bis zu 200000 verzweifelte, hilfesuchende Menschen haben sich in den letzten Wochen an die Grenze des israelisch kontrollierten Teils der Golanhöhen geflüchtet, davon ausgehend, dass keine der Konfliktparteien es wage, den Israelis zu nahe zu kommen.

Jetzt hat Israel erstmals eine Gruppe von 800 sogenannten Weißhelmen aufgenommen, allerdings nicht ohne sich vorher in anderen westlichen Ländern, darunter naheliegenderweise auch Deutschland, zu vergewissern, dass deren Weiterreise gesichert ist. *Bodo Bost*

Bild: imago

Vor den Augen israelischer Grenzsoldaten auf den Golanhöhen: Kämpfe zwischen dem IS und syrischen Regierungstruppen

Türkei rüstet zur See auf

Ankara möchte sich von Erdölimporten unabhängig machen

Eine der größten wirtschaftsstrategischen Schwächen der Türkei ist ihre Abhängigkeit von Erdölimporten. Deshalb sucht sie intensiv nach neuen Ölquellen, darunter auch im östlichen Mittelmeer. Vor diesem Hintergrund wird die türkische Marine immer offensiver ausgerichtet, um beispielsweise Ansprüche auf diverse unbewohnte Inselchen in der Ägäis durchsetzen zu können. Denn wenn die Türkei hierbei Erfolg hätte, wäre sie in der Lage, ihre Territorialgewässer auszudehnen und mehr Erdöl auf dem Kontinentalschelf zu fördern.

Zu den wichtigsten maritimen Offensivmitteln Ankaras gehören U-Boote, deren Bau übrigens mit deutscher Unterstützung erfolgt, die Tarnkappen-Korvetten der Milgem-Klasse sowie Landungsschiffe. Von denen besitzt die Türkei jetzt zwei große und 30 kleinere Einheiten. Erstere sind in der Lage, 350 Soldaten und 18 Panzer zu transportieren, letztere haben eine Ladekapazität von bis zu 250 Mann oder drei Panzern. Im kommenden Jahr wird zudem noch die „Anadolu“ vom Stapel laufen, die sowohl als Flugzeugträger als auch als amphibisches Angriffsschiff dienen und eine immense Kampfkraft entwickeln soll. Deshalb dürfte es der Türkei künftig leicht fallen, die kaputtgesparte griechische Marine zu düpieren und sich umstrittene Eilande wie die Imia-Inseln östlich von Kalimnos sowie den Seeraum darum herum einzuverleiben.

Allerdings rüstet Ankara nicht nur deshalb maritim auf, weil es auf die Ölvorkommen im Mittelmeer reflektiert. Vielmehr hat die Türkei nun ebenso die Antarktis in den Fokus genommen. Ihre Ansprüche dort begründet sie damit, dass osmanische Seefahrer den Siebenten Kontinent einst entdeckt hätten – so der türkische Wissenschaftsminister Faruk Özlü im Februar 2017 unter Anspielung auf die Karte des Admirals Piri Reis von 1513, die aber teilweise nur imaginäre Küstenlinien zeigt. Vorerst will sich die Türkei allerdings wohl damit begnügen, einen Anteil an den 200 Milliarden Barrel Rohöl zu ergattern, die wahrscheinlich unter dem Eis der Antarktis liegen und gefördert werden könnten, wenn das Protokoll von Madrid, das genau dies verbietet, 2048 ausläuft. Um rechtzeitig den Fuß in die Tür zu bekommen und ein Mitspracherecht zu erlangen, soll kommendes Jahr eine dauerhaft besetzte türkische Forschungsstation auf Horseshoe Island vor der Küste von Grahamland entstehen. Es bleibt abzuwarten, welche Forderungen dann folgen werden und welchen Anteil die türkische Marine an dem Vorhaben nehmen wird, beispielsweise durch die Bereitstellung von Versorgungsschiffen. *Wolfgang Kaufmann*

Bild: US Navy

Tarnkappen-Korvette der Milgem-Klasse: Die „Heybeliada“

Syrer kehren heim

Tausende machen sich vom Libanon aus auf den Rückweg

Die Rückkehr syrischer Flüchtlinge hat begonnen. Tausende syrische Flüchtlinge kehren aus Libanon in ihre Heimat zurück. Immer mehr Regionen Syriens gelten mittlerweile als sicher. Nur Deutschland will weiterhin noch Flüchtlinge aus Syrien zur Familienzusammenführung aufnehmen.

Der Libanon hatte nach eigenen Angaben 1,5 Million Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen. Fast alle kamen sie ohne ein Lagersystem bei Verwandten und Freunden, in frei stehenden Wohnungen oder selbst organisierten Camps unter. Dennoch hatte die Schweiz des Nahen Ostens die Grenzen seiner Aufnahmekapazitäten bereits vor Jahren erreicht, der Konflikt drohte sogar auf den Libanon überzugreifen, der Islamische Staat (IS) und andere Terrororganisationen hatten von Syrien aus bereits zwei kleine Gebiete im Libanon erobert.

Hunderte syrische Flüchtlinge sind jetzt erstmals aus dem Libanon in ihre Heimat zurückgekehrt. In einem Buskonvoi sind rund 1200 Menschen über die Grenze gebracht worden. Die Busse brachten die Syrer, die sich freiwillig für eine Rückkehr gemeldet hatten, von der Grenze in nicht mehr umkämpfte Gebiete in Syrien. Die libanesischen Sicherheitskräfte erklärten, in Kürze würden Hunderttausende Syrer in ihr Land zurückkehren. Die Regierungen der beiden Nachbarstaaten hatten sich vor Kurzem auf die Rückkehr der während des Bürgerkrieges geflohenen Menschen verständigt.

Die Vereinten Nationen sehen die Transporte kritisch und argumentieren, die Bedingungen für eine Rückkehr in ein Land, in dem nach sieben Jahren noch immer gekämpft wird, seien noch nicht alle erfüllt. Die Libanesen argumentieren allerdings, dass es jetzt viele Gebiete in Syrien gibt, die nach der Niederlage des IS absolut beruhigt sind. Auch einige der Metropolen des Landes, vor allem Damaskus und Hama, hätten durch den Krieg kaum gelitten den ganzen Krieg über ein ziviles Leben fortgesetzt.

In Deutschland ist es umgekehrt

Weitere Metropolen wie Aleppo oder Homs hätten zwar starke Kämpfe erlebt, aber auch nur in bestimmten schwer verwüsteten Vierteln, in denen jetzt wieder der Wiederaufbau beginne. Sogar in den Gebieten, die jetzt vom IS befreit wurden, wie zum Beispiel der syrischen IS-Hauptstadt Raqqa, sind die Zerstörungen in keinster Weise mit den Zerstörungen durch den IS im Irak vergleichbar.

Durch den Konflikt waren 5,6 Millionen Syrer ins Ausland geflohen, 6,6 Millionen wurden Vertriebene innerhalb des eigenen Landes durch die Kämpfe zwischen Rebellen und Regierungstruppen. Der Libanon, der kleinste Nachbarstaat Syriens, den viele Syrer noch als syrisches Territorium ansehen, hat mit den 1,5 Millionen syrischen Flüchtlingen gut ein Viertel seiner Bevölkerung aufgenommen. Viele Syrer sind auch in die Türkei und nach Jordanien geflohen.

Auch Deutschland hat in den letzten Jahren fast eine Million Syrer aufgenommen. Das Verteidigungsministerium in Russland hat nach Beratungen mit der libanesischen Führung vor wenigen Tagen erklärt, die meisten Syrer könnten in naher Zukunft aus dem Libanon zurückkehren. Deutschland geht noch den umgekehrten Weg. Innerhalb eines Monats haben 40000 Syrer einen Antrag zur Familienzusammenführung in Deutschland gestellt.

Wenn Russland jetzt solche Verhandlungen zur Rückkehr der Flüchtlinge nach Syrien führt, zeigt das, dass Wladimir Putin sich auf lange Frist in Syrien engagieren und den Wiederaufbau des Landes begleiten will. *B.B.*

Irgendwer streikt fast immer

Warum Arbeitsniederlegungen in Frankreich an der Tagesordnung sind

Frankreich steht im Ruf des Weltmeisters in Sachen Streiks und Arbeitsstopps, vor allem bei staatlichen Organisationen wie SNCF (Eisenbahn), Post und Air France. Im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung hat Frankreich mehr Staatsangestellte als die USA oder andere Länder in Europa.

Erstaunlicherweise haben Gewerkschaften in Frankreich sehr niedrige Mitgliederzahlen. Laut dem Statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat) sind 7,7 Prozent in Frankreich, 17,7 Prozent in Deutschland, 36,9 Prozent in Italien, 67,7 Prozent in Schweden und 68,6 Prozent in Finnland gewerkschaftlich organisiert. Im Jahr 2016 zählte die CGT 2,6 Prozent der Gehaltsempfänger. Andererseits liegt Frankreich mit 139 Streiktagen pro 1000 vor der Bundesrepublik (16), Großbritannien (23), Österreich (2) und der Schweiz (1).

Die Confédération générale du travail (CGT, Allgemeiner Gewerkschaftsbund) behauptet, die häufigen Streiks würden die hohe Produktivität des Landes nicht beeinflussen. Laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liegt diese jedoch an 14. Stelle unter den produktivsten Ländern.

Gegenwärtig benutzt die CGT ein neues System, um die von der Regierung Macron geplante sowie von Volk und Parlament erwünschte notwendige Reform der Société nationale des chemins de fer français (SNCF, Nationale Gesellschaft der französischen Eisenbahnen) zu verhindern, einen „gleitenden“ Streik von zwei Tagen in Abständen von jeweils fünf Tagen, auch an Wochenenden und im Juni, als Abiturienten nach Paris zu Prüfungen fahren mussten. Der Zweck ist, merkliche Verdienstausfälle für die Streikenden zu vermeiden.

Die Reform ging Ende Juni durch Parlament und Senat, die CGT streikte am ersten großen Ferienwochenende jedoch weiter. Bisher kostete der Streik rund 320 Millionen Euro, zu denen noch 34 Milliarden Euro Schulden der SNCF kommen, für die der Staat, das heißt der Steuerzahler – auch die „cheminots“ –, aufkommen müssen.

„Cheminots“ (Eisenbahner) sind die hauptsächlich auf Strecken und anderweitig mobil arbeitenden Angestellten, die einem gesonderten, überaus vorteilhaften Sozialsystem unterliegen, das bis auf die Nachkriegszeit zurückgeht, als 26 Prozent der Bürger kommunistisch wählten.

Gleichzeitig führen die Piloten der Air France, die zu den bestbezahlten in Europa gehören, einen Langzeitstreik, durch den europaweit ein Drittel aller Flüge Verspätung haben und die Air France wie bereits vor drei bis vier Jahren an den Rand des Bankrotts gerät.

Laut allen Statistiken sind die Gewerkschaften für die seit Jahrzehnten in Frankreich herrschende Streikkultur verantwortlich, die dementsprechende Verluste an Produktivität hervorgerufen hat – insbesondere, nachdem fünf Gewerkschaften „repräsentativ“ sind, das heißt ausschließlich im Namen aller Gehaltsempfänger verhandeln.

Die CGT prangert den drohenden Untergang des öffentlichen Dienstes an, des „sozialen Modells, um das die Welt Frankreich beneidet“. Das steht jedoch keineswegs zur Debatte. Der Abbau dieses Systems würde eine Revolution wie 1789 auslösen.

Aller Propaganda entkleidet geht es der CGT nicht so sehr um die von Brüssel verlangte Öffnung für die Konkurrenz, sondern um die Sonderrechte der „Cheminots“, die durch das neue Gesetz abgeschafft werden. Neu eintretende Angestellte der SNCF werden in Zukunft wie andere Staatsangestellte entlohnt und versichert. Die CGT warnt, dies bedeute das Ende neuer Einstellungen, was bei 9,3 Prozent Arbeitslosigkeit allerdings kaum haltbar ist. Auch um die Sécurité Sociale (Sozialversicherung), die allgemeine Krankenkasse und den öffentlichen Dienst geht es letzten Endes nicht.

Die fünf offiziell verhandlungsberechtigten Gewerkschaften der Arbeitnehmer, vor allem die CGT, fechten die sinkenden Mitgliederzahlen nicht an. Das System ihrer Finanzierung ist zumindest teilweise schleierhaft. Noch 1985 kam ein Zuschuss von zehn Millionen Francs aus sowjetischen Kassen. Ein Bericht des Abgeordneten Perruchot aus dem Jahr 2011 wurde unterdrückt und ist bis heute nur teilweise zugänglich. Er deckte auf, dass die Gesamtmitgliederzahl der Gewerkschaften in den letzten 50 Jahren auf ein Viertel gesunken ist, während die finanziellen Mittel auf das 20-fache anstiegen. 90 Prozent der Einkünfte kommen aus Abgaben der Arbeitgeber, vier bis fünf Prozent vom Staat und den Regionen, dazu kommt Arbeitslosenunterstützung, Krankenkasse und das staatliche Fortbildungsprogramm. Mitglieder steuern nur drei bis vier Prozent bei.

Ein Bericht über die annähernd eine monopolartige Stellung besitzende nationale Lehrergewerkschaft „Fédération de l'Education Nationale“ FEN des Bildungswesens wurde ebenfalls verhindert. Der Autor erwähnte in privatem Kreis beispielweise, dass mehrere Hundert Mitglieder keine Stunde Unterricht leisteten, das heißt mit vom Steuerzahler bezogenem Gehalt voll für die FEN tätig sind. Andere Mitglieder stünden höchstens fünf Stunden pro Monat vor einer Klasse.

Trotz ständig sinkender Mitgliederzahlen haben es die Organisationen bislang nicht nötig, sich für die Gehaltsempfänger einzusetzen. Eigene interne Interessen haben für sie Vorrang, auch wenn die ständigen und oft gewalttätigen Streiks im Volk auf sinkende Unterstützung stoßen und und steigende Ungeduld hervorrufen. *L.B.*

Zurzeit streiken sie gerade einmal wieder: Die „Cheminots“ (Eisenbahner)

Bild: Imago

MELDUNGEN

Boeing steigt bei Antonow ein

Kiew – Aviall, ein Tochterunternehmen des Boeing-Konzerns, hat angekündigt, in großem Maßstab in die Antonow-Werke zu investieren, die nach dem Ausstieg aus dem ukrainisch-russischen Gemeinschaftsunternehmen UAC vor dem Aus standen. Der Investor versprach, die Produktion der Regionalflugzeuge An-148 und An-158 sowie des Transportjets An-178 wiederaufzunehmen. Die Boeing-Tochter liefert Komponenten, die Antonow bis vor drei Jahren aus Russland bezogen hatte. Russische Beobachter vermuten, dass die Amerikaner Antonow nur deshalb retten wollten, weil auch Chinesen Interesse gezeigt hätten. *MRK*

Ontario stoppt Grundeinkommen

Toronto – Die Regierung der kanadischen Provinz Ontario hat den Versuch, 4000 Geringverdienern ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ zu zahlen, vorzeitig abgebrochen. Vier Jahre lang sollten die Menschen, die umgerechnet weniger als 22 500 Euro im Jahr verdienen, bis zu 11 250 (Familien: 15 800) Euro vom Staat dazubekommen. Nach nur zwölf Monaten wurde das Experiment nun jedoch wegen schon jetzt aufgelaufener Kosten von rund 100 Millionen Euro beendet. *H.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.448.024.220 €
Vorwoche: 1.947.495.869.757 €

Verschuldung pro Kopf:
23.548 €
Vorwoche: 23.549 €

(Dienstag, 7. August 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Türkei vor dem Ruin?

Durch Erdogans islamische Finanzpolitik stürzt türkische Lira ab

Die im vergangenen Jahr angenommene und nun in Kraft getretene neue Verfassung der Türkei ermöglicht es Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan, am Parlament vorbei mit Präsidial-Dekreten zu regieren. Das bekommt auch der Finanzsektor zu spüren.

Kurz nach seiner Vereidigung zum fast allmächtigen Präsidenten der Türkei ernannte Erdogan seinen Schwiegersohn Berat Albayrak zum inoffiziellen Thronerben und Chef des per Dekret vergrößerten Finanzministeriums. Vom Umbau des Staates, der zuvor das Justizwesen und die Beamtenschaft betraf, wird jetzt die Finanz- und Wirtschaftspolitik erfasst, die islamkonform auf das islamische Steuerwesen, die Zakat, getrimmt wird.

Erdogan will zunächst die Zentralbank stärker an die Kandare nehmen. „Marktfreundliche“ Finanzminister wie Mehmet Simsek, die noch das Vertrauen der Finanzmärkte hatten, wurden aus dem Kabinett entlassen. Entsprechend gereizt reagierten die Börsen auf Erdogans Kampfansage. Anleger trennten sich massiv von Lira-Anlagen. Die türkische Lira brach danach um fast vier Prozent ein. Es war einer der heftigsten Abstürze seit dem gescheiterten Putschversuch vor zwei Jahren. Auch Anleihen und Aktien des Landes verloren kräftig an Wert. Die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen markierten mit fast 18 Prozent ein historisches Hoch.

Erdogan hat mit seiner neuen Regierung sämtliche finanzpolitischen strategischen Entscheidungen an sich gezogen und das Kabinett zu einem reinen Abnick-Verein degradiert. Nur die Finanzmärkte kann er nicht zum Abnicken zwingen. Insbesondere

Neuer Finanzminister ist der Schwiegersohn

Dekret Nummer drei stößt auf das Missfallen der Investoren. Darin hat sich Erdogan ermächtigt, künftig den Präsidenten und den Vizepräsidenten der Zentralbank allein zu ernennen. Außerdem wird durch das Dekret die Amtszeit der beiden Spitzennotenbankiers der Zentralbank von fünf auf vier Jahre verkürzt. Damit kann Erdogan seine Drohung wahr machen und die Zinsen deutlich senken – ein Grauen für die Zentralbank.

Die Türkei befindet sich nach dem Staatsumbau unter Erdogan in einer gefährlichen Spirale. Die Währung verliert an Wert und die Teuerung schlägt immer neue Rekorde. Zuletzt war die Inflation auf 15,4 Prozent in die Höhe geschnellt, den höchsten Wert seit Oktober 2003. Importierte Güter, vor allem Energie, werden bei einer billigen Lira immer teurer.

Der türkische Präsident macht Währungsspekulanten und nicht seine falsche Finanzpolitik für den Verfall der Lira verantwortlich. Der 40-jährige Schwiegersohn Albayrak ist bislang wie Erdogan durch seine scharfe Kritik an westlichen Investoren und dem Internationalen Währungsfonds aufgefallen. Er hat wie sein Schwiegervater schon mehrfach niedrigere Leitzinsen gefordert. Das zeugt nicht gerade von wirtschaftlichem Sachverstand.

Die politischen Turbulenzen in der Türkei kommen zu einem denkbar schlechten Zeitpunkt. Weltweit werden Schwellenländer an den Märkten kritisch betrachtet. Investoren ziehen massenweise Geld aus diesen Ländern ab. Die türkische Lira könnte die Zeche dafür bezahlen und ins Bodenlose stürzen. Die Nachfrage nach Kreditausfallversicherungen ist gestiegen. Anleger schätzen die Wahrscheinlichkeit, dass es in den kommenden Jahren zu einem Bankrott kommt, als immer realistischer ein. *Bodo Bost*

Löhnen per Smartphone

Neue Generation kontaktloser Bezahlsysteme drängt auf den Markt

Der Internetkonzern Google ist hierzulande mit seinem Bezahldienst Google Pay bereits Ende Juni gestartet, nun ziehen andere Banken und auch die Sparkassen mit Bezahlsystemen für Smartphones nach. Grundlage ist das Verfahren der Near Field Communication (NFC), das an speziell dafür eingerichteten Kassenterminals ein bargeldloses Bezahlen ermöglicht. Schon bislang war mit speziellen Kredit- und EC-Karten an vielen Ladenkassen ein berührungsloses Zahlen möglich.

Bei den Bezahlsystemen, die nun auf den Markt kommen, genügt es, wenn der Kunde ein NFC-fähiges Smartphone mit einer entsprechenden App an das Kassenterminal hält. Die notwendigen Daten werden dann kontaktlos übertragen. Bei Beträgen über 25 Euro ist bislang oftmals noch eine zusätzliche Identifikation vorgesehen. Über 300 Sparkassen bieten das mobile Bezahlen per Smartphone seit Anfang August an, bis zum Jahresende wollen dann alle der rund 390 Institute der Sparkassen-Gruppe den Bezahldienst im Angebot haben.

Noch im Laufe des August wollen auch die meisten Volks- und Raiffeisenbanken ihren Kunden das „Mobile Bezahlen“ ermöglichen. Der Internetriese Google ist in Deutschland bereits vor einigen Wochen mit „Google Pay“ an den Start gegangen. Google arbeitet dabei mit Comdirect (Commerzbank), der Onlinebank N26, dem Bezahldienst Boon und den

Zahlen per Mobiltelefon Bild: pa

Kreditkartenanbietern Mastercard und Visa zusammen. Offiziell noch nicht bekannt gegeben wurde, mit welchen Banken das Unternehmen Apple auf dem deutschen Markt zusammenarbeiten will. Das US-Unternehmen bietet sein Bezahlsystem „Apple Pay“ in den USA bereits seit 2014 an. In Deutschland will Apple mit seinem Bezahldienst laut Unternehmenschef Tim Cook noch vor Ende dieses Jahres auf den Markt kommen. Jüngste Berichte deuten unter anderen auf die Deutsche Bank und American Express als Partner von „Apple Pay“ an.

Ob sich die mobilen Bezahlsysteme trotz der Fülle von Anbietern hierzulande tatsächlich im Massenmarkt durchsetzen werden, ist keineswegs sicher. Laut Deutschem Giro- und Sparkassenverband sind in Deutschland mittlerweile 75 Prozent aller Kassenterminals für kontaktloses Bezahlen ausgelegt. Allerdings stehen die Deutschen den mobilen Zahlungssystemen und dem bargeldlosen Zahlen allgemein eher skeptisch gegenüber.

Gemäß der Deutschen Bundesbank ist Bargeld hierzulande noch immer das beliebteste Zahlungsmittel. Demnach werden in Deutschland noch immer 74 Prozent der Einkäufe über Banknoten oder Münzen abgewickelt. Dabei gilt, je kleiner der Betrag, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit einer Barzahlung. So werden nach Erkenntnissen der Bundesbank kleinere Beträge bis zu fünf Euro in 96 Prozent der Fälle noch immer bar bezahlt. *Norman Hanert*

Sprachpolizist

Von Gerd Seidel

Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts und Vorsitzende von dessen zweiten Senat, Andreas Voßkuhle, hat der „Süddeutschen Zeitung“ am 25. Juli ein bemerkenswertes Interview gegeben. Darin umgeht er die für alle Richter, insbesondere aber für den Präsidenten des Verfassungsgerichts, geltende Regel der Pflicht zur strikten Zurükkhaltung bei der Äußerung der persönlichen politischen Meinung. Überdies schickt er sich an, als Sprachzensor zu fungieren, indem er bestimmte Begriffe aus dem politischen Wortschatz tilgen möchte. So hält er den von

Bild: Sandro Halank

Andreas Voßkuhle

Horst Seehofer benutzen Begriff der „Herrschaft des Unrechts“ für inakzeptabel und unterstellt, dass damit „Assoziationen zum NS-Unrechtsstaat“ geweckt werden sollen. Eine „Herrschaft des Unrechts“ habe nach seiner Auffassung selbst dann nicht vorgelegen, wenn die Regierung in der „Migrationskrise“ rechtswidrig gehandelt haben sollte. Auch die Formulierung „rechtsfreie Räume“, ein weithin bekanntes Synonym für islamische Parallelgesellschaften mit eigener Justiz und Verwaltung innerhalb Deutschlands, würde er am liebsten auf den Index setzen.

Offenbar nimmt Voßkuhle im Karlsruher Elfenbeinturm weder die Stimmung in weiten Teilen der Bevölkerung noch diejenige in der deutschen Justiz wahr. Beispielhaft sei auf das Buch des Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, Jens Gnisa, „Das Ende der Gerechtigkeit“ und auf das Urteil des Oberlandesgerichts Koblenz vom 14. Februar vergangenen Jahres verwiesen, das die rechtsstaatliche Ordnung seit September 2015 für außer Kraft gesetzt betrachtet.

Den Begriff der „Anti-Abschiebe-Industrie“ will Voßkuhle mit der Begründung nicht verwendet wissen, dass sich keiner bei der Wahrnehmung der rechtsstaatlichen Garantien „beschimpfen lassen“ müsse. Kein Wort aus den massenhaften Fällen der offensichtlich rechtsmissbräuchlich eingelegten Rechtsmittel durch daran gutverdienende Anwälte, was zur faktischen Lahmlegung vieler Verwaltungsgerichte führt. Kein Wort auch über die anderen von den deutschen Steuerzahlern finanzierten Branchen dieses einträglichen Industriezweiges.

Eine unzulässige Einengung nimmt Voßkuhle schließlich auch im Zusammenhang mit dem Begriff des Populismus vor. Diesen gibt es in seiner Vorstellung nur im rechten politischen Spektrum, nämlich da, wo die Feinde der Demokratie stehen.

Wenn Sprache Denken verrät, dann wurde in diesem Interview ein Paradebeispiel dafür geliefert. Nur: Wie will Voßkuhle, der noch zwei Jahre lang amtiert, nach Offenlegung seiner politischen Haltung in den ausstehenden hochpolitischen Verfahren, wie zum Beispiel im anhängigen Organstreit zwischen der AfD-Fraktion und der Bundesregierung, agieren, ohne sich für befangen zu erklären?

Verquer und haltlos

Von Hermann Paul Winter

Mit Drohungen könne man keine Politik machen, belehrte Bundesaußenminister Heiko Maas (SPD) vergangene Woche den US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump wegen dessen Iranpolitik. Vernünftige Worte, die man von Maas nicht erwartet hätte, heben sie sich doch von zahllosen unqualifizierten Äußerungen ab, mit denen er sich über Jahre einen Namen gemacht hat.

Seine Ermahnung hätte er jedoch zuerst an sich selbst richten müssen. Maas droht Russland, er droht Donald Trump und der AfD, er droht den sozialen Netzwerken und nicht zuletzt den Andersdenkenden im eigenen Volk.

Bei seiner Antrittsrede als Außenminister erneuerte Maas den Konfrontationskurs gegen Russland. Er stellte sich hinter das aggressive Vorgehen der USA und Großbritanniens gegen Moskau und drohte, der Fall Skripal dürfe für Russland „nicht ohne Folgen bleiben“. Beweise für ein Fehlverhalten Russlands hatte der deutsche Außenminister bei so viel Furor wohl erst gar nicht nötig.

> Heiko Maas ermahnt Trump und liebäugelt mit Erdogan

Die AfDler, das seien „Brüder im Geiste von Putin“, gab Maas 2016 zum Besten. Und da Ideologien das Denken ersparen, baute der Minister fortan Drohkulissen gegen die AfD auf: Sie sei ein Fall für den Verfassungsschutz, trommelte er unablässig. Die Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern ließen jedoch jüngst mitteilen, dass es keine Anhaltspunkte gebe, die eine Beobachtung der AfD begründen würden. Dass Maas seine Drohung daraufhin revidiert hätte, ist nicht bekannt.

In seinem Buch „Aufstehen statt wegducken“ vermittelt Maas den Eindruck, er befände sich in Deutschland in einer feindlich gesinnten Gesellschaft. Umso hemmungsloser das Drohvokabular, mit dem er große Teile der Gesellschaft gebetsmühlenartig unter Generalverdacht stellt: Mit den Begriffen rassistisch, antisemitisch, nationalistisch, populistisch, autoritär, ausländer- und frauenfeindlich wirft er nahezu wahllos um sich, freilich meist ohne jeglichen Tatsachenbezug.

Tatsachenbezug hat hingegen, dass die Politik des radikalen Moslems Recep Tayyip Erdogan größtenteils auf Drohungen fußt und sich – hoppla – Maas nun für dessen Deutschlandbesuch stark macht: „Ich glaube, dass man besonders mit denjenigen reden muss, mit denen man viele offene Fragen hat.“ Trump ermahnen und mit Erdogan liebäugeln – der Herr Außenminister hat seine Prioritäten gesetzt.

Derlei verquere Haltlosigkeiten disqualifizieren bei lebensnaher Betrachtung einen jeden Politiker für ein Ministeramt. Aber welche Rolle spielt schon eine Fehlbesetzung mehr oder weniger in Merkels Kabinett? Man kann dem Journalisten Henryk Broder nur beipflichten: „Maas strahlt eine maßlose, schmalbrüstige Eitelkeit aus, und das ist auch schon alles.“

Am Rande eines NATO-Gipfels im NATO-Hauptquartier in Brüssel: Recep Tayyip Erdogan, Heiko Maas und Angela Merkel (von links)

Bild: Imago

Frei gedacht

Auswandern: Verrat an der Heimat?

Von Eva Herman

Viele Menschen im Land diskutieren derzeit über den Begriff Heimat. Angesichts der Tatsache, dass unser Boden jetzt allen Einwanderern aus der ganzen Welt zur Verfügung gestellt wird, gleichviel, woher und wieso sie kommen, gleichgültig auch, wie viele sie sind und noch werden könnten, spüren viele Menschen hier plötzlich schmerzlich, dass ihnen ihre Heimat doch viel mehr bedeutet. Ist sie doch das Land unserer Geburt, der Kindheit, es ist der Grund, auf dem die Eltern und Vorfahren groß wurden, mit allen Gebräuchen, Sitten und Traditionen. Es ist unsere Scholle, hier wurden wir geformt, geprägt, das gesellschaftliche Leben erzog uns zu Bürgern dieses Landes, das unsere Heimat ist. Nun, da sie uns Stück für Stück genommen wird, da wir auch die Vorzüge unserer Erziehung nicht mehr als solche betrachten dürfen, sondern diese beinahe schon einem politisch korrekten Straftatbestand gleichen, erwacht noch so mancher Menschengeist: Worüber man lange kaum nachdachte, weil alles so selbstverständlich gewesen, beginnt man jetzt zu vermissen. Es tut weh.

Mit jedem Tag wächst zudem die Einsicht, dass das Rad nicht mehr zurückzudrehen ist, weil niemand „da oben“ es zurückdrehen will: Deutschland wird mit Einwanderern geflutet, ob die Bürger es wollen oder nicht. Tausende sind es täglich, und man ahnt, dass dies erst der Beginn ist: ein Exodus, mit dem unausweichlichen Ziel des Exitus. Und je mehr es werden, desto stärker sinkt die Integrationsbereitschaft. Unsere Gebräuche und Sitten werden ignoriert und überrannt, die Erziehung mit Füßen getreten, der abendländisch kultivierte Mensch wird nicht mehr gehört, Tugenden und Charakterstärken geraten in die amtlich verordnete Brandmarkung.

Kein Wunder, dass so mancher, der sich angesichts dieser verheerenden Entwicklung ungerecht behandelt und sich immer fremder im eigenen Lande fühlt, sich nun mit dem Gedanken zu beschäftigen beginnt, auszuwandern. Gewiss, *ganz* Europa steht derzeit auf der Kippe, denn der Sturm auf diese Festung ist in vollem Gange. Und auch wenn einige wenige tapfere Staatslenker des Kontinents ihre Länder noch zu schützen suchen, so muss die berechtigte Frage gestellt werden, mit welchen Mitteln man sie schließlich final zur Aufgabe zwingen wird. Der designierte Auswanderer denkt also nicht selten über die europäischen Grenzen hinaus: Wohin könnte man gehen, um der drohenden Unregierbarkeit zu entgehen?

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Und während seine Gedanken immer häufiger mit dieser Frage beschäftigt sind, beginnt er, sich seinen Mitmenschen mitzuteilen. Doch was erlebt er jetzt? Nur selten lässt sich offenbar konstruktiv darüber reden, vielmehr schlagen ihm plötzlich Aversion, emotionale Gegenrede und zuweilen schwere Vorwürfe entgegen: Landesverräter! Feigling! Deserteur! Wer dann ruhig zu erklären versucht, welche Überlebens-Gedanken ihn für sich und seine Nachkommen leiten, der kommt häufig kaum zu Wort. Im Gegenteil, die Kette „wohlgemeinter“ Ratschläge will gar nicht mehr abreißen: Du sollst kämpfen für deine Heimat! Bis zum letzten Blutstropfen! Steh auf wie ein Mann! Selbst wenn du dabei untergehst, so kannst du doch sagen, dass du alles gegeben hast! Jawohl!

Sogar bekannte Querdenker aus den freien Medien, die ansonsten einen guten Durchblick haben, stehen jetzt vor laufenden Kameras und reden den ausreisewilligen Bürgern allen Ernstes ein, sich damit eine Schuld aufzuladen. „Ihr sollt kämpfen! Ihr sollt auf die Straße gehen!“ Ach, ja, wirklich? Ist das tatsächlich sinnvoll, angesichts der überall rege wirkenden Merkelschen Antifa-Schlägertrupps (siehe Seite 4), die, wohlorganisiert und bestens finanziert, alles einschüchtern und plattmachen, was diesen Entwicklungen noch Widerstand entgegenbringt? Ist es gesund für die Seele, ständig als „Nazi“ verflucht zu werden, die Familie gleich mit, nur wenn man Kritik übt an dieser üblen Umvolkungspolitik? Ist wirklich jedermann zu dieser Art Held geboren?

Meine Mutter sagte immer: Der Herrgott hat einen großen Tiergarten, und seine Geschöpfe sind sehr unterschiedlich. Leider hatte Mama keinerlei Einfluss auf die globale Gleichmachungspolitik. Alles heute soll ja noch gleicher als gleich sein, ob schwarz oder weiß, groß oder klein, schlau oder blöd. Nein, das heutige, politisch korrekte Credo lautet: Alle Menschen sind gleich, die Geschlechter sind es auch, die Länder und Völker ebenso, und jedermann soll all das besitzen können, was der Nebenmensch hat. Und er soll überall hingehen dürfen, wohin er möchte, und dort unterstützt werden vom Staat und System, und zwar ohne Gegenleistung.

Also, noch einmal die Frage: Ist es verwerflich, wenn sich manche gut gebildeten Bürger nun damit beschäftigen, ihre Heimat zu verlassen? Weil sie von ihrem Umfeld nicht mehr verstanden werden? Nein, es ist natürlich nicht verwerflich, im Gegenteil, es ist nur allzu logisch. Wozu noch kämpfen, wenn der Kampf doch schon verloren ist? Warum noch diskutieren, wenn doch kaum jemand zuhören will? Wieso noch die Heimat bewahren wollen, wenn der Großteil des Volkes die Katastrophe schulterzuckend akzeptiert? Ist dies wirklich noch mein Land?

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Heimat bedeutet nichts anderes, als an dem Platz zu sein, wo man verstanden und geachtet wird. Heimat bedeutet Gemeinschaft, Freundschaft, Verantwortung, Zuverlässigkeit. Heimat heißt Erfahrung, Erinnerungen, Traditionen. In meiner Heimat lebe ich mit Gleichgesinnten, die eine ähnliche Erziehung genossen wie ich, die mich deswegen besser verstehen können, die denselben Einflüssen von Gesellschaft, Sprache und Landschaft ausgesetzt waren, die auch den Geruch der Felder und Wälder kennen- und lieben gelernt haben. Heimat heißt für mich: Frisches Grün im sonnigen Mai, das übermütige Tirilieren balzender Amseln, goldleuchtende Getreidefelder im warmen Spätsommer, Kartoffellese und Erntedankfest, buntes Laub, das unter dem Schritt vertraut raschelt. Wer mich hier versteht, den versteh auch ich.

Doch die vielen Fremden, die schon hier sind, und die noch kommen werden, was verstehen sie von unserer Heimat? Was werden sie aus unserer Heimat machen? Wir können es ihnen nicht verübeln, dass sie uns nicht verstehen können, denn sie wurden hier nicht geboren, auch nicht ihre Ahnen. Ihr Kontinent ist ganz anders, ihre Heimat, die *sie* zurückgelassen haben, unterscheidet sich völlig von unserer. Aber da sie so viele sind, und noch viel mehr werden hier, werden sie uns bald nicht mehr fragen, wie wir dieses Land sehen und verstehen.

Es sind die tragischen Umstände, die jetzt geschaffen werden, die uns gegeneinander aufbringen müssen. Es ist vorbei, das Spiel ist aus. Jeder muss jetzt selbst entscheiden, was er tut. Wer bleiben will, wer kämpfen möchte, der soll es tun. Wer bleiben und ruhig zuschauen möchte, wie sein Land untergeht, auch ihm bleibt dies unbenommen. Wer es sich finanziell nicht leisten kann, zu gehen, der möge die Gemeinschaft Gleichgesinnter suchen und mit ihnen im Rahmen einer Krisenvorsorge aufs Land ziehen. Und wer das Land verlässt, um anderswo neu anzufangen, für seine Kinder und Kindeskinder, den sollte man nicht verurteilen. Vielleicht kann er aus einer sicheren Entfernung mehr für seine alte Heimat tun, als so mancher denkt.

Alles fließt in der Fuggerstadt

Ganz in ihrem Element – Die Stadt Augsburg trotzt der Trockenheit mit einer wasserreichen Ausstellung

Von wegen Wasserknappheit in diesem Sommer: Augsburg zeigt sich in einer Ausstellung von seiner erfrischenden Seite.

Mit dem Thema Wasserbau und Wasserkraft, Trinkwasser und Brunnenkunst bewirbt sich Augsburg um die Aufnahme in die UNESCO-Weltkulturerbe-Liste. Die Bewerbung gab den Anstoß zu der attraktiven Schau „Wasser Kunst Augsburg – Die Reichsstadt in ihrem Element“ im Maximilianmuseum. Ihre 224 Ausstellungsstücke nehmen den Zeitraum 1500 bis 1800 in den Blick. Der erste Teil berichtet über die Entwicklung der reichsstädtischen Wasserwirtschaft. Der zweite Teil präsentiert Meisterwerke der Kunst und des Kunsthandwerks zum Thema Wasser, die vornehmlich aus Augsburger Produktion stammen.

Seit dem frühen 15. Jahrhundert hob die Reichsstadt Augsburg mit Hilfe von Wasserrädern das außerhalb der Stadtmauern gewonnene Quellwasser in Wassertürme, die zunächst sieben öffentliche Brunnen mit Trinkwasser speisten. Zu ersten Hausanschlüssen kam es ab 1502.

Wichtige Einwohner wie der Bischof oder auch der Scharfrichter bekamen ein „Freirohr“. Die Mehrheit der Privatkunden aber musste das ständig mit 120 Litern pro Stunde fließende Wasser bezahlen. Neben dem Trinkwassernetz betreibt die Stadt das weit verzweigte System der Brauchwasser aus dem Lech führenden Kanäle, an denen bis heute 38 große und kleine städtische und private Wasserkraftwerke unterhalten werden.

Früher hatte das Augsburger Handwerk „blauen“ Boden. Denn das Kanalwasser trieb die Räder der Mühlen an. Deren Funktionsweisen veranschaulicht gut ein Dutzend hydrotechnischer Holzmodelle, zu denen das einer Sägemühle und das einer Krätzmühle zur Reinigung von Goldschmiedeabfällen (beide um 1750) gehören. Sie dienten als Studienobjekte für die Lehrlingsausbildung oder als Modelle zur Veranschaulichung von Bauprojekten. Diese in den Augsburger Sammlungen in weltweit einzigartig großer Zahl erhaltenen Stücke sind eine der Attraktionen der Schau.

Äußerst prachtvoll geht es in der dem Kunsthandwerk gewidmeten Abteilung zu. Eine Rarität ist der von der Museumslandschaft Hessen-Kassel an seinen Herstellungsort ausgeliehene Satz von sieben Prunkvasen mit Allegorien der vier Elemente (1697–1699). Die teilvergoldeten, mit Figuren geschmückten Silbergefäße fertigte der Goldschmied Albrecht Biller an. Vermutlich dienten sie als Geschenk Landgraf Karls von Hessen-Kassel an seine Schwiegertochter Luise Dorothea von Brandenburg. Paarweise treten die Vasen mit den Allegorien der Erde, des Feuers und der Luft auf. Das sie überragende Einzelstück aber ist die Allegorie des Wassers, verkörpert von zwei fischschwänzigen Seepferden am Zügel eines Putto.

Bild: Thiede

Kopie von Merkur und Amor auf dem Mittelpfeiler des Merkurbrunnens. Das Original entwarf Adriaen de Vries vor 1599

Höhepunkt der Schau sind die originalen Bronzefiguren, die einst die Prunkbrunnen der Reichsstadt schmückten. Mit ungelenker Eleganz stützt sich der Meeresgott Neptun auf seinen Dreizack. Den Kopf und Oberkörper wendet er zum kleinen Delphin, den er als Wasserspeier im linken Arm hält. Der von Hans Daucher vor 1537 modellierte Neptun gilt als früheste lebensgroße bronzene Aktfigur der Nachantike. Andächtig blickt die Sitzfigur des von Adriaen de Vries um 1602 geschaffenen Brunnenjünglings hinab zu dem auf seinem rechten Oberschenkel ruhenden großen Gehäuse einer Wasserschnecke.

Früher saß der Brunnenjüngling als Wasserspender im obersten Stockwerk des Kastenturms, der die drei prachtvollsten Brunnen Augsburgs mit Wasser versorgte. Ihre Bronzefiguren sind nun im Innenhof des Maximilianmuseums versammelt. Herkules holt mit flammender Fackel zum tödlichen Schlag gegen die siebenköpfige Hydra aus. Der Götterbote und Handelsgott Merkur will gen Himmel abheben. Doch der kleine Amor hindert ihn am Verlassen der Handelsmetropole Augsburg, indem er ihm die geflügelte Sandale vom Fuß löst.

Während die Figuren des 1599 in Betrieb genommenen Merkurbrunnens und des 1602 eingeweihten Herkulesbrunnens ein Werk von de Vries sind, geht das Personal des seit 1594 wasserspeienden Augustusbrunnens auf Hubert Gerhard zurück. Majestätisch streckt Kaiser Augustus den rechten Arm im Friedensgestus vor, um der von ihm gegründeten Stadt Augsburg Frieden und Wohlstand zu garantieren. Lasziv räkeln sich seine Begleitfiguren. Sie verkörpern die vier Gewässer, denen die Stadt ihren Wasserreichtum und ihre Wirtschaftskraft verdankt. Die weiblichen Gestalten personifizieren die Singold und den Brunnenbach, die männlichen Lech und Wertach.

Die Schau macht neugierig auf die in der Stadt zahlreich vertretenen Denkmäler der Wasserkunst. An der Hauptstraße liegen die drei prachtvollen Springbrunnen, die mit Kopien der Originalfiguren von Gerhard und de Vries ausgestattet sind. Diese von Augustus, Merkur und Herkules dirigierten Wasserspiele sind ein weltweit einzigartiges Ensemble der Brunnenkunst.

Im Rathaus preisen vergoldete Figuren, ein Gemälde und zwei Inschriften über dem Nordportal des Goldenen Saals das segensreiche Nass: „Das beste Geschenk“ und „Alles kommt vom Wasser“. Eine sonst nirgendwo im europäischen Raum zu findende Besonderheit ist die vielfältige Architektur des 1879 stillgelegten Wasserwerks am Roten Tor. Zu ihm gehören die ältesten erhaltenen Wassertürme Mitteleuropas. Der Große und der Kleine Wasserturm stammen aus der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts. Sie wurden später mehrfach aufgestockt und um weitere Wasserbauten bereichert: das Aquädukt, das Obere und Untere Brunnenmeisterhaus sowie den zur Wasserversorgung der drei prachtvollen Springbrunnen 1591 erbauten Kastenturm. *Veit-Mario Thiede*

„Wasser Kunst Augsburg“ läuft bis 30. September, geöffnet Dienstag bis Sonntag von 10 bis 17 Uhr, donnerstags bis 20 Uhr, Eintritt: 9 Euro. Internet: www.kunstsammlungen-museen.augsburg.de. Reiseinfos und Führungen zu den Wasserdenkmälern: www.augsburg-tourismus.de

MELDUNGEN

Briefe an die letzte Kaiserin

Potsdam – Im Neuen Palais sind nach 100 Jahren etwa 1000 Privatbriefe der letzten deutschen Kaiserin aufgetaucht. Der Fund wurde während der Aufbauarbeiten zur Ausstellung „Kaiserdämmerung. Das Neue Palais 1918 zwischen Monarchie und Republik“ gemacht, die bis zum 12. November in Potsdam zu sehen ist. Dabei wurde ein bisher unbekanntes großes Konvolut von privaten Briefen entdeckt, die zwischen 1883 und 1886 an die damalige Kronprinzessin Auguste Victoria (1858–1921), ab 1888 Königin von Preußen und Deutsche Kaiserin, geschrieben wurden. Die Absender stammen aus dem familiären Umfeld, unter anderem von Mitgliedern der Hohenzollern sowie des Hauses Schleswig-Holstein, dem Auguste Victoria angehörte. Die *PAZ* berichtet darüber ausführlicher in der kommenden Ausgabe. *tws*

Wunderkinder nach Noten

Luzern – „Kindheit“ ist das Thema des vom 17. August bis 16. September laufenden Sommer-Festivals von Luzern am Vierwaldstättersee in der Schweiz. Der Dirigent Riccardo Chailly und das Lucerne Festival Orchestra widmen sich drei sinfonischen Programmen mit Werken der musikalischen Wunderkinder Strawinsky und Mozart, Ravel und Debussy, Wagner und Bruckner. Der chinesische Pianist Lang Lang übernimmt dabei den Solopart im Eröffnungskonzert des Sommer-Festivals. Ein „Erlebnistag“ bietet am 26. August für alle Altersklassen Konzerte und Mitmachaktionen. Karten und Programmübersicht im Internet unter www. lucernefestival.ch. *tws*

Majestätische Schlagseite

»Titanic« sticht musikalisch wieder in See – Untergang in Hamburg

Die 1912 gesunkene „Titanic“ und das Schicksal ihrer Passagiere bewegen uns bis heute. Etliche Filme, unzählige Bücher sowie Theaterdramen zeugen davon. Und seit zwei Jahrzehnten sogar ein Musical, das jetzt bis zum 19. August als Sommerpausenfüller in die Staatsoper nach Hamburg kommt.

Die Inszenierung dieses zum Mythos gewordenen Untergangs ist ein Gastspiel aus dem Ausland. Schon 1997 würdigten am New Yorker Broadway der Textautor Peter Stone und der Komponist Maury Yeston die Geschichten um die „RMS Titanic“ mit einem preisgekrönten Musical. Ihre eindringliche und sorgfältig recherchierte Vorlage zeichnet ein facettenreiches Bild der „schwimmenden Stadt“ und ihren über 2000 Besatzungsmitgliedern und Passagieren. Das musikalische Werk erzählt von den Sehnsüchten auf dem Weg in eine neue Welt sowie dem kompromisslosen Glauben an technischen Fortschritt, die in einer eiskalten Nacht im Nordatlantik ein jähes Ende fanden. Die originale Broadway-Inszenierung wurde 1997 mit gleich fünf Tony Awards ausgezeichnet, unter anderem als bestes Musical, für das beste Buch und die beste Musik.

2016 entstand in London eine Neuproduktion, die von Kritikern wie Publikum gleichermaßen gefeiert wurde. Es kommt jetzt mit vielen Vorschusslorbeeren nach Hamburg. „Ein Triumph. Es ist wirklich so gut“, jubelte die britische Tageszeitung „The Times“. Und als „atemberaubend“, bezeichnete es ein Theaterkritiker von „The Guardian“.

Mit „Titanic – The Musical“ ist es dem Produktionsteam gelungen, aus dem historischen Stoff ein zeitloses Bühnenwerk zu formen: Die melodienreiche Komposition des Broadwaykomponisten Yeston überzeugt durch Referenzen an englische Chortraditionen mit majestätischem Klang. Die Erzählung von Autor Stone erzeugt eine geradezu intime Nähe. Die Zuschauer werden sensibel an die Einzelschicksale der Passagiere herangeführt. Eine geschickte Dramaturgie verschafft einen emotionalen Zugang zu Ereignissen, die man sonst nur aus Geschichtsbüchern kennt.

Eisberg voraus: Szene aus „Titanic – The Musical“ Bild: Scott Rylander

Im Frühjahr feierte „Titanic – The Musical“ in Southampton, dem Heimathafen ihrer Jungfernfahrt, Premiere. Im Anschluss an eine große Tournee durch Großbritannien beehrt das englischsprachige Musical als Sommergastspiel für zwei Wochen nun die Hamburgische Staatsoper. Manche Hamburger könnten dabei ein Déjà-vu-Erlebnis bekommen. Denn schon vor 16 Jahren ging das Schiff im Musicaltheater Neue Flora nach zu viel Schlagseite unter. *Andreas Guballa/tws*

Vorstellungen: Dienstag bis Freitag 19.30 Uhr, Sonnabend 14.30 und 19.30 Uhr, Sonntag 14 und 19 Uhr. Sprache: Englisch mit deutschen Übertiteln. Preise: ab 29 Euro. Vorverkauf Hamburgische Staatsoper unter Telefon (040) 356868, Funke Media Konzertkasse unter (040) 450118676, Internet: www.bb-promotion.com

Ballett der Pferde

Deutschlands Landgestüte laden zu Konzerten und Paraden

Es gibt wohl kaum einen Reiter, der nicht zu den Klängen von Johann Strauss' „Radetzky-Marsch“ im Sattel gesessen hat. Pferde und Musik gehören zusammen. Deutschlands Landgestüte sind daher wie geschaffen, Besucher mit Pferden und Musik zu verzaubern. In Warendorf in Nordrhein-Westfalen findet am 10. und 11. August zum 14. Mal die „Symphonie der Hengste“ statt. Erstmals gastieren dabei die Kölner Symphoniker auf dem denkmalgeschützten Gestütsgelände. Mit Stücken aus Filmklassikern wie „James Bond“, „Star Wars“ oder dem „Rosaroten Panther“ wird die Sinfonie der Hengste in diesem Jahr zu einer Reise in die Welt des Kinos, begleitet von Live-Auftritten der Vererber auf dem Paradeplatz.

Bereits Tradition haben auch die Konzerte der Festspiele Mecklenburg-Vorpommern auf dem Landgestüt Redefin. Seine Reithalle kann sich längst mit internationalen Konzertsälen messen. Am 12. August gastiert dort die französische Star-Pianistin Hélène Grimaud. Mit dem Luzerner Sinfonieorchester unter Leitung von Peter Oudjian bringt sie Brahms' Klavierkonzert Nr. 1 zu Gehör. Abgerundet wird das Konzert von Dvoráks Sinfonie Nr. 7.

Schon Stammgast in Redefin ist die Academy of St Martin in the Fields. 2018 wird sie 60 Jahre alt. Am 8. September gibt sie auf dem historischen Landgestüt zusammen mit dem Pianisten Kit Armstrong unter anderem Beethovens Klavierkonzert Nr. 2 und Mozarts Sinfonie Nr. 40 zum Besten. Das Landgestüt öffnet ab 12 Uhr seine Tore zum Picknick im Park, zeigt um 15 Uhr eine Pferdeshow und startet um 17 Uhr das Konzert.

In einen Konzertsaal verwandelt sich seit 2003 jedes Jahr im August ebenso das historische Reithaus des Landgestütes Moritzburg. In der Konzertreihe „Musik und Hengste“ steht am 18. und 19. August „Eine große Nachtmusik“ auf dem Programm. Das Mitteldeutsche Kammerorchester spielt dann beliebte Sinfonien, Serenaden und Arien von Mozart. Höhepunkt ist dabei die Präsentation der Hengste in Anspannung, unter dem Reiter und an der Hand in dem von Fackeln beleuchteten Innenhof.

Die traditionsreichste Show der Landgestüte jedoch sind die jährlichen Hengstparaden. Den Auftakt macht vom 17. bis 19. August das Landgestüt Celle. Wenn sich auch der Charakter der Paraden durch den reduzierten Hengstbestand geändert hat, so sind die großen Dressurquadrillen geblieben. In Neustadt/Dosse wird bei den Hengstparaden am 8., 15. und 22. September die über 230-jährige Tradition des Gestütes sogar in den Uniformen von vier preußischen Regimentern – dem Garde du Corps, den Zieten-Husaren, Dragonern und Ulanen – lebendig gehalten. *Helga Schnehagen*

Bild: Schnehagen

Preußen zu Pferde: Dressurquadrille in Neustadt/Dosse

Infos und Tickets: Warendorf: www.symphonie-der-hengste.de; Redefin: www.festspiele-mv.de und www.landgestuet-redefin.de; Moritzburg: www.saechsische-gestuetsverwaltung.de

Ein Schritt zum totalen Krieg

Nationalkonvent und Wohlfahrtsausschuss verabschiedeten in Frankreich die Anordnung der Levée en masse

Angesichts der wachsenden Zahl innerer und äußerer Feinde setzte die Führung der ersten Französischen Republik 1793 auf das neuartige Konzept des „Staatsbürgers in Waffen", der im Rahmen einer sogenannten Levée en masse (Massenaushebung) mobilisiert werden sollte. Damit leitete sie die Totalisierung des Krieges ein.

Im Sommer 1793 stand das revolutionäre Frankreich in mehrerlei Hinsicht mit dem Rücken zur Wand. Die Erste Republik war von außen durch eine drohende Invasion der Koalitionäre und von innen durch Aufstände bedroht. Die Versorgungslage war schlecht, es herrschten katastrophale wirtschaftliche Verhältnisse. Und am 13. Juli 1793 war auch noch der Jakobiner-Führer Jean Paul Marat einem tödlichen Attentat der Girondistin Marie Anne Charlotte Corday d'Armont zum Opfer gefallen (siehe *PAZ* Nummer 30 vom 27. Juli). Vor diesem Hintergrund standen sowohl der Nationalkonvent als auch der von ihm am 5. und 6. April 1793 als Exekutivorgan eingerichtete Ausschuss der öffentlichen Wohlfahrt und der allgemeinen Verteidigung (Wohlfahrtsausschuss) unter Zugzwang.

Die Sansculotten, die Unterstützer der Jakobiner innerhalb des Kleinbürgertums und der Arbeiterschaft, hatten sehr klare Vorstellungen, wie die Lage in den Griff zu bekommen sei, durch das Mittel der Levée en masse, einer Massenaushebung von Rekruten, welche die zahlenmäßige Unterlegenheit der republikanischen Armee beenden und den Sieg im Kampf gegen die äußeren und inneren Feinde der Revolution ermöglichen sollte.

Allerdings gab es viele Vorbehalte gegen das Verfahren, das auf die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht hinauslief. So fürchtete der Wohlfahrtsausschuss, dass sich die Armee dadurch in einen unkontrollierbaren wilden Haufen verwandele. Außerdem monierte Maximilien de Robespierre, den der Nationalkonvent am 27. Juli 1793 in den Wohlfahrtsausschuss berufen hatte, es fehle ja gar nicht an Männern unter Waffen, sondern an Generälen mit patriotischen Tugenden – eine Anspielung auf Charles-François du Périer du Mouriez, der erst die Schlacht von Neerwinden verloren hatte und dann ins Lager des Gegners desertiert war.

Dahingegen meinten die Befürworter der Levée en masse, nach dem Sturz des Ancien Régime müsse nun auch eine neue militärische Kultur her, die sich am Vorbild der antiken Demokratien orientiere – ganz abgesehen davon, dass die militärische Lage zur Mobilisierung restlos aller Reserven zwinge. Dass sich diese Sichtweise am Ende durchsetzen konnte, lag maßgeblich an Lazare Nicolas Marguerite Carnot. Der politisch engagierte Ingenieur-Offizier gehörte dem Wohlfahrtsausschuss seit dem 4. August 1793 als Verantwortlicher für Militärangelegenheiten an und sorgte durch seine Argumentation dafür, dass der Nationalkonvent und der Wohlfahrtsausschuss der Forderung der Sansculotten nachkamen und am 23. August 1793 grünes Licht für die Levée en masse gaben.

Das entsprechende Dekret begann mit den Worten: „Ab sofort bis zu dem Augenblick, in dem die Feinde vom Territorium der Republik verjagt sind, unterliegen alle Franzosen der ständigen Einberufung zum Heeresdienst." Danach hieß es: „Die jungen Männer gehen an die Front, die Verheirateten schmieden Waffen und übernehmen den Verpflegungstransport; die Frauen nähen Zelte, Uniformen und tun in den Hospitälern Dienst; die Kinder zupfen aus altem Leinenzeug Scharpie (Ausgangsmaterial für Verbandsmull); die Greise lassen sich auf öffentliche Plätze tragen, um den Soldaten Mut und Hass gegen die Könige zu predigen und ihnen die Einheit der Republik einzuschärfen. Die nationalen Gebäude werden in Kasernen, die öffentlichen Plätze zu Rüstungswerkstätten umgewandelt, die Kellerfußböden ausgelaugt, um Salpeter zu gewinnen." Damit lief die Levée en masse nicht nur auf die Einführung der Wehrpflicht hinaus, sondern auch auf eine Totalisierung des Krieges. Andererseits kam es aber zu keiner uneingeschränkten Inmarschsetzung aller, die irgendwie Waffen tragen konnten, an die Fronten, wie es die Sansculotten eigentlich gefordert hatten.

„La levée en masse, 12 Août 1793": Zeitgenössische Darstellung von Jean-Baptiste Lesueur (1749–1826)

Bild: akg images

Nachfolgend integrierte Carnot die neu Ausgehobenen in die revolutionären Freiwilligenverbände sowie die noch bestehenden alten Einheiten aus der Zeit der Monarchie, wodurch ein relativ homogener und loyaler Truppenkörper entstand. Dabei half ihm das ebenfalls innovative Kommissar-System. Vom Konvent beauftragte Volksvertreter wachten mit Argusaugen über die Zuverlässigkeit des Offizierskorps.

Durch die Levée en masse wuchs die Armee des republikanischen Frankreich bis Mitte 1794 auf 730000 Mann. Das ermöglichte ihr letztlich den Sieg im Ersten Koalitionskrieg, der im Oktober 1797 endete. 1798 wurde die Wehrpflicht durch das Jourdan-Delbrel-Gesetz modifiziert, das jährliche Aushebungen nach festgesetzten Quoten vorsah. So entstand die Grundvoraussetzung für die Schaffung der Grande Armée von Napoléon Bonaparte, in der allein zwischen 1806 und 1814 zwei Millionen Franzosen dienten.

Angesichts dessen wird verständlich, warum viele andere Staaten der Welt dem französischen Vorbild folgten – darunter auch Preußen. Hier wurde die Allgemeine Wehrpflicht 1814 im Zuge der Heeresreformen eingeführt. *Wolfgang Kaufmann*

Als das Recht des Stärkeren endete

Wie der Straßenverkehr die ersten notwendigen Regeln fand

Die Idee des Michel Holley, Architekt des Pariser Olympiazentrums, war vorausschauend, wurde aber nicht realisiert. Um die französische Hauptstadt vor dem finalen Verkehrskollaps zu bewahren, schlug er eine vertikale Straßenführung vor: eine untere Ebene für die fahrenden Autos, die mittlere zum Parken und die obere für Fußgänger. Dass die schwächsten Verkehrsteilnehmer einmal ein Reservat brauchen würden, deutete sich schon Ende des 19. Jahrhunderts in Paris an.

Nur wenige Jahre nachdem Carl Benz seinen Wagen mit Gasmotorenbetrieb angemeldet und 1886 die erste Spritztour mit dem dreirädrigen Gefährt gemacht hatte, gehörten die Boulevards an der Seine den Automobilisten. Die Pariser waren enthusiastische Autofahrer. Den größten Teil ihrer Produktion lieferte die Daimler Motorengesellschaft in die Grande Nation. Das Miteinander von Fußgängern, Radfahrern und Autofahrern verlief nicht friedlich. Rowdys lieferten sich Wettrennen und machten sich einen Spaß daraus, mit einer Höchstgeschwindigkeit von 15 Kilometern in der Stunde auf arglose Passanten zuzurasen. Es kam zu wüsten Beschimpfungen und Schlägereien. Die Attackierten zogen die Frechlinge von ihrem hohen Sitz im offenen Wagen herunter. Die verteidigten sich mit Peitschen. Es galt das Recht des Stärkeren. Das Gedrängel und Gehupe unterm nagelneuen Eiffelturm nahm chaotische Züge an, jedenfalls in den Augen der damaligen Betrachter. Paris war vor der Jahrhundertwende die Stadt mit den meisten Autos, die erstaunlich oft von Frauen gelenkt wurden. Über deren Fahrweise ist nichts bekannt.

Vor 125 Jahren Polizeipräfekt von Paris: Louis Lépine Bild: Imago

Für den Pariser Polizeipräfekten Louis Lépine gab es kein weiter so. Er setzte nicht auf Vernunft, sondern auf Regeln und Verbote. Die Verordnung, die er am 14. August 1893 erließ, bremste tollkühne Fahrer aus. Jedes Auto erhielt ein Nummernschild, damit Verkehrssünder identifiziert werden konnten, es gab Vorfahrtsberechtigungen und Parkverbote. Autofahrer mussten eine Führerscheinprüfung ablegen. Es reichte allerdings, wenn sie geradeaus steuern konnten und ohne Probleme in die Kurve gingen. Die „Lappen" stellten Bergbauingenieure aus.

In Deutschland, das einmal zumindest Europas Autonation Nummer eins werden sollte, überwog die Ablehnung gegenüber dem gefährlichen Vehikel. Oberster Skeptiker war Wilhelm II. „Ich setze aufs Pferd, Automobile sind eine vorübergehende Erscheinung auf den Straßen", soll er geäußert haben. Ende des 19. Jahrhunderts fuhren nur wenige Kraftdroschken durch Berlin. Sie galten als Spielzeug spleeniger Millionäre. Aber der Kaiser und die öffentliche Meinung irrten. Benz & Co. brachte 1894 einen Kleinwagen auf den Markt, den preiswerten Benz Velociped. Mit 1200 Stück war er das erste Modell, das in Serie hergestellt wurde und für die Mittelschicht erschwinglich war. 1908 rollten bereits etwa 3000 Kraftdroschken durch Berlins Straßen. Die Zeitungen berichteten fast täglich über Zusammenstöße mit Pferdefuhrwerken, Radfahrern und Passanten. Das Risiko, bei einem Verkehrsunfall zu sterben, war 60 Mal so groß wie 100 Jahre später. Wer Schuld hatte, war klar. In einem Zeitungsbeitrag klagte der Augenarzt Dr. E. Stroschein über betrunkene Kutscher, leichtsinnige Radfahrer und offensichtlich lebensmüde Fußgänger. Sein Resümee: „Ein großer Teil der Unfälle kommt nämlich dadurch zustande, dass der übrige Straßenverkehr durchaus nicht gewillt ist, sich den durch das Erscheinen der Kraftwagen geänderten Verhältnissen anzupassen."

Auch in der Provinz wurde das Auto rasant zum Statussymbol. Die Berliner Obrigkeit sah trotzdem keine Veranlassung, lenkend einzugreifen. Das überließ sie der Eigeninitiative. Verzweifelte Dorfpolizisten schnitzten Tafeln und rammten sie an neuralgischen Punkten in den Boden. Der Kaiserliche Automobil-Club ließ Warnschilder entwerfen, die in Berlin und im Umland für mehr Sicherheit sorgen sollten. Gewarnt wurde vor einfachen Kurven, S-Kurven, Querrinnen, Höckern, Straßenkreuzungen und Bahnübergängen. Der Automobil-Club musste die Schilder selbst bezahlen. Als erste Provinz wurde Schleswig-Holstein 1906 mit drei Verkehrsschildern aktiv. Auf gelben Balken stand lapidar: „Kraftwagen verboten", „Kraftwagen Schritt" und „Kraftwagen Vorsicht". Erst 1909 erfolgten mit dem „Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen" einheitliche Richtlinien für das gesamte Deutsche Reich. Gleichzeitig wurde der Führerschein ab 18 Jahren eingeführt. Die erste „Autolenkerschule" eröffnete in Aschaffenburg. Der Unterricht bestand weniger im Fahren als in der Befähigung zum Reparieren des Autos.

> Zu Beginn der Motorisierung waren Straßen ein rechtsfreier Raum

Mit der steigenden Motorisierung wurden die Vorschriften erweitert und modifiziert. 1923 legte das Reichsgesetzblatt die Geschwindigkeit in Ortschaften auf 30 Kilometer pro Stunde fest. 1934 wurden bereits drehbare Schilder für den Fall von Staus und Umleitungsschilder eingeführt. Immer neue Verbote kamen und kommen hinzu. Das Verkehrsrecht beschäftigt heute Tausende Richter und Anwälte. Die sichtbaren Zeichen verteilen sich auf rund 500 Schildertypen, von denen 20 Millionen mit einem durchschnittlichen Abstand von 18 Metern an den Straßen stehen. Autofahrer halten die Hälfte aller Vorschriften für überflüssig. Im Grunde genommen ist alles doch ganz einfach. Auf der Website des Recht-Portals mit Anwaltssuche „JuraForum" mit Tipps für Autofahrer heißt es, die Teilnahme am Straßenverkehr erfordere „ständige Vorsicht und gegenseitige Rücksicht, sowohl bildlich als auch wortwörtlich anzusehen. Nicht umsonst sprechen viele Fahrlehrer immer wieder davon, dass man eigentlich in drei Fahrzeugen fährt: in seinem eigenen, in dem Vorausfahrenden und in dem hinter einem Fahrenden."

> Die ersten Verkehrsregeln wurden vor 125 Jahren in Frankreich erlassen

Der Pionier der Verkehrslenkung in Deutschland, der Kaiserliche Automobil-Club, benannte sich nach dem Untergang der Monarchie in „Automobilclub von Deutschland" (AvD) um. 2012 wurde der Kaiserliche Automobil-Club wiedergegründet, als nobler Traditionsclub des AvD. Gründer ist Albrecht Prinz von Hohenzollern. *Klaus J. Groth*

Erstmals wird ein Preußenkönig Freimaurer

Wie Friedrich der Große vor 280 Jahren in Braunschweig in die Freimaurerei aufgenommen wurde

Die Geschichte von Preußen und den Hohenzollern ist untrennbar mit der Freimaurerei verbunden. Trotzdem sucht man Friedrichs des Großen Aufnahme in die Freimaurerei und seine lebenslange Beschäftigung mit der „Königlichen Kunst“ in Biografien meist vergebens.

Auch zum 300. Geburtstag des großen preußischen Königs im Jahr 2012 wurde dieser für sein Verständnis wichtige biografische Sachverhalt – wenn überhaupt – nur spärlich diskutiert. Als Beispiel sei die Friedrich-Biografie des Grimme-Preisträgers Johannes Unger „Friedrich. Ein deutscher König“ von 2011 genannt. Dort findet die Beschäftigung des Preußenkönigs mit der Freimaurerei auch nicht den Hauch von einer Erwähnung.

Dabei sind die Umstände der Aufnahme Friedrichs in den Bund der Freimaurer alles andere als marginal, denn das Verhältnis des Kronprinzen zu seinem Vater König Friedrich Wilhelm I. war angespannt, nicht zuletzt durch die Reaktion des Soldatenkönigs auf die gescheiterte Flucht des Kronprinzen zusammen mit seinem Jugendfreund Hans-Hermann von Katte im Jahre 1730. Katte musste seine Mitwirkung bei der Flucht Friedrichs mit seinem Leben bezahlen – Friedrich Wilhelm bestimmte, dass der Kronprinz seiner Exekution beiwohnen musste. Der eigenen Todesstrafe entging Friedrich nur durch seine Begnadigung durch den König, die aber mit einer bedingungslosen Unterwerfung unter den Willen seines Vaters erkauft wurde.

In dieser angespannten Situation, die sich in den folgenden Jahren nicht wesentlich änderte, geschah es am 12. Juli 1738 in Minden während einer königlichen Visitation, bei der auch der 26-jährige Kronprinz anwesend war, dass bei einem Gespräch über sogenannte Geheimbünde Graf Albrecht Wolfgang von Schaumburg-Lippe die Freimaurerei vehement verteidigte und sich sogar als Mitglied der an der Aufklärung orientierten Bruderschaft offenbarte. Friedrich war so sehr von dem mutigen Eintreten des Grafen für den Bund der Freimaurer begeistert, dass er ohne Wissen seines Vaters an ihn herantrat und nach der Tafel bat, ihm Gelegenheit zu verschaffen, selbst auch Mitglied in einer Gesellschaft zu werden, die „wahrheitsliebende Männer zu Mitgliedern habe“.

Albrecht Wolfgang, der wahrscheinlich 1724 oder 1725 – kurz nach der Gründung der ersten Großloge in der City of London im Jahre 1717 – in einer Londoner Loge in die Freimaurerei aufgenommen worden war, ging sofort daran, den Wunsch des preußischen Kronprinzen zu erfüllen. Er nahm aus diesem Grunde Kontakt mit der ersten und bis dahin einzigen regulären Freimaurerloge auf dem deutschsprachigen Festland auf, der 1737 gegründeten „Loge d'Hambourg“. Dort beriet man am 29. Juli 1738 über die Aufnahme des Prinzen und entschied sich dafür, ihn in die Freimaurerei aufzunehmen.

Allerdings musste die gesamte Prozedur vollständig geheim durchgeführt werden, da weder Friedrich Wilhelm I. noch irgendjemand bei Hofe davon wissen durfte, weil der Wunsch des Kronprinzen, dieser dem König suspekten Bruderschaft beizutreten, zu schweren Verwicklungen hätte führen können. Die Antipathie des Soldatenkönigs gegen die Freimaurerei war bekannt, und so hätte sich das Verhältnis des Kronprinzen zu seinem Vater weiter verschlechtern können, zumal sich die Freimaurerei von England ausbreitete, und daher auch politische Verwicklungen denkbar gewesen wären.

Da der Kronprinz aus diesen Gründen nicht nach Hamburg kommen konnte, wurde vereinbart, ihn in einer Nacht- und Nebelaktion in Braunschweig in die Freimaurerei aufzunehmen. Braunschweig wurde gewählt, weil der König zusammen mit dem Kronprinzen dort zu einer Visitation anwesend sein würde und zu dieser Zeit die Stadt wegen einer dort stattfindenden Messe auch mit vielen Handelsreisenden überfüllt sein würde: ideale Voraussetzungen für dieses unter allen Umständen geheim zu haltende Vorhaben.

Von der Loge d'Hambourg reisten der Logenbruder Baron Georg Wilhelm Ludwig von Oberg, Meister vom Stuhl der Loge, sowie die Brüder Johann Friedrich Löwen und Jakob Friedrich von Bielfeld nach Braunschweig. Aus Hannover kamen auf getrennten Wegen Albrecht Wolfgang, Graf Georg Ludwig von Kielmansegg und Friedrich Christian von Albedyll nach Braunschweig.

Bei der Freimaurerarbeit 1740 im Schloss Charlottenburg: Friedrich der Große Bild: pa

Da die Brüder aus Hamburg ihre Ritualgegenstände in ihrer Kutsche mitführen mussten, wäre das ganze Vorhaben beinahe schon im Vorfeld zum Scheitern verurteilt gewesen, denn, obwohl für die Dauer der Messe Zollfreiheit herrschte, wurde die Delegation aus Hamburg an der Stadtgrenze von Braunschweig von einem Zöllner angehalten, der den Inhalt der Kutsche inspizieren wollte. Dieses Problem konnte aber durch die Gabe eines Goldstückes gelöst werden. Der Zöllner verzichtete daraufhin auf die Durchsuchung.

Die Aufnahme des Kronprinzen sollte nach seinem Wunsche in der Nacht vom 14. auf den 15. August 1738 erfolgen. Zu diesem Zwecke mietete man einen großen Raum im Korn'schen Gasthof „Zum Schloß Salzdahlum“. Dadurch ergab sich ein weiteres Problem, denn das an den gemieteten Saal anschließende Zimmer war von einem gewissen Herrn v. W. angemietet worden, der, weil sein Zimmer nur durch eine Bretterwand vom Saal getrennt war, die Aufnahmezeremonie hätte belauschen können. Die Delegation versuchte erfolgreich, den Herrn v. W. außer Gefecht zu setzen, indem sie ihn besuchte und einlud, mit ihnen reichlich Alkoholika zu sich zu nehmen. Das wirkte so gut, dass Herr v. W. in einen rauschbedingten Tiefschlaf fiel und erst nach der Aufnahmezeremonie wieder wach wurde.

Der Kronprinz erschien kurz nach Mitternacht anonym im Korn'schen Gasthof. Friedrich wurde in dieser Nacht in den ersten Grad aufgenommen, anschließend in den Gesellengrad befördert und abschließend in den Meistergrad erhoben. Nach der Zeremonie, die etwa um 4 Uhr morgens endete, wurde der Kronprinz unter größter Geheimhaltung wieder in sein Quartier gebracht.

Wenig später eröffnete Friedrich im Schloss Rheinsberg eine eigene Loge. Im Jahre 1739 wurden die Brüder Oberg und Bielfeld aus Hamburg unter größter Geheimhaltung nach Rheinsberg eingeladen, um Aufnahmen und Beförderungen durchzuführen. Danach leitete der Kronprinz als „Meister vom Stuhl“ die Logenarbeiten selbst. Die Loge Friedrichs wurde später „Loge première“ und ab 1740 „Loge du Roi“ genannt.

Nach dem Tode des Vaters und der folgenden eigenen Thronbesteigung am 31. Mai 1740 konnte Friedrich sich öffentlich als Freimaurer bekennen. Darüber, inwieweit die Beschäftigung mit der Freimaurerei sein Denken und Handeln beeinflusst hat, ist kontrovers diskutiert worden. Seine Marginalverordnung zur Religionstoleranz vom 22. Juni 1740 mit dem berühmten Ausspruch, dass „ein jeder nach seiner Fasson selig werden“ solle, und seine Auffassung, dass der Herrscher „der erste Diener des Staates“ sein müsse, könnte als freimaurerisch beeinflusst im Sinne der Freimaurerurkunde „Alte Pflichten“ von 1723 gesehen werden.

Die Zugehörigkeit zum Bund der Freimaurer ist als geschichtliche Tatsache belegt. Friedrich der Große hielt bis ins hohe Alter an der Freimaurerei fest, obwohl er als geistiger Vertreter der Aufklärung immer manchen „Verirrungen“ innerhalb der Freimaurerei kritisch gegenüberstand. Nur mit dem Wissen um die Beschäftigung Voltaires und Friedrichs des Großen mit der Freimaurerei ist die lange Freundschaft des preußischen Königs zu dem französischen Aufklärer richtig einzustufen. *Reinhard Krause*

Freimaurerei und Preußen

Die Hofloge des Kronprinzen Friedrich in Rheinsberg war die erste Freimaurerloge in Brandenburg-Preußen. Ihr gehörten zuerst 16 Mitglieder an, vor allem Freunde und Vertraute des Kronprinzen. Ab 1739 leitete der Kronprinz die Loge selbstständig. Nach der Krönung Friedrichs wurde die erste Logenarbeit am 20. Juni 1740 im Schloss Charlottenburg in Berlin durchgeführt. Als König nahm Friedrich einige Mitglieder aus dem Hochadel auf, unter anderem seinen Bruder August Wilhelm von Preußen.

Da der König wegen seiner Regierungsgeschäfte und den Schlesischen Kriegen in der Folgezeit wenig Gelegenheit hatte, die Logenarbeiten selbst zu leiten, regte er an, in Berlin eine neue Loge zu gründen. Diese Loge, zu der später auch der Prinz Wilhelm von Preußen gehörte, trug den Namen „Aux trois Globes“. Diese Loge stiftete mehrere Tochterlogen. Die Loge „Aux trois Globes“ setzte im Jahre 1744 eine sogenannte Schaffner-Loge mit dem Namen „Große Königliche Mutterloge zu den drei Weltkugeln“ ein. Es entstanden zwei weitere „Altpreußische Großlogen“, die „Große Landesloge der Freimaurer von Deutschland“ und „Royal York zur Freundschaft“.

Nach dem Tod Friedrichs II. wurde sein Neffe Friedrich Wilhelm II. König, auch er war Freimaurer. Weitere Mitglieder des Hauses Hohenzollern waren ebenfalls Freimaurer. Zu nennen wären hier die Prinzen Wilhelm, Heinrich und Ferdinand von Preußen sowie die Könige von Preußen und Deutschen Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III. Wilhelm II. gehörte dem Bund nicht an.

In der NS-Zeit wurde die Freimaurerei verfolgt und der Besitz der Logen beschlagnahmt. Adolf Hitler fasste in seiner Verschwörungstheorie das Judentum in einem Atemzug mit der Freimaurerei zusammen. Viele Freimaurer wurden durch die Nationalsozialisten beruflich und gesellschaftlich benachteiligt und verfolgt.

Nach dem Untergang des Dritten Reiches war die Freimaurerei in Deutschland durch Krieg und Verfolgung stark gezeichnet. Die Nachfolgeorganisationen der Altpreußischen Logen konnten sich aber wieder etablieren. Auch heute noch gibt es aktive Freimaurerlogen, die sich in direkter Folge von Friedrich dem Großen ableiten. Ein Beispiel ist die nach dem Motto der Hohenzollern benannte Johannisloge „Vom Fels zum Meer“ in Hamburg (www.vom-fels-zum-meer.de). *R.K.*

Einst der Stolz der Cunard White Star Line

Vor 80 Jahren wurde die »Queen Elizabeth« von ihrer Namensgeberin getauft – Trauriges Ende im Hafen von Hongkong

Als die 314 Meter lange „Queen Elizabeth“ am 27. September 1938 bei John Brown & Company im schottischen Clydebank vom Stapel lief, war sie das größte Passagierschiff der Welt. Die 22 Jahre jüngere französische „France“ war zwar gut eineinhalb Meter länger, aber der von der „Queen Elizabeth“ mit 83 637 Bruttoregistertonnen aufgestellte Größenrekord hatte noch Bestand, als es das britische Schiff schon gar nicht mehr gab. Erst 1996 wurde er gebrochen.

Nachdem bereits die 1934 vom Stapel gelaufene „Queen Mary“ nach der Ehefrau des seinerzeit regierenden britischen Königs benannt worden war, lag es nahe, beim nächsten Luxusliner der Cunard White Star Line analog zu verfahren. Auch diesmal nahm die Namensgeberin die Taufe selbst vor. Da herrschte noch Frieden. Aber bereits bei der Indienststellung tobte der Zweite Weltkrieg. Schon bald wurde die „Queen Elizabeth“ deshalb militärisch genutzt. Wie die „Queen Mary“ wurde sie als Truppentransporter eingesetzt.

Nach dem Krieg nun wieder in den typischen Farben ihrer Linie gehalten statt in schmuckloser Tarnfarbe, dominierten die beiden Königinnen für Jahrzehnte die Transatlantikroute, bis ihnen das Flugzeug den Rang ablief. Zwei Jahre nach der „Queen Mary“ wurde 1969 auch die „Queen Elizabeth“ außer Dienst gestellt. Der Markt für Transatlantikliner war mittlerweile derart eingebrochen, dass beide durch ein kleineres Schiff, die 1967 vom Stapel gelaufene „Queen Elizabeth 2“, ersetzt werden konnten.

Die beiden Königinnen wurden in die USA verkauft, wo sie zu Hotelschiffen umgebaut wurden. Als ein solches gibt es die „Queen Mary“ noch heute. Im Hafen von Long Beach ist sie vor Anker gegangen und wird dort erfolgreich als Museum, Hotel und Tagungszentrum genutzt.

Die „Queen Elizabeth“ ging erst einmal auf der anderen Atlantikküste der USA, in Port Everglades in Florida, vor Anker. Ihre neuen Besitzer hatten mit dem Konzept Hotelschiff jedoch weniger Glück. 1970 ersteigerte der chinesische Unternehmer Chao Yung Tung die „Queen Elizabeth“ und ließ sie zu sich nach Hongkong schleppen, um sie dort in eine schwimmende Universität umzubauen. Kurz vor der Fertigstellung dieser Umbauarbeiten brach jedoch 1972 ein Feuer auf dem Schiff aus – vermutlich Brandstiftung –, und es kenterte. Nachdem das Wrack einige Jahre in Hongkongs Hafen gelegen hatte, wurde es schließlich vor Ort verschrottet. *Manuel Ruoff*

Bild: State Library of Queensland

Vor der New Yorker Skyline: „Queen Elizabeth“

Moment der Woche

Bild: Imago

Grüne Insel im darbenden Land

Eigentlich können sich die Bauern in Europas größtem zusammenhängenden Obstanbaugebiet noch glücklich schätzen. Die Obstbäume im „Alten Land“ zwischen Hamburg und Stade wurzeln tief im saftigen Marschboden und leiden daher weit weniger unter der Trockenheit als Getreide oder Weidegras.

Und wenn das Wasser, das von oben nicht kommen will, zu wenig wird, stehen große Beregnungsanlagen bereit. Sie dienen normalerweise zum Vereisen der Blüten, wenn sie im Frühjahr von spätem Frost bedroht sind. Unter dem Eispanzer sinkt die Temperatur nur wenig unter null, was die Blüten überstehen.

Trotz dieser Vorzüge leiden auch die Obstplantagen. Manche Früchte werden von der sengenden Sonne regelrecht gekocht, bekommen Flecken. Dann gilt es, die schadhaften Früchte schnell zu entsorgen, ehe sie andere anstecken. So gibt es auf der „grünen Insel“ im darbenden Deutschland derzeit viel zu tun. *H.H.*

Pietät versus Massenbetrieb

Wie das ehemalige Konzentrationslager Auschwitz heute präsentiert wird

Am besten geht es mit einer Vorbuchung via Internet. Mit knapp zwölf Euro Eintritt ist man dabei, Führung auf Deutsch oder in einer anderen gewünschten Sprache, das muss man richtig anklicken. Das Ticket ist mit einem Barcode versehen. Der Einlass in das große, fast hallenartige Gebäude, in welchem man den Beginn der „Tour“ erwartet, wird erst exakt zu der aufgedruckten Zeit gewährt, wie die englischsprechenden, nicht unfreundlichen, aber sichtlich gestressten jungen Helfer erklären.

Im Laden werden auch Comics und Postkarten angeboten

Die Anspannung ist weniger dem heißen Sommertag als dem zu dieser Zeit nicht unüblichen Besucherandrang geschuldet. Der hörbar internationale Lärmpegel wird durch Besucher oder „Touristen“ verursacht, die zum ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz – Stammlager und Birkenau – gereist sind.

Die Wartezeit bis zum Beginn der Besichtigung kann man nutzen, um die Auslagen mehrerer kleiner Geschäfte in Augenschein zu nehmen. Es sind zwar keine „Museumsshops“ im üblichen Sinne, aber neben Büchern und Broschüren sind auch Comics und Postkarten zu erwerben – wohlgemerkt zum Gegenstand „Konzentrationslager Auschwitz“.

Kopfhörer bekommt der Besucher und einen farbigen Aufkleber, je nach Sprache der gebuchten „Tour“, die deutschen sind gelb. Ein Massenansturm ist es. Die unterschiedlichen Besuchergruppen laufen, trotz der immensen Größe des Geländes, durcheinander. Dank der Technik hat jeder die Stimme der Besucherführerin im Ohr. Um nicht den Anschluss an die eigene Gruppe zu verlieren, erweisen sich die farbigen Aufkleber, die die meisten in Brusthöhe befestigt haben, als unentbehrlich. Die sachlichen Informationen, welche der Tourteilnehmer erhält, sollten, abgesehen von Details, nur den wenigsten wirklich neu sein.

Das Grauen, an welchem die Besucherströme vorbeigeschleust werden, tritt durch die Art der „Abwicklung“ – vorsichtig ausgedrückt – in den Hintergrund. Die von den Nationalsozialisten gesammelten und hier zum Gedenken und als Mahnung aufgeschichteten Relikte der Ermordeten, zum allergrößten Teil Juden, werden kurz angesehen und vor allem: fotografiert.

Seien es die Berge von Koffern und Schuhen oder Haushaltgegenständen, welche die Opfer noch mitgeführt hatten, von allem knipsen die Besucher ein Bild. Nur ausnahmsweise wird gebeten, dies zu unterlassen, etwa bei den abgeschorenen Haaren. Und auch hier gibt es heimlich die eine oder andere Aufnahme. Ruhig ist es nie. Wirkliches Innehalten ist nahezu unmöglich, selbst in Birkenau, dem Ort des Großteils der Ermordungen, vor den erhaltenen Resten einer Gaskammer.

Für Pietät ist wenig Platz. Den Massenbetrieb und eben auch die eine oder andere Unangemessenheit – beginnend mit der Kleidung beim Besuch einer Stätte, an welcher über eine Million Menschen ermordet wurde – nimmt man hier offiziell in Kauf. Um Konservierung und Pflege des Komplexes ist das polnische „Staatliche Museum Auschwitz-Birkenau“ sichtlich bemüht.

Ziel, vielleicht sogar „Philosophie“ des Umgangs mit der Gedenkstätte ist es, möglichst viele Menschen zum Besuch zu bewegen. Man setzt auf Quantität. Stolz heben die Verantwortlichen hervor, dass die 2,2-Millionen-Grenze im Jahr bereits überschritten worden sei, mitunter komme die Gedenkstätte auf bis zu 9000 Gäste pro Tag. Fotos und Videos sind nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich erwünscht. Das hier Gesehene soll verbreitet werden und im Gedächtnis gehalten – und sei es, dass man sich die Handys mit den Fotos aus dem Vernichtungslager beim Schmatzen eines Hamburgers gegenseitig unter die Nase hält.

Einen „richtigen“ Umgang zu diesen Dingen gibt es nicht. Die in der Gedenkstätte Auschwitz gepflegte Variante mag einerseits befremden, andererseits ist die dahinter stehende Idee durchaus nachvollziehbar.

Nicht nachvollziehbar hingegen ist, wie leicht von den NS-Machthabern zu verantwortende Verbrechen für die gegenwärtige Politik instrumentalisiert werden. Gerade hier in Auschwitz klingen einem Äußerungen wie die des Essener Bischofs Franz-Josef Overbeck schmerzhaft im Ohr. Als Argument gegen Transitzonen für Asylsucher führte er ins Feld,

Der Missbrauch schmerzt hier noch heftiger

diese fühlten sich dann „wie in Konzentrationslagern“. Es dauerte einige Hinweise und Tage, bis dem Bischof die Schieflage seiner Verkündigung auffiel. Umgekehrt bediente sich Sigmar Gabriel, ehemals Außenminister, unlängst des KZ-Vergleichs als Argument für Asylzentren an der afrikanischen Küste. Den – laut einem Botschafter – „KZ-ähnlichen-Zuständen“ in libyschen Lagern müsse man mit eigenen Zentren begegnen. Beim Anblick der Stätte des tatsächlichen Grauens erst larven sich solche Sprüche erst recht als das, was sie sind: unsäglich dumm. *Erik Lommatzsch*

Intensivlandbau verstärkt die Dürre

»Bio«-Kraftstoff als Öko-Killer: Monokulturen von Mais bis Palmöl bringen den Wasserhaushalt weltweit durcheinander

Welchen Einfluss haben Rodung und Intensivlandbau mit Monokulturen auf das Grundwasser, den Wasserkreislauf und die Witterung? Angesichts der Hitzewelle und einer Jahrhundertdürre wie in diesem Jahr in Nordwesteuropa lässt sich diese Frage nicht länger in den Hintergrund drängen.

Die Antworten sind wohlbekannt. Waldrodung und Monokulturen haben negative, sich selbst verstärkende Effekte auch auf die Witterung. Dennoch steht eine generelle Umsteuerung der industriellen Landwirtschaft, wie sie von verschiedenen Seiten schon lange gefordert wird, (noch) nicht auf der politischen Tagesordnung. Man spricht angesichts der massiven Ernteausfälle in diesem Jahr vom Klimawandel, jedoch nur selten darüber, dass sich infolge der globalen Entwaldung sowie durch den Anbau von Monokulturen gravierende Veränderungen der Wasserkreisläufe und damit der Witterung vor Ort ergeben haben.

Einige neue Studien legen einen Zusammenhang zwischen Monokulturen und Extremwetterereignissen nahe. So konnte Professor Navin Ramankutty von der Universität British Columbia in Vancouver/Kanada 2016 im Rahmen einer Studie über die globalen Kosten durch Wetterkatastrophen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts belegen, dass die Trockenperioden bis 2007 in Australien, Nordamerika und Europa zur Einbuße von 19,9 Prozent der Ernteerträge geführt haben.

Damit liegen die Einbußen etwa doppelt so hoch wie im weltweiten statistischen Mittel. Als Ursache dafür gibt die Studie die in den Industrieländern verbreiteten Monokulturen an. In Europa und den USA, wo auf riesigen Flächen immer dieselben Getreidesorten mit denselben Methoden angebaut werden, kann ein Ereignis wie die Dürre im „Maisgürtel“ des Mittleren Westens der USA 2012 die gesamte Ernte beschädigen oder gar vernichten. Auch die Deutsche Landwirtschaftsgesellschaft DLG verlautbarte Anfang 2017: „An einigen Punkten überschreitet der Modernisierungspfad die Grenzen der Nachhaltigkeit und gefährdet die Resilienz (in etwa: Widerstandskraft, Stabilität) der Systeme.“

Negative Folgen des maschinengerechten Intensivlandbaus wie der steigende Verbrauch von Dünger und Pestiziden sind durch Untersuchungen gut belegt, kaum hingegen die Beeinflussung der Wasserressourcen in der Umgebung von riesigen Monokulturen; dies, obwohl Störungen der wechselnden Aggregatzustände des

Sind schwimmende Bauernhöfe bald die Lösung?

Wassers durch diese Anbauweise unbedingt zu erwarten sind.

Den Beweis dafür erbrachte eine neue Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik. Die Wissenschaftler der fächerübergreifend angelegten Studie untersuchten speziell die Veränderung von Wasserkreisläufen mit zunehmender Ausweitung von Palmölplantagen in Indonesien. Während der Verlust der Artenvielfalt und Bodenverschlechterung infolge der Palmölproduktion in der Literatur oftmals beschrieben worden sind, fand der Schwund der lokalen Wasserressourcen bislang kaum Beachtung.

Die Studie zeigt, dass die Grundwasserneubildung nahe der intensiv bewirtschafteten Ölpalm-Monokulturen langfristig verringert ist. Leidtragende sind Kleinbauern und Gemeinden. Während der Trockenzeit hat die Bevölkerung stärker unter Wassermangel und höheren Temperaturen zu leiden, seit Ölpalmen vermehrt angebaut werden. Dagegen fällt während der Regenperioden immer mehr Niederschlag und es kommt häufiger zu Überschwemmungen.

Ähnliche Folgen sind durch den Maisanbau bekannt. Wie Palmöl wird auch Mais nicht nur in der Lebensmittelindustrie, sondern auch als nachwachsender Rohstoff für die Erzeugung von Bioethanol und Biogas verwendet. In Deutschland nahm der Anbau von Mais von 2000 bis 2014 um eine Million Hektar auf 2,5 Millionen Hektar zu.

Treiber für diese Entwicklung war das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) der EU im Jahr 2000, das den Besitzern von Biogasanlagen feste Einspeisetarife für den Ökostrom garantiert. Das führte über die Jahre zu einem nie dagewesenen Schwund von kleinteiligen landwirtschaftlichen Strukturen in Europa. Nicht neu ist die Erkenntnis, dass jahrelanger Maisanbau in Monokulturen die Böden auslaugt und austrocknet, da die hoch wachsende Pflanze sehr wasser- und nährstoffhungrig ist.

Überwiegend ist die Erde eines Maisackers ein halbes Jahr lang unbedeckt der Witterung ausgeliefert. Wo Bäume und Hecken stehen, steigt der Grundwasserspiegel in Richtung Bodenoberfläche und schützt den Wurzelbereich vor Austrocknung. Fehlt dagegen jegliche Vegetation, wird das Grundwasser nicht heraufgeholt. Starkniederschläge fließen großenteils ungenutzt unterirdisch ab, die Bodenoberfläche verkrustet und reißt auf.

Mittlerweile sollte den Landwirten und ihren Funktionären die Erkenntnis dämmern, dass ausgedehnter Maisanbau den Wasserkreislauf reduziert beziehungsweise aus dem Gleichgewicht bringt. Abgestuft gilt dies für jeglichen Anbau von Monokulturen. Zu der vermehrten Unkrautbekämpfung mit Pestiziden kommt noch die starke Bodenerosion der Maisäcker. Während die Erosionswirkung unter Wald kaum messbar ist, steigt sie bei Maisanbau oder bewuchsloser Brachfläche auf 170 und 180 (!) Tonnen pro Jahr und Hektar an (Professor Wolfram Mauser: „Wie lange reicht die Ressource Wasser? Vom Umgang mit dem blauen Gold“, Fischer-Taschenbuchverlag 2007).

„Verschärft der Maisanbau das Hochwasserrisiko?“ lautete der Titel einer Sendung der WDR-Reihe „Aktuelle Stunde“ anlässlich der Hochwasserereignisse im Mai/Juni 2016. Dies ließ sich nicht bestreiten, jedoch behauptete ein Experte vom Geologischen Dienst: „Für das Extremwetter ist der Mais aber nicht verantwortlich.“ Experten wie diesem möchte man zurufen: Haben wir nicht alle als Kinder in der Grundschule den Wasserkreislauf durchgenommen und Bäume gemalt mit einer Wolke darüber, aus der Regentropfen fallen? Wieso sollte dieses Modell mit seiner negativen Konsequenz für die unbeschatteten Agrarwüsten keine Gültigkeit haben?

In seinem Buch „Die Pflanzen-Revolution. Wie Pflanzen unsere Zukunft erfinden“ (Kunstmann Verlag 2018) beschäftigt sich Professor Stefano Mancuso unter anderem mit der Wasserversorgung und zukünftigen Ernährung von voraussichtlich mehr als zehn Milliarden Menschen im Jahr 2050. Als Bestandteil von Ökosystemen, als Wirtschaftsgut und Lebensmittel ist Wasser durch menschlichen Einfluss immer öfter dort nicht mehr ausreichend vorhanden, wo es gerade benötigt wird. Monokulturen haben aus Sicht des Autors keine Zukunft. Eine Ausweitung der Anbauflächen sei ausgeschlossen, da weitere Abholzung nicht hinnehmbar sei. Einen Ausweg sieht er in der Möglichkeit, Ackerpflanzen so zu züchten, dass sie auch einen erhöhten Salzgehalt im Boden vertragen, also auf versalzenen Böden wachsen.

Einen Beitrag zur Lösung der zukünftigen Nahrungsmittelversorgung sieht Mancuso in einer nachhaltigen Agrikultur auf den Meeren. Es existieren bereits Konzepte und Prototypen von modular aufgebauten, schwimmenden Farmen mit Fischzucht, die zukünftig helfen sollen, Probleme durch die Lebensmittelproduktion zu reduzieren und Engpässe auszugleichen. *D. Jestrzemski*

Wasserkreislauf aus dem Gleichgewicht: Die Elbe bei Magdeburg Bild: Colourbox

Das Ostpreußenblatt

Nr. 32 – 10. August 2018

MELDUNGEN

Straße nach Lenz benannt

Bild: B.W.

Lyck – 2011 erhielt der Schriftsteller Siegfried Lenz für sein Engagement für ein friedliches Zusammenleben zwischen Deutschen und Polen die Ehrenbürgerwürde der Stadt Lyck [Elk]. Der deutsche Autor habe mit seiner Literatur die Verbundenheit der Bewohner von Lyck mit ihrer Heimat gestärkt, teilte damals die Stadtverwaltung zur Begründung mit. Gerd Bandilla, damals Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Lyck, hatte diese Auszeichnung angeregt. Nun hat man in einem Neubaugebiet eine Straße nach Siegfried Lenz benannt. *B.W.*

Übernahme durch Franzosen

Treuburg – Der größte polnische Produzent von Segelbooten, die „Delphia Yachts", wurde von der französischen Bentau-Gruppe übernommen. Die Treuburger Firma behält 20 Prozent Anteile. Der neue Eigentümer will expandieren und plant die Erweiterung mit einer Halle von bis zu 18 000 Quadratmetern. Sie plant den Bau von Segel- und Motorbooten für den Export ins mittelöstliche Europa und nach Skandinavien. *PAZ*

»Pruzzenweiber« mit Polenfähnchen

Allenstein hat archaische Baben als Markenzeichen entdeckt – Vielfache Nutzung für Werbung

In der Allensteiner Altstadt wurde eine Formation von 20 Steinfiguren, sogenannten Pruzzenweibern, aufgestellt. Es handelt sich um die Installation archaischer Kriegerfiguren, mit der an die Gründung der Republik Polen erinnert werden soll.

Es ist eine seltsame Armee, die zum Glück ungefährlich ist und die das Interesse der Touristen erregt: „Pruzzenweiber", die in einer engen Formation vor dem Gebäude des Alten Rathauses stehen, welches heute die Stadtbibliothek beherbergt. Das Bataillon besteht aus 20 Figuren, die in ihren Händen Metallspieße halten, an deren Spitzen weiß-rote Fahnen flattern. Das ist eine künstlerische Installation, die an die Wiedererlangung der Unabhängigkeit Polens erinnern soll. Um den patriotischen Ton zu verstärken, wurden am Rücken jeder Skulptur die originalgetreuen Embleme der Polnischen Legionen in Form vom Schild und Adler angebracht. Sie sollen dem Betrachter den Militär- und Staatsmann Józef Pilsudski in Erinnerung rufen, unter dessen Führung die polnischen Legionen um die Unabhängigkeit Polens kämpften.

Konzipiert und realisiert wurde das Projekt von der Gesellschaft Kunst und Umwelt in Allenstein, wozu die Schüler des staatlichen Kunstlyzeums einen besonderen Beitrag leisteten. An der Informationstafel, die neben den wie Soldaten wachenden Figuren aufgestellt wurde, ist zu lesen, dass die Ideengeber der Installation folgende Botschaft vermitteln möchten: Pruzzenweiber präsentierten auf eine symbolische Art und Weise eine Abteilung von Heroen, die in einer festlichen Paradenformation in Allenstein einrücken und dadurch ihren Sieg und das Ende der Gefangenschaft verkündeten, was direkt auf die Worte der Hymne Polens anspiele „Noch ist Polen nicht verloren, solange wir leben." Die Kultur des baltischen Volks der Prußen wird also für den Nationalismus des slawishen Volks der Polen instrumentalisiert.

Ungewöhnliches Fotomotiv: Pruzzenweiber-Formation in der Allensteiner Altstadt Bild: D.K.

Jeder, der Allenstein bis zum 20. November besucht, wird dieses ungewöhnliche Bataillon sehen. Abgesehen von der aktuellen Installation ist das Pruzzenweib zu einem erkennbaren Stadtsymbol geworden. Diverse Darstellungsformen der Figur werden als Souvenirs vermarktet. Großformatige Kopien werden für Werbekampagnen der Stadt genutzt. Im vergangenen Jahr etwa wurden Pruzzenweiber bunt bemalt und in Sportanzügen auf einem sandigen Strandvolleyballplatz aufgestellt. Der Sand war vor dem Rathaus aufgeschüttet worden. In erster Linie wollte die Stadt auf das bevorstehende Turnier „World Tour Olsztyn 2017" aufmerksam machen.

Ein anderes Mal stilisierte man die Figuren zu Planeten des Sonnensystems, indem sie in der Altstadt in einer entsprechenden Reihenfolge kreisförmig aufgestellt wurden. Im Mittelpunkt befand sich dagegen keine Sonne, sondern eine besondere Gestalt, die Nicolaus Copernicus verkörperte. Auf diesem Weg wollten die Beamten, die für die Stadtwerbung zuständig sind, für den großen Astronomen werben und die Touristen zum Besuch des Schlossmuseums oder des Planetariums anspornen.

Die erste erfolgreiche Kunstveranstaltung aus dem Jahr 2011, bei der bunte Figuren der Pruzzenweiber vielfältig gestaltet in unterschiedlichen öffentlichen Orten des Stadtraumes auftauchten, hieß „Weib aus Allenstein". Die Idee war, Allenstein als eine Stadt der Kunst zu zeigen. Seitdem verliebte man sich einfach in die effektvollen Statuen. Alles in allem geht es bei jedem solcher Ereignisse darum, dass man eine kulturelle Brücke zwischen der Gegenwart und der prußischen Vergangenheit baut. Somit popularisiert man die Hauptstadt des südlichen Ostpreußens und die regionale Geschichte. Das Urbild für all die Figuren, die zu unterschiedlichen Anlässen in der Stadt auftauchen, ist die steinerne Skulptur, die im Innenhof der Allensteiner Burg steht und die eine menschliche Gestalt darstellt. Sie ist eines der wenigen erhaltenen Objekte in Ostpreußen. Das Weib wurde im 19. Jahrhundert in Barthen bei Rastenburg entdeckt, wo einmal der prußische Stamm der Barten lebte, und man brachte es nach dem Zweiten Weltkrieg nach Allenstein.

Es mag verwundern, aber entgegen der Bezeichnung stellt die Figur keine Frau, sondern einen Krieger dar, der in der rechten Hand ein Horn und in der linken eine kurze Waffe hält. Während seine Gesichtszüge am genausten gemeißelt wurden, sind die übrigen Elemente des Körpers unpräzise und stark vereinfacht. Die exakte Funktion der Pruzzenweiber, die in Ostpreußen Baben oder Steinmütterchen genannt wurden, ist bis heute unklar. Eine Theorie besagt, dass wir es mit einer originellen Abbildung einer altpruzzischen Gottheit oder eines altpruzzischen Helden zu tun haben. Möglicherweise gehen die archaischen Figuren aber auch auf asiatische Vorbilder zurück. Zweifelsohne stammt die Skulptur im Schlossinnenhof aus dem Mittelalter. *Dawid Kazanski*

Königsberg feierte ausgelassen

Feier stand noch im Nachklang der WM – Künftig sollen Bürger mitentscheiden

Der Tag der Stadt wurde in Königsberg in diesem Jahr drei Tage lang gefeiert. Die Konzerte fanden nicht wie üblich beim Haus der Räte, sondern auf dem Hansaplatz statt. Dort trat der Kubaner Kosaken-Chor auf, und am nächsten Tag wurden Boxkämpfe veranstaltet. Rund um den Oberteich wurden ein Wettrennen und ein Segelwettbewerb ausgetragen. Die Hufenallee war zu einer Fußgängerzone umfunktioniert worden. Die Festmeile war von Schauspielern, Künstlern, Trommlern, erstaunlichen Figuren auf Stelzen, Orchestern und Clowns gesäumt. Im Stadtzentrum gab es einen Umzug von Freiwilligen, die bei der Fußball-WM geholfen hatten. In der Fußgängerzone konnte man einem Fußballspiel zusehen und WM-Souvenirs erstehen. Großes Interesse fand eine Fotoausstellung mit Aufnahmen ausländischer WM-Zuschauer der Königsberger Spiele.

Daneben gab es eine Oldtimerschau. Wer sich mehr zu kulinarischen Spezialitäten hingezogen fühlte, kam beim Stadion Baltika auf seine Kosten. Dort lud das Festival „street food Gastro-Grad" zum Verweilen ein. Erstmals hatte sich die wissenschaftliche Bibliothek beteiligt, deren Innenhof zur „Offene[n] Bibliothek: Kultur-Open-Air im Innenhof" einlud. Es gab Künstlerkurse, Tangostunden, Live-Musik und Poesie. Auf einem Grammophon waren seltene Aufnahmen aus dem Fundus der Abteilung Kunst und Literatur zu hören.

Buntes Treiben: „Figuren auf Stelzen" beim Festumzug Bild: J.T.

Erstmals in der Geschichte des Stadtfestes wurde das Feuerwerk im Zentralen Park für Kultur und Erholung gezündet. Vor dem Feuerwerk gab es ein Konzert, auf dem das Königsberger Sinfonieorchester auftrat, ebenso wie die Moskauer Gruppe PER4MEN.

Während des offiziellen Teils wurde auf dem Hansaplatz feierlich der Titel „Ehrenbürger der Stadt Kaliningrad" verliehen. In diesem Jahr wurden gleich drei Personen zu Ehrenbürgern ernannt: Boris Piroschkow, Teilnehmer des Sturms auf Königsberg, Natalja Ischtschenko, fünffache Olympiasiegerin im Schwimmen und seit vergangenem Jahr stellvertretende Vorsitzende der Regierung des Königsberger Gebiets, sowie Jurij Malinkin, Mitglied des Präsidiums der Königsberger öffentlichen Organisation von Kriegsveteranen, Arbeitern, Streitkräften und Strafverfolgungsbehörden. Von 1965 bis 2017 wurde der Titel des Ehrenbürgers der Stadt 56 Menschen verliehen.

Bürgermeister Alexej Silanow kündigte nach der Feier an, dass künftig die Meinung der Bürger in die Vorbereitungen des Festes einbezogen würde: „Wir sind für neue Ideen und Vorschläge offen. Wir werden diese sammeln und sie verwerten ... Das Programm für das Stadtfest 2019 wird unter Berücksichtigung der Bürgerwünsche erstellt. Wer nicht ganz zufrieden war, den lade ich zur Zusammenarbeit ein." *Jurij Tschernyschew*

Ein Meilenstein

Stüler-Bau in Steinort wird gerettet

Mitte Juli haben auf der Wanderschaft befindliche Zimmerleute von der Gesellschaft „Freie Vogtländer Deutschlands – Einheimische und reisende Bauhandwerker" den Richtbaum auf den sanierten Dachstuhl der 1855 nach Plänen des bekannten Berliner Baumeisters Friedrich August Stüler erbauten Lehnhoffschen Erbbegräbniskapelle in Steinort gesetzt. Knapp 100 Gäste waren gekommen, um dem Richtfest beizuwohnen. Unter Ihnen waren der Eigentümer, die Polnisch-Deutsche Stiftung Kulturpflege und Denkmalschutz – vertreten durch den deutschen Honorarkonsul aus Allenstein, Wojciech Wrzecionkowski, den Gemeindevertreter sowie Senator Wieslaw Pietrzak.

Es folgten Grußadressen der Generalkonsulin Cornelia Pieper, der Vorsitzenden der Lehndorff-Gesellschaft Bettina Bouresh und des Chefs der Sächsischen Staatskapelle Dresden Christian Thielemann. Marschall Gustaw Marek Brzezin brachte in einem Brief die Bedeutung der Initiative für die Zukunft des Schlosses zum Ausdruck und würdigte den Erfolg als einen weiteren Schritt zur Wiederbelebung von Steinort und zur Rettung des Schlosses. Pfarrer Krystian Borkowski erteilte zum Schluss den Segen.

Richtfest in Steinort Bild: W. J.

Möglich geworden war die Sanierung des maroden Dachstuhls durch die Initiative von Wolfram Jäger, Inhaber des Lehrstuhls für Tragwerksplanung an der TU Dresden, sowie vieler Unterstützer. *EB*

Wir gratulieren ...

ZUM 100. GEBURTSTAG

Struprath, Elfriede, geb. **Steppat**, aus Reinlacken, Kreis Wehlau, am 15. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Hartmann, Elisabeth, geb. **Pohl**, aus Ortelsburg, am 11. August
Zöller, Annemarie, geb. **Orlowski**, aus Lyck, Memeler Weg 4, am 16. August

ZUM 97. GEBURTSTAG

Hartmann, Luci, geb. **Deckmann**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 11. August
Koropp, Sönnlin, geb. **Hilger**, aus Dullen, Kreis Treuburg, am 11. August
Redetzky, Horst, aus Kleindünen, Kreis Elchniederung, am 14. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Lask, Karl, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 15. August
Pehrs, Hildegard, geb. **Gud**, aus Tilsitdusch, am 10. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fendt, Hildegard, geb. **Podworny**, aus Milussen, Kreis Lyck, am 12. August
Kiefer, Dora, geb. **Glagau**, aus Posselau, Kreis Fischhausen, am 14. August
Klopp, Ernestine, geb. **Baumgart**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 15. August
Noetzel, Bruno, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 11. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Kraft, Frieda, geb. **Schedlitzki**, aus Markgrafsfelde, Kreis Treuburg, am 15. August
Kröhnert, Eva, geb. **Naujoks**, aus Balten, Kreis Elchniederung, am 14. August
Platz, Ursula, geb. **Franke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 16. August
von Kieckebusch, Anny, Kreis Preußisch Eylau, am 15. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bondzio, Irmgard, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 12. August
Ebnöther-Thurnheer, Martin, geb. **Ebnöther**, aus Brittanien, Kreis Elchniederung, am 12. August
Gelhar, Emma, geb. **Radzuweit**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 12. August
Handke, Leonore, geb. **Tetlowski**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 11. August
Haupt, Anneliese, geb. **Glaus**, aus Fischhausen, am 12. August
Müller, Helga, geb. **Kummetz**, aus Erlen, Kreis Elchniederung, am 13. August
Radzyk, Alfred, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, am 15. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fortak, Heinz, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Kierstein, Helmut, aus Maschen, Kreis Lyck, am 16. August
Pokern, Irene, geb. **Först**, aus Fischhausen, am 14. August
Ringat, Paul, aus Bilderweiten, Kreis Ebenrode, am 16. August
Waldner, Otto, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 10. August
Wenzel, Hildegard, geb. **Wysotzki**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Badziong, Siegfried, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 11. August
Czytrich, Helga, geb. **Bublitz**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 13. August
Dähn, Margarete, geb. **Maczassek**, aus Neidenburg, am 12. August
Fratzke, Ursula, geb. **Berwein**, aus Wehlau, am 14. August
Günther, Ruth, geb. **Pietzka**, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. August
Henz, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 16. August
Kattanek, Paul, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 15. August
Mertsch, Elli, geb. **Hahnke**, aus Heiligenbeil, am 10. August
Nicolovius, Hans-Werner, aus Wehlau, am 12. August
Radtke, Gerhard, aus Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 13. August
Sauer, Dr. med. Christa, geb. **Alzuhn**, aus Lyck, am 13. August
Sewzik, Gertrud, geb. **Sewzik**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 12. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Ahrens, Gertrud, geb. **Freitag**, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 16. August
Cyrkel, Elisabeth, geb. **Wlotzki**, aus Krokau, Saberau, Kreis Neidenburg, am 10. August
Döpper, Ella, geb. **Gronau**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 15. August
Feyka, Gertrud, geb. **Makulla**, aus Weidicken, Kreis Lötzen, am 12. August
Glogau, Herbert, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 13. August
Gonschorek, Käthe, aus Keipern, Kreis Lyck, am 12. August
Halser, Eva, geb. **Lechleiter**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 15. August
Hettwer, Irmgard, geb. **Lallo**, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 14. August
Hoffmann, Horst, aus Treuburg, am 14. August
Kühn, Margarete, geb. **Kowalzik**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 10. August
Kwasny, Gertrud, geb. **Granz**, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Machnik, Heinz, aus Grünlinde, Kreis Wehlau, am 15. August
Olms, Waltraut, geb. **Bendig**, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, am 15. August
Röder, Eva-Maria, geb. **Zacharias**, aus Lyck, am 10. August
Schrader, Erwin, aus Eschenberg, Kreis Elchniederung, am 10. August
Schulz, Elsa, geb. **Beyer**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 15. August
Tiedemann, Ursula, geb. **Beyer**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 11. August
Wagner, Hildegard, geb. **Mäding**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 10. August
Wallis, Walter, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 13. August
Werner, Josefa, geb. **Ziegler**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 15. August
Wieter, Hildegard, geb. **Rojek**, aus Neidenburg, am 10. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Armgart, Annerose, geb. **Proboll**, aus Thalheim, Kreis Neidenburg, am 11. August
Bartsch, Herbert, aus Großudertal, Kreis Wehlau, am 10. August
Brinlinger, Erwin, aus Neu Sellen, Kreis Elchniederung, am 15. August
Buschmann, Ursula, geb. **Plewe**, aus Gertrudenhof, Kreis Treuburg, am 14. August
Galle, Erika, geb. **Ruhnau**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 15. August
Gorski, Ernst, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 13. August
Gregorzewski, Richard, aus Klein Rauschen, Kreis Lyck, am 15. August
Hogrebe, Ilse, geb. **Krüger**, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 10. August
Ketz, Günter, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 14. August
Konetzka, August, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg und Malschöwen, Kreis Ortelsburg, am 13. August
Kulschewski, Horst, aus Milucken, Kreis Lyck, am 13. August
Lorenz, Helmut, aus Roddau Perkuiken, Kreis Wehlau, am 10. August
Metschulat, Klaus-D., aus Breitenstein, Kreis Tilsit-Ragnit, am 14. August
Müller, Elli, geb. **Buzilowski**, aus Stahnken, Kreis Lyck, am 12. August
Nehmke, Ulrich, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 16. August
Papke, Dietrich, aus Sodargen, Kreis Ebenrode, am 13. August
Penschuck, Horst, aus Grieteinen, Kreis Elchniederung, am 12. August
Räse, Edith, geb. **Eim**, aus Peyse, Kreis Fischhausen, am 12. August
Seeberger, Helga, geb. **Philipp**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 14. August
Sölter, Willi, Kreis Lyck, am 16. August
Sontowski, Ulrich, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, am 11. August
Staschko, Otto, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 32, am 11. August
Stoschus, Karl Georg, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 13. August
Wakulat, Rudi, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 11. August
Wildermuth, Käthe, geb. **Kürbis**, aus Deeden, Kreis Ebenrode, am 11. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Altenburg, Irmgard, geb. **Czwalinna**, aus Masuren, Kreis Treuburg, am 16. August
Arnold, Sigrid, geb. **Arnold**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 10. August
Breyer, Klaus, aus Leitwarren, Kreis Elchniederung, am 11. August
Bruweleit, Rotraud, aus Memelwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, am 11. Mai
Diedrich, Gisela, geb. **Wiegratz**, Kreis Heydekrug, am 10. August
Diester, Eckehard, aus Neusiedel, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. August
Dolch, Bernd, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 14. August
Domahs, Erich, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 13. August
Drehsler, Sieglinde, geb. **Schröder**, aus Merunen, Kreis Treuburg, am 12. August
Hobert, Helga, geb. **Mintel**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 14. August
Holl, Fritz, aus Schenkenhagen, Kreis Ebenrode, am 15. August
Kilmer, Gerda, geb. **Jester**, aus Rauschen, Kreis Fischhausen, am 11. August
Kleine, Barbara, aus Insterburg, am 10. Juli
Knecht-Gummert, Brunhilde, geb. **Loleit**, aus Rodebach, Kreis Ebenrode, am 13. August
Kositzki, Karin, geb. **Zierke**, aus Stettin, Kreis Neidenburg, am 12. August
Leonard, Sabine, geb. **Bultmann**, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 11. August
Peters, Dieter, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 15. August
Placke, Brunhild, geb. **Grabski**, aus Groß Schläfken, Kreis Neidenburg, am 15. August
Scholz, Edelgard, geb. **Biallas**, aus Lötzen, am 11. August
Smoydzin, Ulrich, aus Lyck, am 15. August
Stumm, Helmut, aus Willenberg-Bahnhof, Kreis Ortelsburg, am 12. August
Teuke, Liselotte, geb. **Wysotzki**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 10. August
Wilzewski, Ingrid, geb. **Marzian**, Kreis Lyck, am 10. August
Ziegler, Waltraud, geb. **Romeike**, aus Wittken, Kreis Elchniederung, am 10. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bär, Christine, geb. **Wacks**, aus Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 16. August
Claußen, Heidrun, geb. **Hansen**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 13. August
Dzeyk, Siegmar, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 16. August
Fischer, Barbara, geb. **Schettling**, Kreis Tilsit, am 11. August
Schmidt, Roswitha, geb. **Neumann**, aus Rautersdorf, Kreis Elchniederung, am 10. August

Diamantene Hochzeit

Neumann-Holbeck, Günter, aus Follendorf, Kreis Heiligenbeil und Königsberg, und Ehefrau Erika, geb. **Holbeck**, am 9. August

TERMINE DER LO

2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

63. Jahrestreffen

Die Stadtgemeinschaft Allenstein trifft sich in diesem Jahr vom 7. bis 9. September in Gelsenkirchen. Zunächst tritt am Freitagnachmittag um 16 Uhr die neu gewählte Stadtversammlung im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus zusammen, um die Jahresberichte entgegenzunehmen und den Vorstand zu wählen. Anschließend verbringen dort ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt einen geselligen Abend. Am Sonnabend besteht von 10 bis 12 Uhr Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Um 12.15 Uhr gedenken wir der verstorbenen Allensteiner mit einer ökumenischen Andacht und Kranzniederlegung an der Gedenktafel in der Propsteikirche. Ab 13 Uhr versammeln sich Stadtgemeinschaft und Kreisgemeinschaft Allenstein-Land im Schloss Horst. Im Kaminzimmer gibt es ein reiches Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen und Ausstellungen alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten. Freunde der Familienforschung finden bei den Vertretern des Ermlandforums Rat und Unterstützung.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser- und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka, musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein werden wie immer zahlreiche Angehörige der Deutschen Minderheit aus Allenstein unter den Gästen sein.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. Wer es ruhiger mag, kann sich auch zum Schabbern in den Rittersaal oder den Garten zurückziehen, wo wieder eine Grillstation für das leibliche Wohl sorgen wird.

Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.

Dittchenbühne

Elmshorn – Freitag, 24. August, 19 Uhr, Dittchenbühne: „Die Reise nach Tilsit", eine litauische Geschichte nach Hermann Sudermann. Erzählt wird unter der Regie von Raimer Neufeldt die Geschichte der Ehe eines Fischers, der in die Arme seiner Magd fällt und böse Pläne mit ihr schmiedet. Die Aufführung in ostpreußischer Mundart ist einzigartig und nur kurz zu sehen.

Nähere Informationen beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne", Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de oder Internet: www.dittchenbuehne.de.

HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Diamantene Hochzeit

Am 9. August 2018 feiern Günter Neumann-Holbeck und seine Frau Erika, geborene Holbeck, ihre Diamantene Hochzeit.

Günter Neumann-Holbeck war seit 1990 Ortsvertreter von Follendorf, bevor er dann von 1998

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 14

bis 2016 das Amt des Kirchspielvertreters des Kirchspiels Balga innehatte. In diesen Jahren hatte er immer ein offenes Ohr für die Belange der Landsleute seines Kirchspiels. Für seine Verdienste ehrte ihn die Kreisgemeinschaft Heiligenbeil mit der Silbernen und Goldenen Ehrennadel.

Oft reiste er bis ins hohe Alter nach Ostpreußen und besuchte unseren Kreis Heiligenbeil.

Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil gratuliert dem Jubelhochzeitspaar ganz herzlich und wünscht den Beiden alles Gute, vor allem Gesundheit, und noch viele schöne gemeinsame Jahre. *Im Namen des Vorstandes Bernd Schmidt, Kreisvertreter*

INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppen

Heimatgruppe Köln – Mittwoch, 22. August, Gaststätte Zirkel, Braunstraße 20, Köln-Braunsfeld (Haltestelle Aachener Straße/Maarweg). Anmeldung und nähere Informationen bei Carola Maschke, Telefon (0221) 796942, E-Mail: C.Maschke@netcologne.de.

Heimatgruppe Darmstadt – Sonnabend, 25. August, 11.30 Uhr, Taverna Hellas, Bahnhofstraße 17, 62491 Darmstadt-Wixhausen: Stammtisch.

LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Versammlung

Neumünster – Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Lötzen e.V. am Sonnabend, 25. August, 13.30 Uhr, Beginn: 14 Uhr, im Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18 H (Böcklersiedlung) in Neumünster.

Tagesordnungspunkte:

1. Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit,
2. Bericht des amtierenden Vorsitzenden,
3. Bericht Geschäftsführung und Archiv,
4. Bericht des Redakteurs,
5. Bericht des Schatzmeisters,
6. Bericht der Kassenprüfer mit Antrag auf Entlastung des Vorstandes,
7. Entlastung des Vorstandes durch Handzeichen,
8. Wahl eines Leiters zur Neuwahl des Vorstandes durch Handzeichen,
9. Wahl des gesamten Vorstandes am Block mit Wahlkarten,
10. Wahl der Kassenprüfer am Block durch Handzeichen,
11. Verschiedenes.

Elche-Ausstellung

Neumünster – Sonnabend, 18. August, 15.30 Uhr, Heimatmuseum, Sudetenlandstr. 18 H (Böcklersiedlung): Ausstellungseröffnung „Die Elche sind da!" – Ostpreußens Wappentier in Werken der bildenden Kunst, der Souvenir- und Spielzeugherstellung. – Die Kunstwerke sind Leihgaben aus dem Ostpreußischen Landesmuseum, Lüneburg.

Andere Exponate wurden zum Teil von langjährigen Besuchern des Lötzener Museums zur Verfügung gestellt. Die „Brückensänger" der Brücke Schleswig-Holstein werden die Ausstellungseröffnung (nicht nur mit einem Elch-Lied) musikalisch umrahmen. Jörn Barfod, Kustos des Ostpreußischen Landesmuseums, wird einen Kurzvortrag über Elchdarstellungen in der Kunst Ostpreußens halten und sich auf die ausgestellten Werke beziehen. Eingeladen ist ebenfalls die Zoologische Leiterin des Tierparks Neumünster, Verena Kaspari, um über den Elch und seine Besonderheiten zu informieren. (Im Tierpark Neumünster sind Elche zu sehen.) Als Ergänzung wird der Elch „als literarische Gestalt" von der Betreuerin des Lötzener Museums, Ute Eichler, vorgestellt. Für die Besucher der Veranstaltung ist bei freiem Eintritt eine kleine Bewirtung vorgesehen. Zu sehen ist die Ausstellung in Neumünster bis einschließlich 17. November.

LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Hauptkreistreffen

Hagen – Sonnabend, 25., bis Sonntag, 26. August, Hotel Mercure, Hagen: Hauptkreistreffen.

MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Wahlergebnisse

Ergebnisse der Wahl des 9. Kreistages: Wahlleiter: Günter Keuchel. Gemäß § 5 der Wahlordnung der Kreisgemeinschaft Mohrungen e.V. beziehungsweise Ziffer 8 des Wahlaufrufes in den Mohrunger Heimatkreis-Nachrichten (MHN) Nr. 140 wurde das Wahlergebnis vom Wahlausschuss am 20. Juni festgestellt. In der nächsten MHN-Ausgabe wird das Ergebnis veröffentlicht. Für den Kreistag gewählt sind die elf Kandidaten, die die meisten Stimmen erhalten haben. Alle weiteren Kandidaten gelten als Nachrücker. Die Wahlperiode dauert fünf Jahre.

Die erste Sitzung des 9. Kreistages findet am 15. September um 10.30 Uhr im Hotel Esplanade, Bad Nenndorf, statt. Der Kreistag wählt den Gesamtvorstand (Kreisausschuss) gemäß § 10 laut Satzung. Die schriftliche Einladung erfolgte termingemäß.

Heimatkreistreffen

Herzlich Willkommen zu unserem diesjährigen HKT am 15. und 16. September in Bad Nenndorf im Grandhotel Esplanade L'Orangerie, Bahnhofstraße 8.

Zimmerbuchungen können Sie bei Familie Pittack unter folgender Telefonnummer (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt@hotel-esplanade.de vornehmen.

Über Ihren Besuch würden wir uns sehr freuen.

Vorstand KG Mohrungen

OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Reise zur Rathauseinweihung

Pünktlich: Neue Rathausuhr Bild: privat

Aus Anlass der Einweihung des wiederaufgebauten alten Rathauses am 29. September bietet die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen in Zusammenarbeit mit dem Reisebüro Scheer-Reisen eine Busreise nach Osterode vom 25. September bis zum 1. Oktober an. Auf der Hin- und Rückfahrt jeweils eine Zwischenübernachtung (Hinfahrt: im Raum Swibusch/Posen; Rückfahrt: in Posen). Die Programmgestaltung in Osterode erfolgt in Absprache mit der KGO beziehungsweise mit der Deutschen Minderheit. Es soll ermöglicht werden, die Heimatorte aufzusuchen. Eventuelle Schiffsfahrt auf dem Oberländischen Kanal. In Osterode werden wir in dem wunderschönen Hotel Willa Port direkt an der Uferpromenade des Drewenzsees wohnen.

Zustiegsmöglichkeit besteht entlang der Route: Wuppertal, Hamm, Bielefeld, Hannover, Magdeburg, Berlin, Frankfurt/Oder.

Reisepreis: 595 Euro pro Person, im Doppelzimmer mit Halbpension auf der Hin- und Rückfahrt und in Osterode viermal mit Frühstück (Einzelzimmerzuschlag: 120 Euro). Mindestteilnehmerzahl 30 Personen.

Der Wiederaufbau des alten Rathauses ist das wichtigste Wiederaufbauprojekt in Osterode nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist wichtig, dass auch wir bei der Einweihung zahlreich vertreten sind. Der Vorstand bittet um eine zeitnahe Anmeldung direkt beim Reisebüro: SCHEER-REISEN, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder (0176) 2220184, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

Hauptkreistreffen

Osterode – Sonnabend, 15. September, Stadthalle, Osterode am Harz: Hauptkreistreffen. Das Programm:

10.15 Uhr: Versammlung der Mitglieder,

11.15 Uhr: Unterhaltungsprogramm,

14 Uhr: Feierstunde mit Arno Surminski und Beiträgen der Kreismusikschule Göttingen,

16.15 Uhr: Ausklang.

Bereits am Freitag, 14. September, findet um 16 Uhr die Vorstandssitzung statt. Ab 19 Uhr zwangloser Begrüßungsabend mit Abendbrot im Hotel Börgener (Die individuelle Anmeldung direkt beim Hotel, Hoelemannpromenade 10 A, 37520 Osterode am Harz, Telefon (05522) 90990.

PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 15, bis Sonntag, 16. September, Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, Verden: Kreistreffen. Als Referent wird der Historiker Christopher Spatz am 15. September um 15 Uhr zum Thema „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder" sprechen.

RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

62. Hauptkreistreffen

Wesel – Sonnabend, 18., und Sonntag, 19. August, Niederrheinhalle, An de Tent 1, 46485 Wesel: Hauptkreistreffen.

Mitgliederversammlung und Kreistagssitzung finden am Sonntag, 19. August, um 11.30 Uhr, in der Niederrheinhalle Wesel anlässlich unseres diesjährigen Hauptkreistreffens statt.

Tagesordnung

Sonntag, 19. August

1. Begrüßung durch den Kreisvertreter,
2. Feststellung der Anwesenden und Genehmigung des Protokolls vom Vorjahr,
3. Bericht des Kreisvertreters,
4. Kassen und Prüfungsbericht,
5. Entlastung des Vorstands und der Kassenführung,
6. Haushaltsplan 2019,
7. Heimatbriefe „Rund um die Rastenburg",
8. Bildband,
9. Rastenburger Treffen 2018/19,
10. Verschiedenes.

Anträge beziehungsweise Vorschläge zur Tagesordnung sind bis zum Sonntag, 12. August, einzureichen.

Der Kreis Wesel und die Kreisgemeinschaft der Rastenburger laden Sie und Ihre Angehörigen herzlich ein, an dem Kreistreffen teilzunehmen.

Für den Kreis Wesel: Dr. Ansgar Müller, Landrat
Für die Kreisgemeinschaft: Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter

Programm

Sonnabend, 18. August

9.30 Uhr: Abfahrt mit dem Bus ab Hotel Kaiserhof zum Friedhof,

10 Uhr: Kranzniederlegung auf dem Friedhof in Wesel an der „Trauernden Vesalia", Caspar-Baur-Straße,

10.30 Uhr: Kranzniederlegung am Ehrenmal an der Schillkaserne in Wesel,

14 Uhr: Gemütlicher Nachmittag im Biergarten des Hotels Kaiserhof,

19 Uhr: geselliges und gemütliches Beisammensein in der Niederrheinhalle, Wesel.

Sonntag, 19. August

9 Uhr: Einlass in die Niederrheinhalle, Möglichkeit zum Frühstück,

9.30 Uhr: evangelischer Gottesdienst in der Gnadenkirche, Wakkenbrucher Straße 82,

10 Uhr: katholischer Gottesdienst in der Kirche Herz-Jesu, in der Feldmark, Wesel,

14.30 Uhr: Hauptkreistreffen in der Niederrheinhalle, Wesel: Musikeinführung Blasmusik Lackhausen, Begrüßung Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter, Gemeinsames Lied „Land der dunklen Wälder", Ansprachen, Heinrich Friedrich Heselmann, stellvertretender Landrat des Kreises Wesel, Ulrike Westkamp, Bürgermeisterin der Stadt Wesel, Zwischenspiel der Blasmusik Lackhausen,

16 Uhr: Großer Zapfenstreich Blasmusik Lackhausen und Tambourcorps Wesel-Fusternberg,

16.30 Uhr: Geselliges Beisammensein.

Kontakt: Geschäftsstelle „Patenschaft Rastenburg", Telefon (0281) 26950.

Korschener Treffen

Freitag, 17., bis Sonntag, 19. August, 29683 Bad Fallingbostel: Korschener Treffen.

SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de

52. Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 26. August, Berufskolleg Technik, Neuenkemper Straße 55: Kreistreffen.

Haben Sie das Datum 26. August in Ihrem Terminkalender rot eingefärbt? In wenigen Wochen ist es so weit. Das 52. Sensburger Kreistreffen findet am 26. August wie in den Jahren zuvor in unserer Patenstadt Remscheid statt. Am Sonntagmorgen öffnen sich im Berufskolleg die Türen zu der festlich geschmückten Tagungshalle. Wir heißen alle Gäste herzlich willkommen und freuen uns auf möglichst viele Teilnehmer. Vielleicht interessiert auch die Enkel, die ihre Großeltern nach Remscheid bringen, all das, was „die Alten" von ihrer ostpreußischen Heimat erzählen. Um elf Uhr beginnt die Feierstunde, die umrahmt wird von Liedbeiträgen des Remscheider Ostpreußen-Chors. Die Festrede wird Wolfgang Thüne, Mitglied des Bundesvorstandes der Landsmannschaft Ostpreußen, halten. In diesem Jahr werden wir unser Kreistreffen gemeinsam mit der Kreisgemeinschaft Treuburg feiern. Wir wünschen allen Landsleuten, die nach Remscheid fahren wollen und das bei guter Gesundheit auch noch können, viel Kraft und Freude und ein fröhliches Wiedersehen.

Dorothee Heitmann

TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Dieter Neukamm, Am Rosenbaum 48, 51570 Windeck, Telefon (02243) 2999, Fax (02243) 844199. Geschäftsstelle: Winfried Knocks, Varenhorststraße 17, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2309, E-Mail: WinfriedKnocks@aol.com

Sandkirchen

Osterode – Freitag, 24. August: Tilmann-Riemenschneider-Haus, Fuchshaller-Weg 70, Osterode: Kirchspieltreffen Sandkirchen.

TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de.

Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 26. August, 8 Uhr, Berufskolleg Technik, Neuenkamper Straße 55 (B 229), 42855 Remscheid: Kreistreffen. Die Treuburger treffen sich in diesem Jahr gemeinsam mit den Sensburger Heimatfreunden.

Ostpreußisches Landesmuseum

Lüneburg – „Wellen", der Spielfilm nach dem gleichnamigen Roman von Eduard von Keyserling wird anlässlich des 100. Todestages des Autors am Dienstag, 14. August, um 19 Uhr im SCALA Programmkino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, gezeigt.

Einführung: Dr. Anja Wilhelmi, Nordost-Institut (IKGN e.V.), Eintritt: 7 Euro.

Im Sommer 1913 gibt es in dem Ostsee-Fischerdorf Ahlow nur ein Gesprächsthema: Die Gräfin Alice von Köhne-Jasky hat ihren 30 Jahre älteren Mann verlassen und lebt nun mit einem Maler zusammen. Auch die Familie von Buttlär verbringt die Ferien in dem Dorf. Die Töchter Lolo und Nene sind fasziniert von der unkonventionellen Nachbarin. Auch Lolos Verlobter Carl interessiert sich für die gefallene Gräfin. Es beginnt ein dramatischer Liebesreigen ...

In schönen Bildern zeichnet Vivian Naefe in der Literaturverfilmung das amüsant-wehmütige Bild eines Adelsstandes, der sich am Vorabend des Ersten Weltkriegs in überkommene Konventionen flüchtet.

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Montag, 17., bis Montag, 24. September: Fahrt nach Rostock. Die Landsmannschaft Ostpreußen Baden Württemberg und die AdM Mannheim laden zu einer Busfahrt zum Ostpreußentreffen am 22. September in Rostock ein. Damit die Fahrt nicht zu anstrengend wird, werden wir auf der Hin- und auf der Rückfahrt jeweils eine Zwischenübernachtung einlegen.

Reiseverlauf

Montag, 17. September: 7 Uhr Abfahrt in Mannheim am Busbahnhof, 8.30 Uhr Stuttgart am Steigenberger Hotel am Hauptbahnhof, 9.30 Uhr in Göppingen, Bushaltestelle EWS Arena, zirka 16 Uhr Ankunft in Leipzig zur Übernachtung im Intercity-Hotel,

Dienstag, 18. September: Weiterfahrt nach Rostock-Sievershagen in das Atrium Hotel Krüger,

Mittwoch, 19. September: Tagesfahrt nach Stralsund,

Donnerstag, 20. September: Tagesfahrt nach Bad Doberan, Kühlungsborn und Warnemünde,

Freitag, 21. September: Tagesfahrt auf die Insel Usedom mit den Seebädern Ahlbeck und Heringsdorf,

Sonnabend, 22. September: Teilnahme am Ostpreußentreffen in der Stadthalle in Rostock,

Sonntag, 23. September: nach dem Frühstück Rückreise nach Jena zur Übernachtung im Steigenberger Hotel Esplanade,

Montag, 24. September: Rückreise nach Mannheim, Stuttgart und Göppingen. Der Preis für die Acht-Tagesfahrt inklusive aller Rundfahrten mit jeweiliger Reiseleitung und sieben Übernachtungen mit Frühstücksbuffet beträgt pro Person im Doppelzimmer 615 Euro und im Einzelzimmer 730 Euro. Mit der Anmeldung sind pro Person 100 Euro zu überweisen auf das Konto: UTTA – Uwe Jurgsties – Heddesheim, IBAN: DE04670505050500384708 09. Der Restbetrag ist bis spätestens 15. August zu überweisen. Anmeldungen bitte umgehend bei Uwe Jurgsties, 68542 Heddesheim, Kirschblütenstraße 13, Telefon (06203) 43229; E-Mail: uwe.jurgsties@gmx.de oder bei Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de.

Stuttgart – Sonnabend, 25. August, 15 Uhr, Treffpunkt „Kaufhof" in Bad Cannstatt am Wilhelmsplatz: Stadtführung. Im Sommermonat August laden wir, die Landsmannschaften Ost- und Westpreußen, Sie ganz herzlich zu einer Stadtführung nach Bad Cannstatt ein. Nachdem im vorigen Jahr der Stadtrundgang in Schorndorf großen Anklang gefunden hat, wollen wir auch in diesem Jahr einen zweiten Versuch starten. Nach der Führung lassen wir den Tag in einer Gaststätte ausklingen. Damit wir kalkulieren können bitten wir um zahlreiche Anmeldungen bei Hans-W. Schwalke unter Telefon (0711) 512907.

Bayern

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Landshut – Dienstag, 21. August, 14 Uhr, Insel: Zusammenkunft mit Videorückblick auf das Jahr 2017.

Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN

Königsberg – Freitag, 17. August, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben-Straße 10, 10709 Berlin-Halensee: Treffen. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Bartenstein – Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Bremen

Bremen – Die regelmäßigen Donnerstags-Sprechstunden unserer Geschäftsstelle, Telefon (0421) 3469718, wurden am 9. August, 15 Uhr, mit dem Vorverkauf für unseren Sommerausklang wieder aufgenommen: Sommerausklang mit Beetenbarsch und Schmandschinken, im Flughafenhotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Termin: Sonnabend, 1. September, 15 Uhr, Einlass ab 14.15 Uhr.

Im Vorprogramm wird der „Capstan Shanty Chor Bremen" unter der Leitung von Anna Koch auftreten. Er wird auch zum Mitsingen jahreszeitlich passender Lieder einladen.

Die Preise der Veranstaltung für Eintritt und Essen (Schmandschinken) 17 Euro, Eintritt und Essen (Beetenbartsch) 10 Euro.

Ein Eintritt ohne Teilnahme am Essen ist aus organisatorischen Gründen nicht möglich.

Im Preis ist der in alter Tradition vor dem Essen genossene „Stobbe-Machandel" enthalten. Eine Anmeldung in unserer Geschäftsstelle ist unbedingt erforderlich und bindend, da wir für die Essensbestellung einstehen müssen! Die Bezahlung kann auch per Überweisung erfolgen: IBAN: DE92 2905 0101 0001 0805 14.

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonntag, 23. September: Das Kulturreferat lädt herzlich ein zur Fahrt nach Elmshorn zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sehen wir uns das Schauspiel „Die Reise nach Tilsit" von Hermann Sudermann an.

Abfahrten des Busses:

13 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße. 88, Bushaltestelle Waldquelle,

13.15 Uhr: Harburg-Hauptbahnhof,

14 Uhr: Kirchenallee – am Hamburger Hauptbahnhof.

18.30 Uhr: Rückfahrt über Kirchenallee und Harburg nach Meckelfeld

Im Gesamtpreis von 30 Euro pro Person enthalten: Fahrt im modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Hinfahrt, Kaffee und Kuchen mit einem Bärenfang im Festsaal der Dittchenbühne, Theateraufführung.

Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

Vor 775 Jahren gegründet

Am 29. Juli 1243 hatte der Papst durch die Teilungsurkunde von Anagni gefordert, dass das Prussenland in vier Diözesen aufgeteilt wurde. So schlug am 27. Juni 1251 die Geburtsstunde für das Fürstbistum Ermland – das die späteren Kreise Braunsberg, Heilsberg, Rössel und Allenstein umfasste.

Aus: *Georg Hermanowski „Ostpreußen. Wegweiser durch ein unvergessenes Land"*

Nordrhein-Westfalen

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Neuss – Donnerstag, 13. September, bis Sonnabend, 22. September: Große Ostpreußenreise über Stettin, Danzig, Marienburg, Masuren, Thorn und Posen. Anmeldung: Peter Pott: Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400. Programm bitte anfordern.

Witten – Montag, 20. August, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde, Lutherstraße 6–10: Urlaubsberichte.

Sachsen

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonnabend, 6., bis Sonntag, 14. Oktober: Urlaubsfahrt nach Krakau mit Besichtigung des Konzentrationslagers Auschwitz.

Schleswig-Holstein

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 17. August, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafe, Mathildenstraße 22, Kaffeetafel mit anschließendem Vortag von Wilhelm Flor, Telefon 63631. Der ehemalige Angehörige der Flensburger Berufsfeuerwehr spricht über „Brandschutz im Haushalt und Hausflur".

Malente – Unser Treffen findet am Freitag, dem 10. August, ab 15 Uhr statt im Pflanzencenter Buchwald in Krummsee, Rövkampallee 39 statt. Unser Mitglied Hubertus Hilgendorff wird über die Fahrt der Kreisgemeinschaft „Rastenburg" nach Ostpreußen berichten. Anmeldung bitte im Blumenhaus Franck (Inh. St. Munkelt) in Malente, Bahnhofstraße 26 oder unter Telefon (04523) 2659. Gäste sind herzlich willkommen.

Zusendungen für Ausgabe 34

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 34/2018 (Erstverkaufstag: 24. August) bis spätestens Mittwoch, 15. August an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Name zweier Flüsse in Osteuropa · befristete Forderung · Gatte · Schritt zur Gesundung · unberührte Landschaft · Pilz, Champignon · Entgegennahme, Empfang · lockeres Gestein · in die Jahre kommen · rassig, sportlich · Landstreitkräfte · hochgewachsen, groß · italienische Weinstadt · eine Zahl · mit Anstrengung heben, schieben · ital. Hafenstadt an der Riviera · Fahrgestell v. Kraftfahrzeugen · salopp: wütend, verärgert · eindringlich um etwas bitten · britischer Sagenkönig · Stadt am Fuß des Thüringer Waldes · Zierpflanze; Wappenblume · vorbildlich, tadellos · Hauskleid, Morgenrock · ugs.: verschwenderisch umgehen · rechter Nebenfluss der Donau · eintönig reden · Titel arabischer Fürsten · rollen, kullern · meist ungiftige Schlange · russ.-sibir. Waldgebiet · langes Kleid · törichter Mensch · nicht außen · biblischer Stammvater · Rand; Kleiderbesatz · Blumeninsel im Bodensee · Schule mit Wohnheim · ältester nachweisbarer Vorfahr · Abk. für Hauptuntersuchung · redlich; angesehen · entschieden für etw. eintretend · Art, Gattung (Kunst, Medien) · Sache, Gegenstand · sich laut bemerkbar machen · Kavallerie · Verteidigungsbündnis (Kzw.) · bewahren, pflegen · Kfz-Zeichen Uelzen · Wasservogel · auf der Violine spielen · unempfänglich, gefeit · Seemannslohn · kurze Begebenheit · Laubbaum, Rüster · bewusst falsche Aussage · sich täuschen · abhängig, gebunden · berufen, nominieren · Staat in Westafrika · eingedickter Fruchtsaft · Rinne im Wattenmeer · Teil des Mittelmeeres · großer Zeitabschnitt · Nordafrikaner · Zirkusarena · Geistlicher der Ostkirche · griechischer Hirtengott · Schilf, Röhricht · durch, mit (lateinisch) · Opernsologesang · Linie · Beduinenmantel · annähernd, ungefähr · Fluss der Schweiz u. Frankreichs · Kurort am Meer · Organ des Harnsystems · jüdischer Gesetzeslehrer · Anteil, Anspruch (an einer Mine) · silberweißes Metall · regionale od. ständische Kleidung · kaufmännisch: heute · herumstrolchen · fertig gekocht · Platz, Stelle · Bundesstaat der USA · Kummer, Seelenschmerz · frühere schwed. Popgruppe · chem. Zeichen für Tantal · medizinischer Befund · römische Göttin der Morgenröte · Sachverständigenausschuss · Greifvogelnest · Hülle, Futteral · Fremdwortteil: allein

PAZ18_32

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

AABEKLNPPR · ABEU · FFIKS · AAER · EPRSU · EELS · EENOR · ENTT · EEGIR · EES · AABFUU · EEGNRT · LOT

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für Ansicht, Urteil.

1	FOUL		TOR
2	BOGEN		FEST
3	AUTO		STOLZ
4	FILM		HELD
5	FRISCH		BEET
6	JUGEND		BOCK
7	BLUT		BAUM

Magisch

Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 grundlegende Veränderung
2 nachdrückliche Warnung
3 Branntwein

So ist's richtig:

Schüttelrätsel: ABKLAPPERN, EIGER, SEE, AF, REGENT, AUFBAU, LOT

Mittelworträtsel: 1. Elfmeter, 2. Schuetzen, 3. Besitzer, 4. Leinwand, 5. Gemuese, 6. Suenden, 7. Orangen – Meinung

Magisch: 1. Umbruch, 2. Drohung, 3. Schnaps

Jahrestagung der Historischen Kommission

Gebrauch und Funktion handschhriftlicher Überlieferungen

Die Jahrestagung fand in Zusammenarbeit mit der Staatsbibliothek zu Berlin Preußischer Kulturbesitz, gefördert durch die Copernicus-Vereinigung für Geschichte und Landeskunde Westpreußens, in der Staatsbibliothek statt. Dementsprechend begrüßten seitens der Staatsbibliothek deren Ständiger Vertreter der Generaldirektorin, Reinhard Altenhöner („keine Tagung ohne Grußworte“), der Kommissionsvorsitzende Professor Arno Mentzel-Reuters und der Vorsitzende der Copernicus-Vereinigung Privatdozent Sven Tode die Teilnehmer.

Sodann stellte der Leiter der Handschriftenabteilung, Professor Eef Overgaauw, den „Borussica-Bestand und seine Handschriften aus dem Preußenland“ vor. Der Bestand erwuchs aus der Königlichen Bibliothek und bildete ab 1830 einen eigenen Komplex mit damals bereits über 700, heute über 2000 Handschriften, von denen 20 bis 30 aus dem Mittelalter stammen. Allerdings kommen nur etwa 100 wirklich aus dem Preußenland. Die meisten wurden erst im 18. bis 20. Jahrhundert erworben, wobei im 19. Jahrhundert viele aus geistlichem Besitz als Säkularisationsergebnis hinzukamen. Sie sind nach inhaltlichen Kategorien geordnet: Chroniken, Sammelhandschriften als Abschriften, Recht, Kirchengeschichte (unter anderem mit Deutschordensbezügen), Heraldik, Numismatik und so weiter, Genealogie, Militär, Herrschaft in den Regionen. Ihre Erschließung steht zum Teil noch aus. Heute stellt die Abteilung „das kulturelle Erbe eines untergegangenen Staates“ dar.

Professor Jürgen Sarnowsky (Hamburg) widmete sich der „Überlieferung von Handschriften und Amtsbüchern im Preußenland des 15. und 16. Jahrhunderts“. Er stellte Buchproduktion innerhalb des Deutschen Ordens vor, meist rechtlich orientiert, sodann den Buchbesitz einzelner Ordensbrüder – zum Beispiel der Prokuratoren – als Kauf oder eigene Abschrift. Die Buchbestände auf einzelnen Ordensburgen waren theologischer, juristischer oder chronikalischer Natur, während die Kanzleien Amtsbücher den Besitz betreffend, Rechnungsbücher, Briefbücher führten. Einen wesentlichen Bestand machten auch die Bücher der Domkapitel und der Bischöfe und ihrer Kanzleien aus, vor allem für Rechts- und Privilegienfragen. Ähnliches galt für die Pfarrkirchen der großen Städte, manchmal aber auch in kleineren Städten oder sogar ländlichen Pfarren mit theologischen, kirchenrechtlichen, historischen, wissenschaftstheoretischen oder medizinischen Titeln. Es existierte ein Netzwerk von Ausleihen im geistlichen Raum, während dies im bürgerlichen Bereich schlechter überliefert ist, aber wohl ebenfalls existierte, nicht zuletzt bei den Kanzleien und Stadtschreibern. Dabei handelte es sich um pragmatische Sammlungen unter Gebrauchsgesichtspunkten: sogenannte Stadtbücher, Missivbücher (Danzig), Ratsprotokolle (Thorn), Schöffenbücher, jedoch keine Literatur.

Der Borussica-Bestand und seine Handschriften aus dem Preußenland umfassen mehr als 2000 Handschriften

Begleitend wurde eine Kabinettsausstellung präsentiert mit einigen einschlägigen Titeln der Handschriftenabteilung mit unmittelbaren Bezügen auf folgende Vorträge (Löffler, Götz, M.-L. Heckmann, Holtmann).

Den öffentlichen Abendvortrag der Staatsbibliothek hielt Professor Marc Smith (Paris) über „Manuscript studies in the digital age. New tools and new questions“. Die Begeisterung über die digitalen Möglichkeiten zur Auswertung von Handschriften in aufregenden Zeiten technischen Wandels war spürbar, doch die Diskussion zeigte auch die Grenzen auf, zum Beispiel hinsichtlich der Wasserzeichen, der Pergament- oder Papierbeschaffenheit und nicht zuletzt des besonderen Anmutungscharakters, den ein Original stets besitzt.

Bedeutender Fund: Handschrift mit Adalbert-Text

Der zweite Tag wurde eröffnet durch die Ausstellung von Neuerscheinungen aus der Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek, der Kommission und der Copernicus-Vereinigung.

Anette Löffler (Threna) stellte „Schreiber, Empfänger und Benutzer liturgischer Handschriften des Deutschen Ordens im Preußenland“ vor, anhand von Handschriften der Marienbibliothek Danzig (heute Biblioteka PAN Gdansk), der Diözesanbibliothek Pelplin und des Staatsarchivs Königsberg (heute Geheimes Staatsarchiv Preußischer Kulturbesitz Berlin). Von den 23 Danziger Handschriften des 14. und 15. Jahrhunderts, deren Empfänger bestimmte Altäre der Marienkirche als Benutzer waren, tragen drei einen Schreibervermerk, eine ist mit einer bekannten Person zu verbinden. Bei den vier Pelpliner Handschriften des 14. und 15. Jahrhunderts dürften drei aus Kulm und eine vielleicht aus Thorn stammen. Ihre Benutzung reichte teilweise lange über die Ordenszeit hinaus mit Nachträgen und Besitzeinträgen bis ins 17. Jahrhundert, eine enthält sogar einen Schreibervermerk, den Auftraggeber und ein Widmungsbild (L 5). Der Berliner Bestand bietet insofern Probleme, als es sich um Fragmente aus Makulierung handelt, ohne Schreibervermerk, ohne Empfängerhinweis, ohne Verwendungsnachweise, und nur wenige tragen preußische Spezifika – die Überlieferungsbasis ist einfach zu schmal.

Professor Piotr Oli ski (Thorn) betrachtete „Eine Franziskanerhandschrift aus dem Ordensland Preußen. Möglichkeiten und Grenzen der Interpretation“. Die früher in Königsberg bewahrte Handschrift entstand in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts als Sammelhandschrift, mit Ergänzungen des 15. Jahrhunderts. Sie ist zwar eindeutig franziskanischer Herkunft, doch Texte, Kalender und Nachträge lassen keine genaue Ortszuschreibung zu. Sie verträge sich mit der Konventsgeschichte von Wehlau, doch ist ihre Entstehung andernorts ebenso möglich.

Johannes Götz (Berlin) verfolgte „Aus dem Heiligen Land nach Preußen. Die Redaktionsstufen der ‚preußischen‘ Statutenhandschriften des Deutschen Ordens“, die jedoch nur etwa zehn Prozent der Gesamthandschriftenüberlieferung ausmachen. Insgesamt liegen heute 47 Handschriften vor, die Edition Perlbachs 1890 kannte nur 33. Ihre genaue Entstehungschronologie ist nach wie vor offen. Das 1190 gegründete Akkoner Hospital verfügte natürlich über Lebensvorschriften, die bei der Umwandlung in eine Ritterkorporation 1198 sich an den Vorschriften der Johanniter für den Hospitaldienst und der Templer für den Ritter orientieren sollten. Da 1236 das englische Thomasspital in Akkon die Deutschordensregel erhielt, muss also bereits etwa Eigenständiges existiert haben. Anhand der Überlieferung, die aufgrund der päpstlichen Erlaubnis von 1244 entstand, differenzieren die Statuten zwischen Regel, Gesetzen und Gewohnheiten; vielleicht lagen Gesetze und Gewohnheiten schon vor 1244 vor. Jedenfalls ist die Neubewertung der Handschriften und ihrer Abhängigkeitsverhältnisse, nicht zuletzt mit Blick auf die lateinische Prager Lobkowitz-Handschrift, dringend nötig.

Dieter Heckmann (Berlin) stellte „Das Kulmer Privilegienbuch (1431 bis 1456). Beschreibung zum Zweck der Erschließung“ vor. Den Kern bilden das Kulmer Recht 1233 und der Alte Kulm im Allgemeinen, hinzu tritt unter anderem eine Vielzahl von Privilegien. Angelegt wurde es durch den Stadtschreiber Konrad Bitschin, von seinem Nachfolger Schönsee fortgesetzt. Es spricht für die Intention Bitschins, eine regelgerechte Kommunalverwaltung in Kulm aufzubauen. Dieser Ordensfoliant 83 im Geheimen Staatsarchiv ist als auch Kopie zugänglich in der Bibliothek der Kommission in der Forschungsstelle Deutscher Orden der Universität Würzburg.

Im Abendvortrag der Staatsbibliothek sprach Rombert Stapel (Amsterdam) über „Die Jüngere Hochmeisterchronik und ihr Weg von Utrecht nach Preußen um 1500“. Die Chronik entstand in mehreren Phasen zirka 1480, zirka 1490, bis 1496. Das im Deutschordenszentralarchiv Wien als Hs. 392 erhaltene Autorenmanuskript stammt von Hendrik Gerardsz. van Vianen, im Auftrag des Utrechter Landkomturs Jan van Drongelen geschrieben. Die sehr zahlreichen allgemeinen Quellen und preußischen Grundlagen waren in den südlichen Niederlanden, im nördlichen Frankreich, aber auch durch den Fundus der Älteren Hochmeisterchronik und Archivalien preußischen Ursprungs vorhanden, wobei ein Quellenstrang wohl nach Marburg verweist. Zielgruppe der Chronik waren die Deutschordensbrüder sowohl der Ballei Utrecht als auch außerhalb der Ballei. Nachwirkungen sehen wir zum einen in Preußen, etwa durch Paul Pole und Johannes Freiberg in Königsberg um 1530, dann um 1550 durch Christoph Jan aus Weißenfels. Die erste Benutzung in Preußen erfolgte wahrscheinlich 1528 durch die Brüder Waiblingen, und Adrian von Waiblingen hatte sie wohl 1530 im Gepäck bei seinem Besuch in Mergentheim beim Deutschmeister, dessen Sekretär Gregor Spieß sie 1531 benutzte. Eine mögliche Benutzung in Livland bleibt spekulativ.

Milosz Sosnowski (Posen) stellte „Two Warmian manuscripts in Uppsala and their Latin basis for Jeroschin's metric Vita Adalberti“ vor, die er ausgehend von seinen Studien zu Brun von Querfurt und dessen Rezeption dort entdeckt hatte. Die Handschriften stammen aus Frauenburg und enthalten den Adalbert-Text übereinstimmend, entweder von einer gemeinsamen Vorlage oder voneinander abhängig – ein bedeutsamer Fund.

Krzysztof Kwiatkowski (Thorn) sprach über „Eine preußische Handschrift für einen polnischen Diplomaten. Die lateinische Übersetzung der mittelhochdeutschen Reimchronik Wigands von Marburg für Jan Długosz – die Frage nach inhaltlicher Adäquatheit, neu gestellt“. Anhand der Übersetzung Wigands durch Konrad Gesselen stellte er übersetzungstheoretische Überlegungen an. Es war ein Experiment anhand einer sehr schmalen Originalüberlieferung von Wigand, bei dem deswegen manche Fragen offen blieben.

„Ein Netzwerk von Ausleihen“: die frühe Bibliothek des 15. und 16 Jahrhunderts

Der Kurzbeitrag von Professor Slawomir Zonenberg (Bromberg) „Simon Grunau. Eine Neuedition und ihre handschriftlichen Grundlagen“ stellte bisherige Edition, erhaltene und verlorene Handschriften vor und forderte eine neue Edition.

Professor Marie-Luise Heckmann (Potsdam) referierte über „Amtsbuch oder Chronik? Der Fall des Danziger Mühlschreibers Stenzel Bornbach“. Sie stellte die Person Bornbach vor und seine allgemeine preußische Chronik sowie die Chronik des Danziger Aufruhrs 1522 bis 1526 in den verschiedenen Überlieferungsformen und der Literatur, skizzierte den jeweiligen Inhalt und fragte nach dem Publikum und der Rezeption. Ihr Vortrag bildete den Auftakt eines Blocks zur Danziger Chronistik des 16. Jahrhunderts, ein aufgrund seiner Quantität der Überlieferung dankbares, aber auch „sumpfiges“ Feld.

Ansgar Holtmann (Berlin) untersuchte „Die Bornbachsche Abschrift im Kontext der bebilderten Chroniken des Danziger Kaufmanns Heinrich von Reden“. Er führte neben der Handschrift Redens (Berlin), die als Original anzusehen ist, die Abschrift Bornbachs (Gotha) an, eine ehemals Königsberger Handschrift in Thorn, die sogenannte Tettausche Handschrift der ehemaligen Wallenrodschen Bibliothek Königsberg (Thorn) und die Handschrift Johann Liebbrüders (Krakau); die verlorene Handschrift aus Celle verwendete er nur als Bildparallele. Allen gemeinsam ist die übereinstimmende Bebilderung, die mit dem Text unlösbar verbunden ist und durch Holtmann gemäß der Forderung in meiner Dissertation 1967 nunmehr als Einheit in die Überlieferungsdiskussion eingeht.

Julia Mozdzen (Thorn) sprach über „Autor, Kodex und Rezeption. Die Editio princeps der Danziger Chronik von Bernd Stegmann“. Nach Vorstellung des Autors, der Handschrift und des Inhalts der Chronik charakterisierte sie sie im Hinblick auf die Empfänger als Mittel zur Identitätsbildung. Die Chronik wurde von Bornbach rezipiert, eine weitere Rezeption erfolgte in Danzig mit ergänzten Quellenauszügen, durch Georg Melmann und Schlieff.

Anstelle einer ursprünglich vorgesehenen ausführlichen Zusammenfassung – die hiermit vorgelegt wird – erinnerte ich aus Zeitgründen nur knapp an die aus heutiger Sicht fast abenteuerlichen Umstände, unter denen ich die Handschriftenabteilung der Staatsbibliothek in (Ost-)Berlin vor 55 Jahren für meine Dissertation benutzte – jetzt lag die Handschrift Reden für alle sichtbar in der Kabinettausstellung aus.

Die Mitgliederversammlung gedachte des verstorbenen Hans-Jürgen Schuch. Ansonsten ergaben sich keine Änderungen des Mitgliederstandes. Der Vorsitzende erstattete den Arbeitsbericht und stellte neue Projekte vor, die normalen Regularien erfolgten problemlos. Die kommende Tagung soll in Danzig stattfinden.

Udo Arnold

Neues Zuhause für den „See“

Reinhard Donder spendet Gemälde für die Ostpreußen-Hütte in Werfen

Die Hütte ist ein Schatz und Juwel, ein ostpreußisches Museum der besonderen Art. Natürlich ist nahezu jeder Kreis aus Ostpreußen mit Relikten vertreten.

Auch aus dieser Gegend kamen die Exulanten (Flüchtlinge) ins Königreich Preußen (spätere Ostpreußen), sie wurden aufgrund ihres protestantischen Glaubens vertrieben. Es sollen 3200 gewesen sein, keiner kennt die genaue Zahl. Hingegen sind ihre Märsche und Züge bis Stettin, dann per Schiff nach Königsberg sehr bekannt und treffend publiziert. Diese Salzburger haben wesentlich zum Aufbau Ostpreußens beigetragen.

Die in Ostpreußen sesshaft gewordenen Salzburger bewegte natürlich ihre Sehnsucht nach ihrer Heimat und den Bergen, das Band ist nie abgerissen.

Bereits 1890 wurde die Sektion Königsberg des DAV (Deutschen Alpen Vereins) gegründet.

Seine königliche Hoheit Friedrich Leopold Prinz von Preußen, Mitglied der Kaiser-Familie, übergab am 27. Januar 1927 2000 Quadratmeter auf der Rettenbachalm an die Sektion Königsberg des Alpenvereins. Seitdem und bis heute sind Gelände und Hütte das Eigentum der Sektion Königsberg des DAV. Dieser Hütte spendete Günter Donder sein Gemälde „Wild flutet der See“, das den Laschmiaden See zeigt.

Mit 1500 Hektar der größte See im Kreise Lyck

Günter Donder, ein Großvetter des Autors, wurde in Stettenbach im Kreis Lyck 1929 geboren. Seine Bilder, aber auch Bücher, sind allseits bekannt, er erhielt 2017 von der Landsmannschaft Ostpreussen das Goldene Ehrenzeichen.

Ein Hüttenbesuch im Juli 2018 der Familie Donder mit neun Mitgliedern von drei bis 77 Jahren alt wurde zu Fuß, der einzige Weg zur Hütte, in vier Stunden bewältigt. Das Bild war dabei. In einer kleinen Zeremonie wurde das Bild den Hüttenwirten, Barbara Weiss und Harald Andres, übergeben, dabei war der gesamte Donder-Clan sowie die tätige Hilfskraft aus Nepal, Padan. Keiner hatte das Bild vorher gesehen, Babsi Donder zog an der Schnur und das Erstauen war groß: Enthüllt wurde der Laschmiaden See mit wild flutenden Wellen, vortrefflich auf dem Gemälde dargestellt, mit angrenzendem Uloffker- und Reckent-See, mit fast 1500 Hektar, das größte Gewässer im Kreis Lyck.

Der Präsident der Sektion Königsberg des Deutschen Alpenvereins Dr. Cornelius Cucholowski, gab die Einwilligung und wurde mit Bildmaterial sofort ausgerüstet. Seitdem hängt das Bild, zwischen zwei Königsberger Bildern, im großen Erkerzimmer der Hütte.

Wir selbst haben noch das Hochkönig-Massiv bestiegen und werden die Hütte wieder besuchen.

Reinhard Donder

Der Laschmiaden See in Lyck: Ausschnitt aus dem Gemälde von Günter Donder

Foto: privat

„Ostpreußen-Studie“

Zusammenhang zwischen Veranlagung und Umweltbedingungen

Die „Ostpreußen-Studie“ untersucht Betroffene, Geburtsjahrgänge vor 1946, und deren Erstgenerations-Nachkommen und sucht Probanden.

Frühe Lebensumstände prägen Menschen für das gesamte spätere Leben. Menschen, die in frühen Lebensjahren einschneidende Lebenserfahrungen machten, können dies bestätigen. Das gilt insbesondere für traumatische Erfahrungen wie Gewalt, Flucht und Vertreibung. Gibt es solche belastende Ereignisse im Mutterleib oder in früher Kindheit, werden häufig die Weichen für die spätere Persönlichkeit und Gesundheit besonders intensiv gestellt. Es gibt erste Hinweise, dass die Folgen frühkindlicher Lebensumstände auch auf die Folgegeneration vererbt werden.

Wie ist es möglich, dass frühe Lebensumstände das weitere Leben prägen? Wie werden die Folgen eigener Erfahrungen auf die nächste Generation vererbt?

Damit beschäftigt sich der Forschungszweig der Epigenetik. Gene und Umweltfaktoren bestimmen unsere Persönlichkeit und Gesundheit. Die Aktivität der Gene kann durch die Umwelt – also auch frühe Lebensumstände – beeinflusst werden. Daher kann es zu Veränderungen am Erbgut kommen, sodass die Aktivität der Gene und damit das „Programm“ für unsere Gesundheit und Entwicklung verändert werden. Diese Veränderungen am Erbgut können erhalten bleiben und sogar die Gesundheit unserer Nachkommen mitbestimmen.

Das ist der Hintergrund der Studie „Vertreibung in der Kindheit – Auswirkungen im späteren Leben“ („Childhood Escape – Late Life Outcome, CELLO“).

Diese Studie wird von Mitarbeitern des Zentralinstituts für Seelische Gesundheit in Mannheim durchgeführt. Dieses Institut ist eine international renommierte Forschungseinrichtung, die als Landesstiftung des öffentlichen Rechts aus Mitteln des Bundes und des Landes Baden-Württemberg finanziert wird.

In zwei Schritten sollen folgende Hypothesen geprüft werden: Treten bestimmte Krankheiten häufiger bei früher beziehungsweise transgenerationaler Traumatisierung auf?

Schritt eins: Führt Traumatisierung in der Kindheit oder bei den Eltern zu einem erhöhten Risiko für Diabetes mellitus Typ 2 („Altersdiabetes“), Übergewicht, Depression oder fehlregulierte Stresshormone?

Schritt zwei: Lassen sich Spuren („epigenetische Merkmale“) früher Lebensumstände beziehungsweise früher Lebensumstände der Eltern im späteren Leben finden?

Daher wendet sich die Studie an folgende Personen: 1. Menschen, die selbst oder im Mutterleib die Erfahrung von Vertreibung aus Ostpreußen gemacht haben (Geburtsjahrgänge zirka 1925 bis 1950), 2. Ehepartner dieser Vertriebenen (als „Kontrollpersonen“), 3. Menschen, deren Eltern die Erfahrung von Vertreibung aus Ostpreußen gemacht haben (Geburtsjahrgänge zirka 1945 bis 1965), 4. Ehepartner dieser Nachkommen (als „Kontrollpersonen“). Falls Sie zum obengenannten Personenkreis gehören und Interesse an der Studie haben, ergibt sich folgender Ablauf:

Teilnahem ist freiwillig – Datenschutz gesichert

1. Bitte schicken Sie an *Prof. Michael Deuschle, CELLO-Studie, Zentralinstitut für Seelische Gesundheit, J5, 68159 Mannheim* eine Karte oder eine E-Mail an *cello@zi-mannheim.de* mit den Angaben, dass Sie Interesse haben, an der CELLO-Studie teilzunehmen und um ein Kuvert mit den Studienunterlagen bitten. Ihr Name und Ihre Anschrift dürfen nicht fehlen, und Sie sollten angeben, zu welchem Personenkreis Sie zählen (1: eigene Vertreibungserfahrungen, 2: Vertreibungserfahrungen der Eltern, 3: Ehepartner hat Vertreibungserfahrungen oder 4: die Eltern des Ehepartners haben Vertreibungserfahrungen).

2. Sie erhalten per Post: eine Studienaufklärung, eine Einverständniserklärung, kurze Fragebögen zu Lebensgeschichte und Gesundheit, einen Bogen für Ihre Bankverbindung, denn es gibt eine Aufwandsentschädigung von fünf Euro, und Kontaktdaten, einen frankierten Rückumschlag. Der Aufwand bemisst zirka 25 Minuten.

3. Sie schicken die genannten Unterlagen an uns zurück.

4. Eventuell erfolgt ein Telefonat um Sie nochmals mündlich über die Studie aufzuklären oder um offene Fragen zu klären. Zeitlicher Aufwand für das Telefonat bemisst zirka fünf bis 20 Minuten.

5. Ein zweites Kuvert mit Material, um vier Speichelproben zu sammeln, und einen frankierten Rückumschlag wird Ihnen zugeschickt. Diese Proben dienen der Bestimmung von Stresshormonen sowie genetischen und epigenetischen Merkmalen.

6. Sie erhalten eine Aufwandsentschädigung von fünf Euro für die Studienteilnahme.

Bei der Studie wird eine Datenbank angelegt, die persönliche Daten sowie genetische und epigenetische Informationen enthält. Um den größtmöglichen Datenschutz zu gewährleisten, wird diese Datenbank anonymisiert, also vollständig ohne Personen-bezogene Daten geführt.

Das bedeutet, dass sämtliche Namen, Adressen, Geburtsdatum und sämtliche andere Daten gelöscht werden, die eine Zuordnung der Daten zu einer individuellen Person ermöglichen würden.

„Wir finden diese Studie aus medizinischer Sicht sehr interessant. Wir denken aber auch, dass das ungeheure Schicksal der Vertriebenen eher unzureichend aufgearbeitet ist und die medizinischen Folgen bislang völlig unbeachtet blieben. Insofern finden wir, dass diese Studie auch von gesellschaftlichem Interesse ist“, sagt der Leiter der Studie, Professor Michale Deuschle vom Zentralinstitut für Seelische Gesundheit.

Weiter betont er, dass die Teilnahme an der Studie absolut freiwillig ist. *CRS*

Sonderausstellung im OSLM

Landesmuseum zeigt Kindheit und Jugend in Schlesien

Kindheit heute, vor 50, 100 oder sogar 200 Jahren – die Unterschiede könnten kaum größer sein. Was ist Kindheit? Was oder wer gehörte damals zum Leben eines Kindes dazu? Auf welche Weise haben Familie, Umfeld und Religion das Leben von Kindern beeinflusst? Bis ins 18. Jahrhundert sah man Kinder als „kleine Erwachsene“, erst später wurde die Kindheit als eigenständiger Lebensabschnitt wahrgenommen.

Die Sonderausstellung „Schaukelpferd und Zinnsoldaten“ spricht alle Generationen an. Kleidung, Spielzeug, Objekte zur Säuglings- und Kinderpflege, Taufausstattung, Kommunion und Konfirmation, Schulbücher, Kinderliteratur, Tagebücher, Schulchroniken und mehr werden zu einem Panorama des bewegten 19. und 20. Jahrhunderts verbunden. Dargestellt wird der Alltag der Kinder, wozu auch das Zusammenleben verschiedener Religionen und Nationalitäten, zwei Weltkriege, Heimatverlust durch Umsiedlung, Flucht, Vertreibung oder das Leben im Kommunismus gehörten. *OSLM*

Oberschlesisches Landesmuseum, Bahnhofstraße 62, 40883 Ratingen, Internet: www.oslm.de, Telefon (02102) 9650, geöffnet: Dienstag bis Sonntag von 11 bis 17 Uhr, Montag geschlossen.

Schaukelpferd und Zinnsoldaten
Kindheit und Jugend in Schlesien
Sonderausstellung 8. Juli 2018 bis 19. Mai 2019

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wo sich 87 Prozent der Einwohner national irrten

Europäischer Tag des Kulturerbes wird für Hurrapatriotismus missbraucht

Am Europäischen Tag des Kulturerbes sollen Menschen Zugang zu selten geöffneten Kulturstätten erhalten. Diese Aktion wurde 1999 vom Europarat initiiert. Während der Tag in Deutschland als Tag des offen Denkmals am 9. September begangen wird, feiert die Republik Polen ihn gleich an zwei Tagen – am 8. und am 9. September.

Die polenweite Eröffnung des Europäischen Tages des Kulturerbes wird dieses Jahr im oberschlesischen Rosenberg [Olesno] gefeiert. Dies ist seit einer Pressekonferenz Mitte März in Oppeln bekannt. Für den Rosenberger Bürgermeister Sylwester Lewicki hat dies eine historische Bedeutung. Viele Kulturdenkmäler fristen ihr Dasein im Verborgenen , und es sei an der Zeit, dieses Erbe einem breiten Publikum zu präsentieren, meint auch Bartosz Skladawski, Leiter des 2011 ins Leben gerufenen Nationalen Kulturerbeinstituts (Narodowy Instytut Dziedzictwa, NID) – einer Organisation, die auch Expertisen für das Ministerium des Nationalen Kulturerbes erstellt und den Europäischen Kulturerbetag in Polen koordiniert. „In Rosenberg haben wir ein sehr wertvolles Objekt von besonderer architektonischer und geschichtlicher Bedeutung, nämlich die St.-Anna-Schrotholzkirche“, berichtete Bürgermeister Lewicki. Dieses Gotteshaus feiert sein 500. Gründungsjubiläum.

Zwei Ausstellungen werden an diesem Tag in Rosenberg eröffnet. In der einen geht es um das architektonische Kleinod, die St.-Anna-Kirche, in der anderen wird Janina Klopocka gehuldigt, die die St.-Anna-Kirche sehr geliebt haben soll. Janina Klopocka ist vor allem aufgrund ihres Entwurfs des „Rodlo-Symbols“ bekannt. Dieses offizielle Symbol der Organisation der Polen in Deutschland (Zwiazek Polakow w Niemczech) zeigt den Verlauf der Weichsel als Zeichen für das polnische Volk und die Lage der Stadt Krakau als Zeichen für die polnische Kultur. Die Grafikerin Janina Klopocka hat es 1932 entworfen. Der Name Rodlo setzt sich aus Worten Rodzina (Familie) und Godlo (Wappen) zusammen. Die 1904 im damals preußischen Koschmin [Kozmin] in Großpolen geborene Künstlerin lebte seit ihrem vierten Lebensjahr in Berlin. Nach dem Gymnasium wurde sie mit einem Stipendium gefördert und konnte so an der Kunsthochschule Berlin und der Warschauer Kunstakademie studieren. Sehr bald schon engagierte sich Klopocka im Verband der Polen in Deutschland.

Rodlo: Das Symbol der Polen in Deutschland zeigt den stilisierten Verlauf der Weichsel und den Standpunkt Krakaus Bild: Archiv

Neben Berlin und dem Ruhrgebiet war die eigentliche Hochburg der Polen in Deutschland damals Oberschlesien – ein Rückgriff auf die polnische Minderheit in Oberschlesien in der Zwischenkriegszeit ist in Polen quasi stets mit dem Pathos verbunden. „Wir waren hier, wir sind hier, wir werden hier sein“ – unbeachtet der Niederlage im Plebiszit. Ohnehin wird diese eher verschwiegen.

Im Zweiten Weltkrieg war Klopocka im Warschauer Untergrund aktiv. Nach Kriegsende belohnte man sie mit der Einstellung als Leiterin des Kunst- und Kulturreferats im Rosenberger Landratsamt, wo sie Inventarlisten der im Krieg „geretteten“ Kunstwerke erstellte. Nach ihrem Tod 1982 wurde sie auf eigenen Wunsch in Rosenberg begraben. Noch in Berlin engagierte sich Klopocka dafür, das Polnische in der (ober-)schlesischen Volkskunst herauszuarbeiten. Zu ihren bekanntesten Werken neben dem Rodlo-Symbol zählt das monumentale Werk von 16 Bildern zum Thema „Das polnische Jahresbrauchtum“, das sie im Polnischen Haus in Buschdorf [Zakrzewo] bei Flatow [Zlotow] im Gebiet der früheren Grenzmark Posen-Westpreußen schuf. Flatow ist ebenso Inbegriff für eine im Grunde eher kleine Hochburg der polnischen Minderheit im Deutschen Reich der Zwischenkriegszeit an anderer Stelle.

Auf dem Programm der Eröffnungsfeierlichkeiten steht ein Auftritt des neben „Mazowsze“ polenweit bekanntesten Tanz- und Gesangsensembles „Slask“ – dem Flagschiff der „polnischen Tradition der Volksmusik und des Volkstanzes“. Auf diese Weise wird aus dem Tag des Kulturerbes ein Tag des polnischen Kulturerbes – wie zu „besten“ kommunistischen Zeiten. Es bleibt zu hoffen, dass wenigstens im Gottesdienst, der das Programm eröffnet, Bischof Andrzej Czaja, der Nachfolger des emeritierten Erzbischofs Alfons Nossol, in seiner Predigt auch das deutsche Kulturerbe Rosenbergs erwähnt und die in Rosenberg eigentlich recht starke Deutsche Minderheit an der polenweiten Feierlichkeit präsent sein wird.

Rosenberg war im 19. Jahrhundert ein stark entwickeltes Wirtschafts- und Kulturzentrum im Norden Oberschlesiens. Bei der Volksabstimmung in Oberschlesien 1921 stimmten 3286 Rosenberger für einen Verbleib beim Deutschen Reich, ganze 473 optierten für Polen. In dieser Situation mussten wohl Künstler wie Janina Klopocka dem Polentum in Rosenberg nachhelfen.

Chris W. Wagner

Der Klostergarten im Pommerschen Landesmuseum

Vergessene Pflanzenschätze und Heilkräuter

Im Jahr 1262 schenkten Graf Jaczo II. von Gützkow und seine Gemahlin den Franziskaner-Brüdern ein Grundstück für eine Klostergründung. Bald darauf entstanden die ersten Gebäude des „Grauen Klosters" (der Name geht auf die grau-braune Ordenstracht zurück) und ein „Kohlgarten" zwischen Klosterbibliothek und Stadtmauer. 1491 vermachte Katharina Rubenow, die Frau des ermordeten Bürgermeisters, dem Kloster einen „Baumgarten".

Die Anlage des Greifswalder Museumsgartens orientiert sich unter anderem am St. Gallener Klosterplan (um 830), der neben Baumgarten, Gemüsegarten auch einen medizinischen Heilkräutergarten ausweist. Der Kräutergarten war in Anlehnung an die biblische Zahlenmystik kreuzförmig viergeteilt. Der Klostergarten spiegelte religiöse, medizinische und auch ästhetische Vorstellungen des Mittelalters als Ort der inneren Einkehr wider. Um das Randbeet gruppierten sich in langen Reihen nebeneinander liegend die Beete. Ursprünglich wurden die Heilkräuterbeete in den Klostergärten vermutlich als Hochbeete angelegt, umgeben von einem luftdurchlässigen Flechtzaun. Die Hochbeete erleichterten nicht nur die Gartenarbeit, sie sind durch ihre verschiedenen Schichten – Mutter-erde, Kompost, Rotte und Holz – in der Lage, Nährstoffe, Wärme und Wasser zu speichern. Sie sind 7-8 Jahre haltbar und bieten den mediterranen Kräutern durch ihre höheren Temperaturen zugleich einen gewissen Frostschutz.

Windgeschützt wächst Spalierobst, alte Apfel- und Birnensorten, Wein rankt an alten Mauern.

Mittelalterliche Gemüsepflanzen kommen zu neuen Ehren wie Pastinake, Haferwurz, Gemüseampfer und die schon seit der jüngeren Bronzezeit kultivierte Ackerbohne, auch Puff- oder Saubohne genannt. Pflanzen, die einander im Wachstum unterstützten, kultivierte man auf einem Beet z.B. Mohrrüben und Zwiebeln.

Im Pommerschen Landesmuseum ist somit ein kombinierter Heilpflanzen- und Gemüsegarten entstanden, der zugleich der museumspädagogischen Arbeit dient. Anregungen für den eigenen Garten gibt es ebenfalls reichlich und der Klostergarten, der eine besondere Stimmung und Ruhe ausstrahlt, ist ein Ort der inneren Einkehr.

Es finden regelmäßig ab Frühsommer Führungen statt. Am 23. August 2018, 17.00 bis 18.00 Uhr: ***Der Klostergarten im Spätsommer.*** Im kühlen Schatten des idyllischen Gartens berichtet Anett Stolte über vergessene Pflanzenschätze mittelalterlicher Gärten. Auch zur Nutzung in der Küche oder Schönheitspflege wird es Anregungen geben.

Die letzte Klostergartenführung in diesem Jahr findet am 20. September 2018, von 17.00 bis 18.00 Uhr statt. Thema: ***Der herbstliche Klostergarten.***

Es ist Erntezeit im farbenfrohen Klostergarten. Wie man die wohltuende Wirkung der Kräuter auch im Winter nutzen können, verrät Anett Stolte. Eintritt: jeweils 3,50 Euro – Pommersches Landesmuseum, Rakower Straße 9, 17489 Greifswald ·

Fotos: Pommersches Landesmuseum

Auf nach Vineta

Kunst statt Kohle

Der Sage nach wurde die reiche Kaufmannsstadt Vineta an der pommerschen Ostseeküste am Fuße des Streckelsberges wegen des Hochmuts und der Gottlosigkeit ihrer Einwohner durch eine Flutwelle zerstört. Nur am Johannistag sollen Sonntagskinder die Glocken ihrer Kirche läuten hören.

Die Vinetasage schrieb um 1345 Bruder Angelus von Stargard auf. Sie ging dann in verschiedenen Versionen in die Volkstraditionen im pommerschen Ostseeraum ein.

Auf dem 719 ha großen Störmthaler See bei Leipzig ist Vineta dagegen als ein Kunstobjekt aufgetaucht und soll der Orte gedenken, die dem bis 1996 aktiven Espenhainer Braunkohlentagebau weichen mussten. 24.000 Menschen verloren in dieser Gegend durch den Abbau der Braunkohle ihre Heimat.

Von der Künstlerin Ute Hartwig-Schulz kam der Vorschlag einer schwimmenden aus dem Wasser ragenden Kirche. Mit diesem Objekt will sie auf die große Energieverschwendung der Menschen hinweisen. Die Künstlerinitiative „Kunst statt Kohle" hat sich mit der Gemeinde Großprösna überhaupt dafür eingesetzt, an Hand von Kunstprojekten die Schäden in der geschundenen Landschaft wiedergutzumachen.

Die schwimmende Kirche Vineta ist der Kirche des untergegangenen Dorfes Magdeborn nachgebildet worden. Auf ihrem Dach befinden sich Solarzellen, die eine autarke Energieversorgung ermöglichen.

In der Kirche können Trauungen vor der ehemaligen Chorgestühlwand der verloren gegangenen Kirche zu Gröbern durchgeführt und Geburtstage gefeiert werden.

Eine Fähre, Vineta genannt, bringt die Besucher zu dem 15 m hohen Kunstobjekt. Es ist das höchste schwimmende Bauwerk auf einem deutschen See.

Die Fährleute tragen Vineta-Shirts und bereiten ihre Fahrgäste während der Fahrt auf den Besuch der Insel vor. Schautafeln und Plaketten mit den Namen der untergegangenen Dörfer ergänzen dort noch ihre Berichte. Sie erwähnen auch die alte Sage von der pommerschen Ostseeküste und vergessen nicht zu berichten, dass im gefluteten Störmthaler See Maränen und Stichlinge leben.

Weitere interessante Informationen sind im Internet zu finden unter: www.vineta-störmthal.de

Brigitte Klesczewski

Grenzbüchereiwesen in Pommern

Von Volksbüchereien zur fehlgeleiteten Kulturarbeit

Das Grenzbüchereiwesen in Pommern zwischen den zwei Weltkriegen.

Als Deutschland nach dem 1. Weltkrieg im Osten und Westen durch Festlegungen der Westmächte bzw. Abstimmungen einige Gebiete verlor, war durch die Veränderungen eine neue Orientierung auf kulturellem Gebiet notwendig geworden, wie durch die neuen Grenzen, insbesondere zu Polen und Frankreich. Man wollte im Deutschen Reich das Volkstum in den Grenzregionen stärken, um den Einflüssen von außen entgegenzuwirken. Es entstanden daher die Grenzbüchereien als eine Sonderform der deutschen Volksbüchereien. Das war auch für die Provinz Pommern der Fall, da die Grenze seit jeher für Saisonarbeiter durchlässig war und man die Einflüsse aus dem polnischen Gebiet als einen wichtigen Faktor betrachtete.

Anfangs fehlte in Deutschland noch ein einheitliches Netz der Bibliotheken, das man nun nach dem verlorenen Krieg besonders in den grenznahen Gebieten auszubauen begann. Ausgangspunkt für eine bessere Struktur war der Aufbau von staatlichen Bibliotheksberatungsstellen in den Provinzen.

Schon 1918 wurde in Frankfurt/Oder eine solche Stelle für die Provinz Brandenburg eingerichtet. Diese Einrichtungen erhielten eine besondere Förderung durch eine Zentrale für die Nordmark-Büchereien in Schleswig, dem ein Dr. F. Schriewer vorstand. Im Plan für diese neue Struktur waren in Deutschland 12 grenznahe Bereiche vorgesehen. So entstand ab Oktober 1923 eine Zentrale der Grenzmark-Büchereien im hinterpommerschen Schneidemühl, die von Dr. Kock geleitet wurde und auch die Aufgaben für das Gebiet Posen-Westpreußen wahrnahm. Diese Einrichtung von neuen Bibliotheken, die z.B. auch in Oberschlesien und im Rheingebiet zu Elsaß-Lothringen vorgenommen wurde, sollte einen Teil der Deutschtumpflege mit einem volksbildnerischen Aspekt bilden.

Im Saargebiet arbeitete die Beratungsstelle seit 1927 in der Stadtbücherei Saarbrücken und in Oberschlesien im Rahmen des Fachverbandes in Gleiwitz und Neisse. Ein „Verein zur Verbreitung guter volkstümlicher Schriften" widmete sich seit 1919 diesen Aufgaben und versuchte sie in enger Verbindung mit den neuen Leitern in den Grenzgebieten umzusetzen. Aus diesem Verein ging ab 1933 der „Grenzbüchereidienst e.V." hervor, der seinen Sitz in Berlin hatte.

Als die Bibliothekseinrichtungen ihre erste Bewährung Anfang der 1920er Jahre erbracht hatten, wurde im Jahre 1926 die 1. Grenzbücherei-Tagung im thüringischen Tambach-Dietharz einberufen, die vom 6. bis 9. Oktober eine grundsätzliche Orientierung gab. In den Vorträgen und Diskussionen ging es um eine „gemeinsame Kulturaufgabe an den Grenzen", die besonders von Franz Schriewer als Befürworter forciert wurde, der auch später in der NS-Kulturpolitik eine besondere Rolle spielen sollte. In seinem Vortrag stellte er das besondere Verhältnis der Bibliotheken zur Politik und zur Erziehung in der Schule in den Vordergrund. Dr. Thilo von der Zentrale für pommersche Grenzbüchereien in Stolp berichtete, dass es vor Errichtung der Zentrale der Stettiner Beratungsstelle möglich war, die Kreise Bütow und Lauenburg „durch einen Bibliothekar besuchen zu lassen und auf Grund der Berichte an 64 Orten Volksbüchereien zu gründen bzw. zu unterstützen". Er führte aber auch aus, dass der Besuch der jährlich von der Stettiner Beratungsstelle abgehaltenen Tagungen von den meisten Büchereileitern der Grenzkreise wegen der hohen Reisekosten kaum möglich ist. In seinem Vortrag ging es aber auch um politische Aspekte im abgetrennten „Polnischen Korridor" und die Arbeit im verbliebenen Gebiet mit anteiliger kaschubischer Bevölkerung. Hier führte er u.a. aus: „Besonders aber gilt es, die deutsche Kultur bei der deutschstämmigen Bevölkerung als Gegengewicht gegen die rührige Agitation von polnischer Seite zu stärken. Das deutsche Buch, die Volksbücherei, ist hier ein ebenso wichtiger Faktor wie der Gesang, die Laienbühne und der Sport."An dieser ersten Tagung nahmen auch Vertreter der großen Deutschtumsverbände teil, die in ihren nationalen Auffassungen die Grenzlandarbeit wesentlich anforderten. Die Grenzbücherei-Tagungen wurden ab 1927 jährlich fortgesetzt und fanden bis 1939 in Deutschland und Österreich statt, 1929 in Ostpreußen (Königsberg), 1935 in Schlesien und 1938 in Schneidemühl.

In den Dörfern der Provinz Pommern waren es vor allem Dorfschullehrer, die meist als nebenamtliche Büchereileiter arbeiteten und sich Zuwendung von Bildungseinrichtungen sichern konnten. Hohe finanzielle Unterstützungen kamen von Seiten des Staates, der Wirtschaft und von Privatpersonen. Nach der Machtergreifung Hitlers trat eine weitere Aufwärtsentwicklung ein und die Hauptarbeit wurde in den Osten, nach Pommern, Ostpreußen und Schlesien verlagert.

Wie die Ausrichtung dieser neuen Einrichtungen später gesehen wurde, zeigt der Beitrag des Volksschullehrers Karl Richter auf der Tagung von 1938, auf der er ausführte: „Die Kriegsbücher bilden bei der Jugend und bei den Männern einen bedeutenden Anteil an den verlangten Büchern, wie 'Gruppe Bosemüller', 'Glaube an Deutschland' und andere Werke von Werner Beumelburg. Die Bücher von E. E. Dwinger, vor allem Bücher über den Seekrieg und den Luftkrieg und die neue Wehrmacht."

Aus dem Bereich des nationalsozialistischen Schrifttums empfiehlt er vor allem Hitlers „Mein Kampf und Goebbels "Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei". Vom Leiter der Landesfachstelle Sachsen, Dr. Taupitz, wurden für die Grenzbüchereien unter anderem folgende Leitideen propagiert:

– Das Vermächtnis der Front und des Weltkrieges als Wurzel der völkischen Erneuerung und das Gefühl und Bewusstsein der schicksalhaften Verbundenheit des Einzelnen und des Volkes! –

Während es bereits Mitte der 1920er Jahre entsprechende Lagerlisten für die Ausstattung dieser Bibliotheken gab, wurde zur Zeit des Nationalsozialismus ein „Verzeichnis des grenz- und volkspolitischen Schrifttums" mit einer Ausrichtung auf eindeutig revanchistische Ziele herausgegeben.

Einer, der das Grenzbüchereiwesen in Pommern im Rahmen des Volksbüchereiwesens organisatorisch mit unterstützte, war der verdienstvolle Direktor der Stettiner Stadtbücherei, Dr. Erwin Ackerknecht. In zahlreichen Beiträgen der Fachpresse, wie der „Bücherei und Bildungspflege", setzte er sich bis in die 1930er Jahre für den weiteren Ausbau des öffentlichen Bibliothekswesens ein, zu dem auch die Wanderbüchereien in Pommern gehörten. Ackerknecht wurde jedoch nach 1933 von den Nazis einige Jahre aus seiner leitenden Funktion verwiesen und beschäftigte sich in der Zeit mit der Tätigkeit der skandinavischen Bibliotheken.

Der bis zum Ende des 2. Weltkrieges bestehende „Grenzbüchereidienst" mit seinen Einrichtungen war zu einem offenen Propagandaverein geworden, der jedoch qualitativ hinter ausländischen Vorbildern zurückblieb und einen Bildungsauftrag im humanistischen Sinne nicht erfüllen konnte.

Wolfgang Dahle, Rostock

Asyl-Sammelbecken in der Bananenrepublik

Zu: Nur Tunesien kann es noch richten (Nr. 29)

Der Fall Sami A. beweist, dass das Asylrecht in Deutschland geändert werden muss. Ein Asylrecht, welches vor dem Hintergrund des nationalsozialistischen Unrechts 1948 verabschiedet wurde, passt nicht mehr in die heutige Zeit. Nicht politische, sondern wirtschaftliche Gründe sind die heutigen Fluchtursachen.

Die Bundesregierung muss unverzüglich ein einheitliches europäisches Asylrecht fordern, um zu verhindern, dass die Bundesrepublik das Sammelbecken aller afrikanischen Wirtschaftsflüchtlinge wird. Glaubt denn die Bundesregierung, die „Flüchtlinge" wollen nach Deutschland, weil sie Deutschland lieben? Nein, sie wollen nach Deutschland, weil sie hoffen, sich hier finanziell aussorgen zu können.

Sami A. hat hier jahrelang von der Sozialhilfe gut und gerne gelebt. Seine Abschiebung war rechtens, auch wenn ein Gericht heute die Rückholung fordert mit der Begründung: „Es könnte sein, dass Sami A. in Tunesien gefoltert werden könnte." Ein Beweis hat das Gericht dafür nicht. Es lässt sich auf Mutmaßungen ein. Es ist unmöglich, dass immer mehr Anwälte Immigranten vor Gericht in allen Belangen vertreten können, weil die Anwälte über die Gerichtskostenbeihilfe finanziell abgesichert sind. Leben wir zwischenzeitlich in einer Bananenrepublik?

Dieter Kassenbeck, Rheine

Altersarmut wird zum Problem

Zu: Im Alter hohes Armutsrisiko (Nr. 29)

Dieses Thema verdient mehr Beachtung. Es gibt nicht nur ein Armutsrisiko in Deutschland, wir haben bereits eine Altersarmut. Und die Anzahl dieser Menschen wird völlig unterschätzt. Es sind Menschen, die überwiegend 30 bis 40 Jahre gearbeitet haben. Die heute jungen Bürger werden diese Jahre wahrscheinlich kaum noch erreichen. Und wenn, dann haben sie während ihres Berufslebens, trotz guter Qualifikation, äußerst wenig verdient (wobei sie eigentlich mehr Lohn verdient hätten).

Hinzu kommt, dass viele hunderttausend Menschen hier leben wollen, obwohl sie überwiegend nie in Deutschland gearbeitet haben beziehungsweise auch nie arbeiten werden. Und da die Anzahl dieser Menschen weiterhin steigen wird, wird auch die Altersarmut in Deutschland drastisch zunehmen.

Heinz-Peter Kröske, Hameln

Alles lief schief

Zu: Gemeinsam gegen den Notstand (Nr. 30)

Als betroffene Tochter habe ich genau diese Menschenverachtung (bei der Pflege älterer Menschen, d. Red.) miterlebt. Angefangen vom Medizinischen Dienst über Richter und Familienmitgliedern, Pflegepersonal, und, und, und. Alles, was schieflaufen konnte, habe ich mit meiner Mutter durchgemacht. Und das trotz Patientenverfügung. Die perverse Politikerdenke, die Bürger an der kurzen Leine zu führen, muss endlich aufhören.

Gudrun Piel, Witten

Aushängeschild

Zu: Demaskierend (Nr. 30)

Spieler einer deutschen Nationalmannschaft sollten das Recht haben, sich für diese Nation einzusetzen. Gleichfalls sollten Fußballer mit einer anderen Identität auch das Recht haben, in deren Nationalmannschaft zu spielen.

Vom Fußballer Mesut Özil verlangten sogar Ewiggestrige, beim Abspielen der Nationalhymne mitzusingen, nur weil dies so üblich sei. Ein Wechsel zur Nationalmannschaft seines Präsidenten Erdogan würde dieses Verlangen für Özil erleichtern, dann könnte er endlich aus voller Kehle und Überzeugung die türkische Nationalhymne schmettern.

Böse Zungen aber behaupten, Özil habe nur des Geldes wegen in Deutschland gespielt. Eigentlich verständlich, denn für einen Euro bekommt er schließlich fast sechs türkische Lira, wenn er dieses Geld mitnimmt in seine Heimat. Und der unumschränkte Herrscher aller Türken bekäme mit ihm ein weiteres Aushängeschild.

Gerhard Hahl, Altenholz

Bild: action press

Vorhang zu und alle Fragen offen: Die Angeklagte Beate Zschäpe (l.) am Ende des Münchener Mammutprozesses um den NSU

Schröders Ungeist

Zu: Zum Schaden (Nr. 25) und: Arbeiten bis zum Umfallen (Nr. 25)

Zum mit „Zum Schaden" betitelten Leitartikel sollte ergänzt werden, dass bereits mit der rot-grünen Regierungsübernahme 1998 durch den roten Oberraffzahn und heutigen Super-Oligarchen, Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der heute ein gutes Spiegelbild für die SPD abgibt, das Ende Deutschlands eingeleitet wurde. Jene Regierungszeit wurde unter anderem massiv dazu benutzt, durch die Aushöhlung der sozialen Gesetzgebung in Deutschland das einzuleiten, was die Rentner in zunehmender Weise belasten wird: die Besteuerung ihrer Renten seit 2005.

Also nicht erst die gegenwärtig amtierende Bundeskanzlerin Angela Merkel, die freilich den deutschen Ausverkauf bis zur Perfektion betrieb, betreibt und betreiben wird, sondern bereits schon jene rot-grüne Katastrophenregierung setzte auf die tiefe Verachtung Deutschlands mit seiner Sozialstaatstradition, die bis auf Bismarck zurückzuführen ist, die Weltkriege, Inflation und Nationalsozialismus überstand und die nun aber abenteuerlichen Spinnereien und Phantasien, die mit „Europa" und ähnlichen Vokabeln ummäntelt werden, als Opfer dargebracht wird.

Manfred Kristen, Freital

Der NSU – Eine Geheimdienstinszenierung?

Zu: Viele Fragen bleiben ungeklärt (Nr. 29)

Dieser Prozess hat nicht nur keine Frage beantwortet, sondern weitere Fragen aufgeworfen, was zu der Vermutung Anlass gibt, dass es sich um eine gezielte Inszenierung handelt.

Der NSU-Prozess wurde von einem mysteriösen Zeugen- und Ermittlersterben begleitet. Die Waffe, mit der sich Uwe Mundlos getötet haben soll, war fertiggeladen, das heißt, es befand sich eine Patrone im Lauf. Ein Toter kann aber kein Gewehr nachladen. Die Kriminalbeamten sollten gar nicht ermitteln, sondern eine Geschichte um ein zuvor festgelegtes Ergebnis konstruieren. Sie fanden feuerfestes Beweismaterial in einem ausgebrannten Wohnmobil. Eine NSU-Akte wurde vom Hochwasser in Sachsen weggespült. Der Berliner Innensenator Körting hat alles unternommen, um eine Aufklärung zu verhindern.

Angesichts dieser und anderer Merkwürdigkeiten stellt sich die Frage, wem diese Inszenierung nützt und welchem Zwecke sie dienen soll. Von wem stammt der Begriff NSU? Wieso hat diese Gruppe nie etwas von sich hören lassen, wie zum Beispiel die RAF, die alle ihre Taten mit ihrem Kalaschnikow-Logo versehen hat?

Wenn bei den wesentlichen Aktionen der Verfassungsschutz involviert war, ist es naheliegend, dass der NSU ein Geheimdienstprojekt ist, zumal sich diese Behörde dazu veranlasst sieht, Akten 120 Jahre unter Verschluss zu halten. Was könnte drinstehen?

Welches Interesse könnte der Staat haben, dass ein „braunes Gespenst" im Lande, in dem wir laut Merkel „gut und gerne leben", herumgeistert und sein Unwesen treibt? Könnte es damit zu tun haben, dass den Deutschen, die hier schon länger leben, nicht mehr vermittelt werden kann, warum sie 70 Jahre nach der Kapitulation der Wehrmacht immer noch tributpflichtig sein sollen?

Ist es nicht beruhigend zu wissen, dass das „Täter-Gen" immer noch aktiv ist und wir uns vor der Rückkehr eines Nationalsozialismus nur dadurch schützen können, indem wir uns selbst abschaffen oder uns zumindest mit Fremden zu einer amorphen und gendergerechten Einheitsmasse vereinigen? Da sagen wir doch danke und heißen die neuen Siedler umso herzlicher willkommen.

Carsten Pötter, Visbek

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Stilbildender Ebenist

Eine ganz besondere Strahlkraft eines Schreinermeisters der Goethezeit – Die Möbel-Antiquitäten des David Roentgen

Weil das Weimarer Stadtschloss saniert wird (siehe *PAZ* vom 27. Juli), wird auch dessen Museumsdepot ausgelagert. Darunter befinden sich Möbelschätze des Künstlers David Roentgen, der vor 275 Jahren geboren wurde.

Im Jahr 2001 zeigten die Kunstsammlungen im Schlossmuseum eine bemerkenswerte Ausstellung von Möbelarbeiten, die von der großherzoglichen Familie genutzt wurden, ab 1945 in vergessenen Magazinen lagerten und erst nach der „Wende“ schrittweise entdeckt, katalogisiert und schließlich restauriert wurden.

Da kam Erstaunliches zutage. Das reichte von einem Kabinettschrank aus Augsburg von 1660 über ein Konsoltischpaar von André-Charles Boulle, der am Hofe Ludwigs XIV. als Möbel-Künstler verehrt wurde, und ein Schreibkabinett aus der Antwerpener Werkstatt von Hendrik van Soest bis hin zu Möbel-Kostbarkeiten von David Roentgen. Dazu gesellten sich Exponate aus der Hinterlassenschaft von Maria Pawlowna, die nach ihrer Heirat mit dem Erbprinzen von Sachsen-Weimar einiges vom russischen Roentgen-Mobiliar mit nach Weimar gebracht hatte. Die Ausstellung von 2001 gab einen Einblick in die Schatzsammlung der Weimarer Depots und offenbarte die überragende Stellung, die einst David Roentgen mit seiner Kunst einnahm.

Der Name Roentgen wurde in Europa zum Synonym für „rare Kunst- und Cabinettstücke“. Seine Kunstwerke zählen heute zu den Höhepunkten großer öffentlicher sowie privater Sammlungen. Sie finden sich im Pariser Louvre, in der Petersburger Eremitage, im Kasseler Schloss Wilhelmshöhe, im Londoner Victoria & Albert-Museum, im Wörlitzer Schloss und in den Depots von Weimar.

Roentgen, der im Übrigen nicht verwandt ist mit dem späteren Erfinder der „Röntgenstrahlen“, Conrad Röntgen, wurde am 11. August 1743 in Herrnhaag bei Bad Nauheim in der Wetterau geboren. Sein Vater betrieb im Rahmen der Herrnhuter Brüdergemeine eine Möbel-Manufaktur. Entsprechend der Gepflogenheiten der Gemeinde in der Kinder-Erziehung kam der Junge bereits früh in das Knaben-Internat nach Niesky bei Görlitz.

Anschließend begann Roentgen im väterlichen Betrieb – nun in Neuwied – eine Schreinerlehre. Sein Vater war wohl der beste Lehrer, den er damals in Deutschland für das Möbelhandwerk bekommen konnte. Der Junge lernte fleißig, offenbarte eine große Begabung und übernahm zusätzliche Anregungen aus dem benachbarten französischen Kulturkreis.

Angesichts der Schwierigkeiten, die die Herrnhuter Gemeinschaft dem Betrieb bereitete, und der Absatzprobleme im und nach dem Siebenjährigen Krieg resignierte der Vater. Er überließ dem aufstrebenden Sohn zunehmend die Geschäfte. Dieser beantragte seinerseits in Hamburg für 1769 die Durchführung einer Lotterie, deren Erlös den Familienbetrieb entschuldete, Neuinvestitionen ermöglichte und der Möbel-Firma zusätzliche Bekanntheit eintrug. Aber diese Geschäftigkeit widersprach den Regeln der Brüdergemeine. Das brachte der Familie den Ausschluss ein. Doch der Betrieb florierte und kam wieder auf Erfolgskurs.

Der junge Roentgen, der die Manufaktur ab 1772 auch offiziell vom Vater übernahm und 1773 eine Pfarrerstochter aus dem Elsass heiratete, nutzte pionierhaft den Übergang vom Barock zum Klassizismus, schuf nach Entwürfen von Friedrich Wilhelm von Erdmannsdorff für den Fürsten Franz von Anhalt-Dessau und dessen neues Schloss in Wörlitz ein komplettes Möbelprogramm, das zunächst den Herzog Carl August von Sachsen-Weimar sowie Johann Wolfgang von Goethe als Begleiter begeisterte und bei den touristischen Besucherströmen bis heute Bewunderung auslöst.

Carl August und sein Dichterfürst gehörten nach dem Dessau-Wörlitzer Möbelerlebnis zu den Verehrern Roentgens. Mit Folgen: Als Roentgen dem Weimarer Hof nach ersten Verkäufen den Mitarbeiter Kronrath empfahl, griff man zu. Kronrath dankte es dem Herzogshaus mit kunstvollen Möbeln in Roentgenart.

Für Roentgen selbst ging es Schlag auf Schlag. Er ließ in Neuwied ein neues Wohn- und Arbeitshaus bauen, erweiterte den Kundenstamm des Vaters erheblich und gewann neben vielen deutschen sowie europäischen Fürstenhöfen auch die französische Königin Marie Antoinette als Vorzeigekundin. Dazu fuhr er mit einigen Wagenladungen seiner Möbel nach Paris, wo er sich gegen harte Konkurrenz bestens durchsetzte, aus Werbegründen den Pariser Meisterbrief erwarb und ein „ständiges Verkaufsmagazin“ einrichtete, das bis zur Französischen Revolution für Riesengewinne sorgte. Sein Pariser Erfolg war für Europas Fürsten, die alles Französische begehrten, Werbung genug.

Bild: Sailko

Meisterstück aus Roentgens Werkstatt: Sekretär von zirka 1775

Roentgens Möbel hatten Hochkonjunktur. Er beschäftigte über 40 Mitarbeiter, zeitweilig sogar rund 100, arbeitete mit dem Graveur Elie Gervais, der vor allem Entwürfe für Blumen-Marketerien lieferte, mit dem Koblenzer Hofmaler Januarius Zick und dem Uhrmacher Peter Kinzing zusammen, der technische Konstruktionen beisteuerte, und ging zur Serienbauweise über. Dabei entstanden Zylinderschreibtische, Musikautomaten und technisch sowie künstlerisch ausgeklügelte Standuhren. Allein siebenmal weilte der Möbel-Künstler mit einigen Wagenladungen bei Kaiserin Katharina II. in Russland, die sich ebenfalls für seine Möbel begeisterte.

Nach der Französischen Revolution von 1789 kam es zeitweilig zu einem Umsatzeinbruch. Roentgen musste mehrfach im Gefolge der Koalitionskriege von Neuwied in andere Herrnhuter Brüdergemeine fliehen, lebte vom Verkauf geretteter Restmöbel und lebte ab 1801 wieder in der heimischen Brüdergemeine, die ihn neuerlich aufgenommen hatte.

Am 12. Februar 1807 starb der Möbel-Künstler auf einer Arbeitsreise an den Hof des Herzogs von Berg in Wiesbaden an den Folgen einer Lungenentzündung. Katharine Dorothea Roentgen, seine Witwe, heiratete in zweiter Ehe 1812 den ebenfalls europaweit bekannten Lackfabrikanten Johann Heinrich Stobwasser aus Braunschweig, dessen Tochter schon zuvor einen Roentgensohn geheiratet hatte. Von den sechs Roentgenkindern erreichten nur drei das Erwachsenenalter.

Einige Mitarbeiter von Roentgen errichteten schon vor dessen Tod und danach eigene Werkstätten in der Tradition von Roentgen. Dazu gehörten Johann Anton Reusch in Neuwied, Johann Wilhelm Kronrath in Weimar, Christian Knesing in Leipzig, David Hakker in Berlin, Christian Härder in Braunschweig, Heinrich Gambs in Petersburg und Johann Gottlieb Frost in Paris. Die Roentgenjünger profitierten noch lange vom Ruf ihres Lehrmeisters.

Bild: Roentgen-Museum Neuwied

Holzkünstler: David Roentgen

Goethe verewigte die Bedeutung Roentgens in seinen Schriften und Briefen. Dazu gibt es eine umfangreiche Literatur, die sich mit dem Wirken des berühmten Ebenisten – Kunstschreiners – beschäftigt. In Neuwied existiert neben einer Schule, die seinen Namen trägt, auch ein Roentgen-Museum, das die Erinnerung an ihn pflegt. Außerdem erzielen Roentgen-Möbel bei Versteigerungen seit Langem Höchstgewinne. Sie sind beim Geldadel sehr gefragt.

Für Weimar steht die Frage, wann die gehorteten Möbel-Kostbarkeiten ein zweites Mal für die Öffentlichkeit zu sehen sein werden, noch aus. Es wird frühestens nach der Schlosssanierung 2023 der Fall sein. *Martin Stolzenau*

Der Mais hat seinen Preis

Die Dürreperiode macht dem pflanzlichen Zuwanderer zu schaffen

Der Deutsche Bauernverband rechnet 2018 wegen der langanhaltenden Trokkenheit im Schnitt mit 20 Prozent, gebietsweise sogar bis zu 70 Prozent Ernteausfällen. Davon bleibt auch der Mais nicht verschont. In Teilen Brandenburgs stehen Maispflanzen nur kniehoch und drohen zu vertrocknen. Wo ausreichend Regen vorhanden war, etwa im Süden Deutschlands, wird mit guten Erträgen gerechnet. Experten halten eine endgültige Prognose jedoch noch für verfrüht, könnten sich doch mit Niederschlägen die Pflanzen eventuell noch erholen.

Eigentlich kommt der Mais mit dem mitteleuropäischen Klima gut zurecht. Dabei ist die Pflanze vor 500 Jahren hier „eingebürgert“ worden. Denn als ihre Heimat gilt Mexiko. Ursprünglich entwickelte er sich aus dem Wildgras Teosinte. Dieses besaß nur eine kleine Ähre mit wenigen harten, losen Körnern. Wie die Ureinwohner Amerikas daraus die nahrhafte Kulturpflanze züchteten, ist noch unerforscht. Jedoch entstand im Laufe der Entwicklung ein kolbenartiger Fruchtstand, wie wir ihn heute kennen.

Für die Bewohner Mittel- und Südamerikas galt Mais als heilige Pflanze, die sie seit Jahrtausenden gut ernährte. Ihre Schöpfungsmythen enthielten sogar, dass der Mensch von Göttern aus Mais gemacht wurde. Als Christoph Kolumbus 1492 Kuba und Haiti entdeckte, fiel ihm die Maispflanze auf. Die Einheimischen nannten sie „mahiz“. Kolumbus brachte Samen mit nach Europa.

Botanisch gesehen gehört Mais zu den Süßgräsern, somit zum Getreide. Mais liebt es warm.

Bild: Exdartefact

Vertrocknet: Maisfeld

Daher brachte die Pflanze rund ums Mittelmeer gute Erträge und verbreitete sich schnell. Da Mais auch in der Türkei angebaut wurde, galt er lange als „Türkisches Korn oder Weizen“.

Im südlichen Deutschland zierte er zunächst nur einzelne Gärten. Später züchtete man Sorten, die auch im kühleren nördlichen Klima wuchsen. Jedoch blieb Mais bis zur Mitte der 1960er Jahre nur als Hühnerfutter bekannt. Das änderte sich schnell.

Heute ist Deutschland ein Maisland mit 2,5 Millionen Hektar Anbau. Neue Züchtungen machten es möglich. Die Pflanze trägt männliche und weibliche Blüten und erreicht Wuchshöhen von mehreren Metern. An jeder Pflanze entstehen immer nur zwei Maiskolben, die Körner in acht bis 16 Längsreihen enthalten.

Unterschieden wird zwischen Körnermais und Silomais, wobei die Silomaisfläche viel größer ist. Bei diesem wird die ganze Pflanze inklusive Stängel, Blättern und Kolben klein gehäckselt und in Silos konserviert. So erhält man energiereiches Futter für Rinder und Schweine, aber auch den Grundstoff für Biogasanlagen, um Strom und Wärme zu erzeugen.

Mais ist so vielseitig wie kein anderes Getreide. In weiten Teilen der Welt ist er wichtiges Grundnahrungsmittel. Aus Körnermais stellt man Maiskeimöl, Maisstärke, Cornflakes, Grieß, Popcorn und Zusatzstoffe für Lebensmittel her. Sogar zur Herstellung von Papier, Wegwerfgeschirr und Kleidung kann man ihn verwenden. Hält die Dürreperiode länger an, kann man damit rechnen, dass sich solche Maisprodukte verteuern werden. *Silvia Friedrich*

Leidende Kastanie

Die Idee »Baum des Jahres« feiert Jubiläum

Die Kastanien geben mancherorts ein trauriges Bild ab. Der trockene Sommer sorgt dafür, das die Blätter schon jetzt ein herbstliches Braun angelegt haben. Dabei steht dieses Jahr ganz im Zeichen der Ess-Kastanie. Denn diese ist der Baum des Jahres 2018.

Vor genau 30 Jahren entstand die Idee, mit einer entsprechenden Aktion auf bedrohte oder beschützenswerte Bäume aufmerksam zu machen. Wenn es schon Vögel, Blumen oder andere Merkwürdigkeiten des Jahres gibt, warum dann nicht auch einen Baum des Jahres? Diese Frage stellte sich der aus dem schlesischen Ratibor stammende Naturschützer Silvius Wodarz, der in Schleswig-Holstein einen Umweltschutzverein gegründet hatte und daraufhin zur Aktion „Baum des Jahres“ aufrief. Der erste Baum, der die Ehre hatte, die Liste anzuführen, war vor 30 Jahren die Stiel-Eiche. Seit 18 Jahren gibt es sogar einen „Baum des Jahrtausends“: Es ist der Ginkgo, der „als Mahnmal für Frieden und Umweltschutz“ fungieren soll.

Inzwischen erwägt das Kuratorium, das den „Baum des Jahres“ proklamiert, einen deutschen Baumfesttag einzuführen, der im Herbst auch mit Pflanzaktionen verknüpft werden könnte. Damit könnte man etwas gegen die schrumpfende Zahl alter Bäume in den Parkanlagen tun. Ursachen hierfür sind die natürliche Altersgrenze, Baumschädlinge, Orkane, eine lang anhaltende Trockenheit und Beeinträchtigungen im Zusammenleben von den Baumwurzeln und den Mykorrhizapilzen, zu denen die hohe Stickstoffbelastung beitragen soll.

Bild: baum-des-jahres.de

Baum des Jahres: Ess-Kastanie

Am 11. Oktober wird in Berlin der Baum des Jahres 2019 proklamiert. Hierfür sind die Flatter-Ulme, die Kornelkirsche und die Douglas-Tanne vorgeschlagen. Da es in Deutschland 90 Baumarten gibt, reichen ja noch 60 Jahre aus, bis jede davon mal in den Genuss gekommen ist, den Titel „Baum des Jahres“ zu führen. *H. Tews*

MELDUNGEN

Lebensfreude an der Ostsee

Lübeck-Travemünde – Auf der Travemünder Festival-Wiese am Brügmanngarten findet vom 10. bis 12. August das 4. Lebensfreude-Festival statt. Bei freiem Eintritt kann man zu Musik und Tanz bis 22 Uhr, am Sonntag bis 19 Uhr, Sinnes- und Gaumenfreuden erleben oder am Strand-Yoga teilnehmen. Zur Unterhaltung durch 50 Musikveranstaltungen informieren auf der Promenade rund 80 Aussteller über eine gesunde Lebensweise für Körper, Geist und Seele. Internet: www.lebensfreude-festival.de *tws*

Biennale des Porzellans

Meißen – Auf der Albrechtsburg findet vom 12. August bis 4. November die zweite Sonderausstellung zum Thema zeitgenössischer Porzellankunst statt. Namhafte nationale und internationale Künstler präsentieren auf dieser Porzellanbiennale moderne Schöpfungen. Eine vierköpfige Jury hat dabei aus 75 Bewerbungen ausgewählt. Insgesamt werden Arbeiten von 31 internationalen Porzellankünstlern präsentiert. Informationen unter: www.albrechtsburg-meissen.de *tws*

Tötungskommandos des israelischen Geheimdienstes

Von Anfang an setzte Israel gegen die ständigen Angriffe auf seinen Staat zu seinem Überleben jegliche Mittel ein, was sehr bald auch zum Aufbau mehrerer Geheimdienste führte: Der Inlandsdienst Schin-Bet ist für Gegenspionage und feindlichen Terror zuständig, während AMAN Militärspionage betreibt. Dem Mossad obliegen geheime Aktivitäten im Ausland. Seine Abteilung „Caesarea“ führte laut Ronen Bergmans Dissertation „Der Schattenkrieg“ über 1800 sogenannte gezielte Tötungen durch – die Neutralisierung feindlicher Einzelpersonen. Man erachte dieses Vorgehen für „weitaus moralischer“ als einen Krieg gegen ein feindliches Land. Solchen Tötungsbefehl dürfe nur der Ministerpräsident oder Verteidigungsminister Israels unterschreiben. Voraussetzung sei stets, dass dabei nicht Unschuldige gefährdet werden.

Manche Mossad-Aktionen sind bekannt, wie in der Suez-Krise 1956 der Abschuss des Flugzeugs nach Damaskus mit hochrangigen ägyptischen Militärs, was Kairo als „Niedergang unseres Generalstabs“ wertete. Im Sinai-Krieg fiel dem Mossad die Kartei aller palästinischen Terroristen in die Hände. Die Geheimrede Chruschtschows über Stalins Verbrechen landete schnell in Tel Aviv und dann bei der CIA.

Breit dargelegt wird im Buch die Entführung Eichmanns, der Hauptverantwortliche für Hitlers „Endlösung“, aus Buenos Aires. Weltbekannt wurde der Terroranschlag auf die israelische Mannschaft für die Olympischen Spiele in München 1972. Lediglich ein Jahr danach waren nach mühseligen Ermittlungen 14 der Mörder von der Mossad-Einheit „Kidon“ umgebracht, in Norwegen töteten sie allerdings aufgrund großer Ähnlichkeit einen unschuldigen Marokkaner. Durch Selbstgefälligkeit seiner Geheimdienste, seiner großen Erfolge und überschätztes Gefühl von Sicherheit wurde Israel vom Jom-Kippur-Krieg völlig überrascht.

Der Leser erlebt den brutalen Terror der PLO, der ab 1993 fast jede Woche auch innerhalb Israels gezielt erfolgte. Zu den Selbstmord-Bombenanschlägen wurden sogar Frauen und Kinder benutzt. Andererseits wird das Aufspüren von deren Funktionären dargelegt, sei es, dass „ein Fernseh-Team von ABC-News“ einen von ihnen „für ein Interview“ aus dem Versteck lockte, oder dass man zum Erschießen Drohnen einsetzte und den PLO-Führern Sprengstoff zusandte, der in Öl- oder Konservendosen oder ebenfalls in Waschpulverbeuteln versteckt war. In einem Fall wurde die Zahnpastatube mit tödlichem Gift gefüllt. Bei den Raketen-Tests Ägyptens waren deutsche Wissenschaftler beteiligt. Nicht wenige starben, während Desinformationskampagnen Tel Avivs sie in Südamerika gesehen zu haben behaupteten. An den SS-Führer Skorzeny, der den Duce aus den Händen der italienischen Regierung befreite, kam der Mossad über seine recht lebenslustige Frau: Gegen einen gültigen Pass, viel Geld und lebenslange Immunität willigte er in eine vollständige Kooperation mit Israel ein und wurde sogar „ein Schlüsselagent der wichtigsten Operation“ des Mossad gegen das Raketenprogramm. Tel Aviv warf dem damaligen deutschen Verteidigungsminister Strauß Untätigkeit vor, dass deutsche Wissenschaftler Israels schlimmste Feinde unterstützten. Dieser wusste um die Folgen für die Bundesrepublik im Ausland bei einer Veröffentlichung der Unterlagen in der internationalen Presse. Es war dann auch kein Zufall: Sehr bald erhielten jene attraktive Angebote in der westdeutschen Industrie, sofern sie nicht mehr für Ägypten arbeiteten. Das Raketen-Projekt wurde „schließlich komplett lahmgelegt“, wie der Autor schreibt.

War der Mossad bisher stets bemüht gewesen, bei seinen Attentaten möglichst alle Spuren zu verwischen, so gab er späterhin bei jedem Anschlag seine Urheberschaft offen zu. Ziel war ein Abschreckungsaffekt, niemand sollte sich nirgendwo sicher fühlen vor Israels Gegenschlägen. Diese waren im Ausland sehr häufig missbilligt worden, der Angriff auf das World Trade Center am 11. September 2001 verlieh ihnen nunmehr internationale Legitimierung.

Drei Jahre später starb der PLO-Führer Arafat, den der Mossad jahrelang erfolglos verfolgt hatte. War es ein natürlicher Tod, war es Aids oder hatte eine radioaktive Materie ihn getötet? Der Verfasser deutet an, die Todesursache beim Mossad zu sehen.

Beim Bau Teherans geheimer Urananreicherungsanlagen für sein Atomprogramm setzten CIA und Mossad Computerviren ein, die es indes nur verlangsamten. Inzwischen wurde das Projekt angeblich abgebrochen, doch ist es weiterhin wichtigstes Ziel Israels.

Der Autor promovierte über den Mossad. Es ist dies das wirklich aufschlussreichste Enthüllungsbuch, das je über die israelische Geheimdienste erschien.

Friedrich-Wilhelm Schlomann

***Ronen Bergman: „Der Schattenkrieg“**, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2018, gebunden, 864 Seiten, 36 Euro*

Nachdenkliche Liebesbriefe

Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs war Franz Marc einer der einflussreichsten expressionistischen Maler in Deutschland. Als sein Markenzeichen gelten seine Tierbilder, insbesondere jene mit den blauen Pferden. Die von ihm und Wassily Kandinsky gegründete Künstlergemeinschaft „Der blaue Reiter“ war zudem ein wichtiges Sprungbrett für Expressionisten wie August Macke.

Macke fiel als Soldat gleich nach Kriegsausbruch. Marc sollte das gleiche Schicksal zwei Jahre später bei Verdun treffen. Er hinterließ eine verzweifelte Ehefrau, mit der er bis zu seinem Tod einen umfangreichen Briefwechsel geführt hat.

In „Ich will Dich an der Hand führen, um Dir die Wunder der Welt zu zeigen...“ hat die im Münchener Lenbachhaus tätige Kuratorin Annegret Hoberg eine Auswahl der Briefe von 1905 bis 1916 vorgelegt und mit Kommentaren versehen. Mit der vier Jahre älteren Berliner Künstlerkollegin Maria Franck, die Marc 1905 an einer Münchener Malschule kennenlernte, war er in zweiter Ehe verheiratet. Fotografien im Buch zeigen sie als stattliche Matrone und ihn als adretten Kavalier.

Auch als Marc eine andere Frau heiratete, von der er sich später wieder scheiden ließ, hielten beide ihre schmachtvolle Brieffreundschaft (Er: „Mein heißgeliebtes armes Lieb“; Sie: „Mein lieber lieber Franzl“) aufrecht. Als dann der Krieg tobte, schrieben sich die beiden nahezu täglich.

Maria verfasste in dieser Zeit Briefe mit bis zu 18 Seiten, auf die er mit Feldpostkarten antwortete. Im Buch ist nur eine kurze Auswahl vertreten, die aber zeigt, wie Marcs anfängliche Kriegsbegeisterung („Diese Artilleriekämpfe haben etwas unsagbar Imposantes und Mystisches“) schnell in Ernüchterung umschlug. Am 4. März 1916, dem Tag seines Todes, schickte er seine letzte Post ab, in der er hofft, zurückzukommen „in mein unversehrtes liebes Heim, zu dir und zu meiner Arbeit“. Ein Nachwort und eine Zeittafel beschließen diese nachdenklich stimmenden Aufzeichnungen eines Künstlerpaares. *Harald Tews*

***„Ich will Dich an der Hand führen, um Dir die Wunder der Welt zu zeigen...“, Briefe von Franz und Maria Marc**, herausgegeben von Annegret Hoberg, C.H. Beck Verlag, München 2018, Broschur, 192 Seiten, 18 Euro*

Weiche Formulierungen eines Pfarrers zur politischen Realität in Deutschland

Seit 2012 ist Sven Petry Landpfarrer in Sachsen. Der 1976 in Nordrhein-Westfalen geborene Ex-Ehemann der Politikerin Frauke Petry kennt die Lebensrealität der Menschen im ländlichen Raum Mitteldeutschlands, die geprägt ist von Abwanderung und fortlaufendem Strukturabbau. Auch die Kirchen sind davon betroffen. Die Entwicklung gibt Anlass zur Besorgnis, fand Petry, vollends, seitdem das tiefe Misstrauen und die Wut auf die Politik sich auch an der Wahlurne Luft machen. Dabei wirkte die Flüchtlingskrise von 2015 wie ein Katalysator, der unsere Gesellschaft gespalten hat. Mit seiner politisch-theologischen Schrift „Fürchtet euch nicht. Warum nur Vertrauen unsere Gesellschaft retten kann“ möchte Petry die Verbitterten und Erzürnten an die christliche Botschaft von Vertrauen, Versöhnung und Zuversicht erinnern. Als Christ sieht er seine Aufgabe darin, zu verbinden. Alle, die noch bereit dazu sind, bittet er, aufeinander zuzugehen, einander zuzuhören und die Position des anderen auszuhalten. Bei der einen Seite wirbt er um Verständnis für Menschen, die sich abgehängt fühlen und ihre Chance sehen, mit der Politik abzurechnen, bei der anderen Seite um Verständnis für die Zugewanderten und ihre Nöte.

Wir sollten nicht pauschalisieren oder Politiker und Flüchtlinge zu Sündenböcken machen, warnt Petry. Dass die Politik auf die Globalisierungseffekte in bestimmten Regionen nicht nur im Osten Deutschlands allzu spät reagiert hat, erwähnt er nur indirekt: Menschen bemühten sich, den „Rückzug des Staates aus den Orten, die sie Heimat nennen“ durch vielfältiges Engagement auszugleichen. Dem freiheitlichen Staat spendet er Lob, da der Staat dem einzelnen Bürger die Freiheit gebe, solange er sich an die Gesetze halte. Seine

Autor sieht Angst als Motiv

persönliche Position macht er deutlich, indem er „Populisten“, AfD-Wähler und mehr oder weniger auch Pegida-Anhänger gleichsetzt. Ihnen attestiert er als Hauptmotiv für ihre ablehnende Haltung der Regierungspolitik Wut und vor allem Angst. „Angst geht um in Deutschland, Angst vor Fremdem, Angst vor dem Islam, Angst vor dem Terror, vor der Globalisierung, vor Veränderung“, heißt es im Klappentext. Das habe durchaus auch mit Erfahrungen in der DDR-Vergangenheit zu tun, konstatiert Petry. Ohne Zweifel ist es ein Risiko, als Theologe eine politische Streitschrift zu verfassen. Hier zeigt es sich, dass der Autor konsequent davor zurückweicht, die realen Kosten und politischen Konsequenzen einer fortlaufenden Zuwanderung auf hohem Niveau zu benennen.

Näher an der Realität ist die knappe Botschaft von Joachim Gauck, der zu DDR-Zeiten ebenfalls Pfarrer war: „Unser Herz ist weit, doch unsere Möglichkeiten sind begrenzt.“ Dagegen Petry: „Eine Gesellschaft, die sich auch auf christliche Wurzeln beruft, sollte vor der Begegnung mit der Welt keine Angst haben.“ Ihm ist zu entgegnen, dass wir als Christen aber auch bedenken müssen, dass man sich mit so weichen Formulierungen in einer Grauzone bewegt, in der die realen Risiken „um des lieben Friedens willen“ ausgeblendet werden. Damit aber wird das Risiko einer plötzlich wieder unkontrollierten Zuwanderung nach Europa und Deutschland ausgeblendet. Welche Unruhe eine Wiederholung der Ereignisse von 2015 in unserer Gesellschaft auslösen würde, sollte ein Pastor jedoch im Blick haben – auch und gerade mit einem theologisch basierten Ansatz. *Dagmar Jestrzemski*

***Sven Petry: „Fürchtet euch nicht. Warum nur Vertrauen unsere Gesellschaft retten kann“**, Bastei Lübbe Verlag, Köln 2017, gebunden, 127 Seiten, 10 Euro*

Nichts für E-Book-Freunde

Die Seiten sind so glatt, wie die Innenseite einer Muschel und der Leineneinband in Sandfarben fühlt sich an, als wäre man am Strand, und damit ist der Leser mitten in den Geschichten Siegfried Lenz‘, die Meike Stegkemper und Daniel Kampa zusammengestellt und nach dem Titel „Stimmungen der See“ aus dem Jahr 1957 benannt haben. Ohne Vorwort wird der Leser „ins Wasser geworfen“, in eine Geschichte aus dem Jahr 1952, in der ein Mann Tag für Tag auf einen Beweis wartet, dass seine Ehefrau wirklich verunglückt ist.

So wie das Meer, sind Lenz‘ Erzählungen hell und dunkel zugleich. Wie in „Das unterbrochene Schweigen“, das von zwei verfeindeten Familien erzählt, deren Feindschaft soweit zurückreicht, dass keiner die Ursache mehr weiß. Zwei Mitglieder helfen sich jedoch während eines Notfalls gegenseitig. Die aktuellste Erzählung stammt aus dem Jahr 2011 „Die Maske“, in der ein Container mit Masken, die für ein Museum verschifft wurden, am Strand liegt und die Bewohner mit diesen Masken eine jeweils neue Seite an sich und anderen erleben.

„Stimmungen der See“ erzählt von einer Flucht zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, doch trotz aller Anstrengung landen die Fliehenden wieder am Ausgangspunkt. „Das Boot war jetzt schneller als die Strömung, die sie hinausführte: treibender Tang, der sie begleitet hatte, blieb zurück, das Boot zitterte unter den kleinen Stößen des Windes, parierte sie, fing sie auf, indem es leicht krängte und sich schnell wieder zurücklegte.“

Alle Erzählungen sind erfüllt mit Maritimem und die ruhige Erzählart wird zu der stürmenden See gekonnt in Kontrast gesetzt. Eine gelungene Zusammenstellung, der jedoch ein Vor- oder Nachwort nicht geschadet hätte. *Ch. Rinser-Schrut*

***Siegfried Lenz „Stimmungen der See“**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg, 2018, 200 Seiten, gebunden, 18 Euro*

Schwache Argumente

Zweifelsohne steckt die europäische Gemeinschaftswährung in einer tiefen Krise – hierüber herrscht Einigkeit unter allen Experten. Strittig ist hingegen die Ursache für das Debakel. Deshalb soll der Band „Das Euro-Desaster“ von Jörg Bibow und Heiner Flassbeck diesbezüglich Erklärungen liefern. Die Autoren sind Wirtschaftsprofessoren, welche unter anderem auch für die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) tätig waren. Ihre These lautet, dass die Krise aus einer Kombination von Lohnzurückhaltung und staatlicher Sparpolitik resultiert: Hierdurch stagnierten der Konsum sowie die Binnennachfrage und notwendige Investitionen der öffentlichen Hand blieben ebenfalls aus.

Als Hauptschuldigen für diese Politik sehen Bibow und Flassbeck den ehemaligen deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble: Der habe die „Eurostaaten an den Abgrund getrieben und exakt zum falschen Zeitpunkt zugelassen, dass der deutsche Staatshaushalt einen Überschuss ausweist.“ Allerdings muss man kein Freund von Schäuble sein, um zu erkennen, wie schwach die Argumentation der beiden Autoren ist, welche ihr finanzpolitisches Vorbild vor allem in Frankreich sehen.

Zum Ersten stieg der private Konsum in den letzten Jahren doch recht kräftig an. Zum Zweiten ist der Staat weniger knauserig als behauptet. Und zum Dritten kommt das Allheilmittel der beiden Makroökonomen weder originell noch zielführend daher: Die Löhne anheben und drauflos konsumieren, ohne zu sparen, dazu noch mehr Schulden machen und den Euro abwerten. Dass dies tatsächlich zu mehr Wohlstand und fiskalischer Stabilität führen könnte, mag glauben, wer will.

Wolfgang Kaufmann

***Jörg Bibow/Heiner Flassbeck: „Das Euro-Desaster. Wie die deutsche Wirtschaftspolitik die Eurozone in den Abgrund treibt“**, Westend Verlag, Frankfurt am Main 2018, broschiert, 240 Seiten, 20 Euro*

Ulrike Renk
Die Zeit der Kraniche
Roman
Nach dem dringlich herbeigesehnten Ende des Krieges besetzen die sowjetischen Truppen das Land. Viele Gutsfamilien verlassen ihre Heimat und fliehen in Richtung Westen. Auch Gebhards Brüder und sein Mutter. Er jedoch kann sich einfach nicht dazu entschließen, das Land seiner Väter zu verlassen. Dann wird er verhaftet. Frederike droht das gleiche Schicksal. In letzter Sekunde schafft sie es zu fliehen – aber wird ihr ein Neuanfang gelingen? Und was ist mit Gebhard? Der Abschluss der großen Ostpreußen-Saga von Bestsellerautorin Ulrike Renk.
515 Seiten
Nr. P A1273 Taschenbuch 12,99 €

Sonderpreis € 7,95

E.T.A. Hoffmann
Lebensansichten des Katers Murr
Gebunden.
512 Seiten
Nr. P A1063 7,95 €

Hoffmanns „Kater Murr" 1819/21 in zwei Bänden erschienen, gehört zu den Glanzstücken der romantischen wie der satirischen Erzählliteratur – so verblüffend modern ist sein Stil, so unverblümt beißend der Spott, so unkonventionell seine Form, dass der große Erfolg beim Publikum erst im 20. Jahrhundert einsetzte. Virtuos sind hier zwei Biografien wie zufällig miteinander verflochten: die Memoiren des selbstverliebten schriftstellernden Katers Murr und die Lebensgeschichte des Kapellmeisters Kreisler, deren Seiten Murr zur Niederschrift seiner Erinnerungen verwendet und deren Bruchstücke nun „versehentlich" mit abgedruckt werden.

Aldona von Hüon de Schoye
Frühling, Sommer, Herbst und Winter
Die schönsten Gedichte für das gane Jahr
304 Seiten/Kartoniert
Nr. P A1042 10,00 €

Wir leben mit dem Lauf der Jahreszeiten: Nach verschneiten Landschaften erfreuen wir uns an blühenden Knospen, sitzen an langen Tagen im strahlenden Sonnenschein, bis uns bunte Wälder zum Spaziergang anlocken, die schon bald wieder unter einer Schneedecke liegen ... Jede Jahreszeit hat ihre ganz besondere Schönheit. Von jeher haben Dichter die wechselnden Stimmungen der Monate in Worte gefasst. Dieser Band versammelt die schönsten Gedichte zu den vier Jahreszeiten, die unseren Lebenslauf stetig begleiten.

Jürgen Kleindienst (Hrsg.)
Kriegskinder erzählen
Zwischen Sirenengeheul und Granatsplittern 1939–1945
Kartoniert.
256 Seiten
Nr. P A0718 10,90 €

Kriegskinder der Jahrgänge 1929 bis 1941 erzählen in diesem bewegenden Buch von ihrem Alltag. Zum Beispiel vom nächtlichen Sirenengeheul und – wie makaber es auch klingen mag – vom Sammeln der bizarren Granatsplitter, die am nächsten Morgen als Reste der tödlichen Bombengeschosse zu finden waren. Stets ist die Angst gegenwärtig, verschüttet oder „ausgebombt" zu werden. Immer wieder verlieren nahe Angehörige, Nachbarn oder Schulkameraden ihr Zuhause oder gar ihr Leben. Die meisten Kriegskinder wachsen vaterlos auf und müssen frühzeitig ihren Müttern helfen, das Überleben zu sichern. Viele Kriegskinder erleben die überstürzte Flucht aus dem Osten und die Vertreibung aus der Heimat.

Johannes Thiele
Rote Kirschen ess ich gern
Das allerschönste Kinderbuch
Können Sie noch Gedichte wie „Das Schlaraffenland" oder „Die komischen Heinzelmännchen" von August Kopisch aufsagen? Erinnern Sie sich an die Kinderlieder von damals, die Ihnen vorgesungen wurden und die Sie dann selbst gesungen haben, an „Maikäfer flieg" und „Weißt du, wieviel Sternlein stehn"? Rote Kirschen ess ich gern ist ein fabelhaftes Hausbuch für Kinder und Erwachsene und ein Schatz für Jung und Alt. Eine unvergessliche Reise in die Kindheit mit all den Facetten, wie ein Kaleidoskop sie zeigt, das der Großvater aus ein paar bunten Glassplittern gebaut hat. In dieser Vollständigkeit und Anschaulichkeit darf es als einmalig bezeichnet werden. Dieses wunderschön nostalgisch gestaltete Buch verführt Sie zu einer Entdeckungsreise in die wunderbare Kinderwelt von damals. In dieser einmaligen Sammlung findet man alles, was die Tradition den Kindern manchmal über Jahrhunderte hinweg vermittelt hat. 360 Seiten
Nr. P A1223 Gebunden 24,00 €

Hans Graf von Lehndorff
Die Insterburger Jahre
Mein Weg zur Bekennenden Kirche
100 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0934 14,95 €

Hans Graf von Lehndorff, der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuchs", schildert in diesem Bericht seine Begegnung mit der Bekennenden Kirche in den Kriegsjahren 1941–1944 in Insterburg, wo er Assistenzarzt am Krankenhaus war. In klarer und eindringlicher Art entwirft er ein Bild von den Menschen, mit denen er dort zusammentraf, und die sein Leben und Denken entscheidend prägten. Er berichtet von der Arbeit der Mitglieder in der Gemeinde, den praktischen Hilfen, den abendlichen Veranstaltungen, auch von den Schwierigkeiten mit der „amtlichen Kirche", die sich den staatlichen Machtverhältnissen zumeist anpasste.

Armin Müller-Stahl
Dreimal Deutschland und zurück
240 Seiten/Gebunden
Nr. P A0741 19,99 €

„Mein ganzes Leben lang habe ich eine Heimat gesucht. Immer nach Westen: Tilsit, Prenzlau, Berlin, München, Los Angeles – wo der Westen sein Ende hat. Doch dann ist da dieses eigentümliche Gefühl im Frühling, wenn ich auf die Ostsee schaue: Da geht mir das Herz auf!" Zum 25. Jahrestag der Wende wirft Armin Mueller-Stahl, am 17. Dezember 1930 in Tilsit geboren, einen Blick zurück auf das Land, das viele Länder war und ihm doch Heimat geblieben ist: Kaum ein Schauspieler ist in Deutschland so beliebt wie Armin Mueller-Stahl. Und kaum einer hat Deutschland in so vielen Facetten erlebt und durchlitten wie er. Hier erzählt er von Flucht, Ausbürgerung und Verrat – aber auch von Erfolg, Ruhm und höchsten Anerkennungen.

Ulrike Renk
Die Jahre der Schwalben
Roman
Kurz nach ihrer Hochzeit erfährt Frederike, dass ihr Mann eine schwere Krankheit hat. Er geht in ein Sanatorium, und Frederike hofft auf seine Genesung. Doch als er stirbt, steht Frederike vor den Trümmern ihres Lebens. Allein und ohne eigenes Vermögen muss sie das Gut mit der großen Trakehnerzucht bewirtschaften. Jahre der Verzweiflung und Einsamkeit folgen, bis sie Gebhard von Mansfeld kennenlernt. Ganz langsam gelingt es ihr, wieder an das Glück zu glauben. Doch dann kommt Hitler an die Macht, und plötzlich weiß Frederike nicht, ob sie und ihre Liebsten noch sicher sind. Der 2. Teil der großen emotionalen Familiensaga aus Ostpreußen, die auf wahren Begebenheiten beruht.
560 Seiten
Nr. P A1186 Taschenbuch 12,99 €

Siegfried Lenz (48 Seiten)
Das Wettangeln
Es ist ein besonderer Tag im kleinen Ort Thorshafen an der Ostsee: Das jährliche Wettangeln findet am See gleich hinter den Deichen statt. Nur durch einen Zufall nimmt der Erzähler daran teil und lernt Anja kennen. Mit dieser letzten Geschichte hat Siegfried Lenz den Lesern über seinen Tod hinaus ein wunderbares Geschenk gemacht.
Nr. P A0941 Gebunden 18,00 €

H. von Geibler (Hrsg.)
Pommersches Kochbuch
Mit 631 selbst erprobten Rezepten
Reprint des Originals aus dem Jahr 1925!
Als Vorspeise „Körbsengemüß", danach „Gespickter Hecht mit Sahnesoße" und als Dessert einen „Ostsee-Kiesel"? Und wie wäre es mit einem „Arrak-Punsch" als Getränk oder einem „Ei mit Sahne und Rum"? Das „Pommersche Kochbuch" enthält 631 Rezepte traditioneller, regionaler pommerscher Küche zu Urgroßmutters Zeit. 256 Seiten
Nr. P 3634 Gebunden mit Schutzumschlag 14,95 €

Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Polnische Ostseeküste
Zwischen Oder und Frischem Haff 284 Seiten
Nr. P A1110 Kart. 12,95 €

Immer mehr deutsche Urlauber finden den Weg in Polens beliebteste Ferienregion, die Ostseeküste. Sie zieht es an die Strände mit dem feinen Sand, die sich scheinbar unendlich weit an der Küste entlang erstrecken. An der Küste liegen interessante Hafenstädte wie Stettin und Danzig, traditionsreiche Kurorte wie Sopot und Misdroy und zudem eine einzigartige, abwechslungsreiche Landschaft mit Steilküsten und Binnenseen, Moor- und Hügellandschaften. Dieser Reiseführer beschreibt diese Region in allen ihren Facetten und trägt den Entwicklungen der touristischen Infrastruktur der vergangenen Jahre Rechnung. Neben ausführlichen Informationen zu Geschichte und Kultur enthält dieses Buch unzählige praktische Hinweise zu Hotels, Restaurants, Ausflügen, Museen und sportlichen Aktivitäten.

Gunnar Strunz (448 Seiten)
Reiseführer Königsberg Kaliningrader Gebiet
Mit Bernsteinküste, Kurischer Nehrung, Samland u. Memelland
Nr. P A1114 Kart. 21,95 €

Im Kaliningrader Gebiet treffen russische Gegenwart und deutsche Vergangenheit aufeinander. Neben der Stadt Kaliningrad, dem ehemaligen Königsberg, lohnen vor allem die umgebenden Landschaften einen Besuch: die Rominter Heide, das Große Moosbruch und die Memelniederung, die Kurische Nehrung und die traditionsreichen Seebäder wie Rauschen, Cranz und Pillau. Der Reiseführer stellt alle Sehenswürdigkeiten kenntnisreich vor. Umfangreiche reisepraktische Hinweise und durchgängig kyrillisch-lateinisch beschriftete Karten helfen bei der Reisevorbereitung und der schnellen Orientierung vor Ort. Umfassende reisepraktische Tipps – Extra-Kapitel zum Memelland und zur Strecke Berlin-Kaliningrad – 43 genaue Stadtpläne und Übersichtskarten – 238 Farbfotos, 37 historische Abbildungen.

Kerstin und André Micklitza
Reiseführer Masuren
Mit Marienburg, Danzig und Thorn
163 Fotos, 300 Seiten
Nr. P A1153 Kart. 14,95 €

Masuren ist eines der letzten Gebiete Europas mit einer weitgehend intakten Natur. Besonders Wanderer und Wassersportler finden ein selten schönes Revier vor. Aber nicht nur Naturfreunde werden auf ihre Kosten kommen: Jahrhundertealte steinerne Zeugen der Vergangenheit künden von der ereignisreichen Geschichte der Region. Viele Informationen für Wanderer, Radfahrer und Wassersportler zeichnen den Reiseführer aus. Ausführliche Extrakapitel sind der als UNESCO-Weltkulturerbe geschützten Stadt Torun (Thorn), der alten Handelsstadt Gdansk (Danzig) sowie Malbork (Marienburg) mit seiner einzigartigen Ordensburg gewidmet. Der reich illustrierte Titel bietet umfassende Informationen zu den Destinationen, einen Abriss zur Geschichte, Erklärungen zu den wichtigsten Sehenswürdigkeiten sowie praktische Reiseinformationen.

Ulrike Renk
Das Lied der Störche
Roman
Ostpreußen 1920: Frederike verbringt eine glückliche und unbeschwerte Kindheit auf dem Gut ihres Stiefvaters in der Nähe von Graudenz. Bis sie eines Tages erfährt, dass ihre Zukunft mehr als ungewiss ist: Ihr Erbe ist nach dem großen Krieg verloren gegangen, sie hat weder Auskommen noch Mitgift. Während ihre Freundinnen sich in Berlin vergnügen und ihre Jugend genießen, fühlt sich Frederike ausgeschlossen. Umso mehr freut sie sich über die Aufmerksamkeit des Gutsbesitzers Ax von Stieglitz. Wäre da nur nicht das beunruhigende Gefühl, dass den deutlich älteren Mann ein dunkles Geheimnis umgibt ... Ein berührende Familien-Saga die auf wahren Begebenheiten beruht. Die Autorin Ulrike Renk lebt als freie Autorin in Krefeld. 512 Seiten
Nr. P A1150 Taschenbuch 12,99 €

Bernsteinsplitterkette 70 cm
Aus verschiedenfarbigen und unterschiedlich großen Bernsteinen.
Nr. P A0759 Bernsteinkette 49,90 €

Rolf Reinicke
Bernstein – Gold des Meeres
80 Seiten/Kartoniert
Nr. P 9661 12,99 €

Bernstein, das „Gold des Meeres", gilt als begehrtester Strandfund an Ostsee und Nordsee – und wohl auch der bekannteste Schmuckstein überhaupt. Die Popularität dieses faszinierenden Naturmaterials weckt immer wieder Interesse an seiner geheimnisvollen Enstehung, seinen ungewöhnlichen Eigenschaften, seinen besonderen Fundorten. In diesem Buch erfährt man alles über Bernstein: wie, wann und wo er entstand, welche lange Reise er hinter sich hat, wo und wann man ihn finden kann, wie man ihn sicher erkennt und wozu er verwendet wird. Der Geologe Rolf Reinicke, erfolgreicher Buchautor und bekannter Landschaftsfotograf, hat selbst Bernstein gesammlt. Er versteht es, gleichermaßen informativ wie unterhaltend viel Wissenswertes über ihn zu vermitteln – mit interessanten Fotos und verständlichen Texten.

Zogen einst fünf wilde Schwäne
24 Lieder aus Ostpreußen. Ännchen von Tharau, Es dunkelt schon die Heide, Zogen einst fünf wilde Schwäne, Land der dunklen Wälder, Abends treten Elche ..., Freiheit die ich meine u.v.m.
Laufzeit 55 Minuten
Nr. P 5875 CD 12,90 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg
Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Busfahrkarten für Asylsucher

Berlin – Laut Meldungen („Tagesspiegel", „Welt") versorgt das Spanische Rote Kreuz ankommende Asylsucher aus Afrika nicht nur mit Wasser und Nahrung, sondern auch mit Busfahrkarten, mit denen die Afrikaner weiter „nach Norden" reisen können. Die Organisation handelt den Berichten zufolge im staatlichen Auftrag. Derweil warnen Polizeikreise vor vermehrten Grenzübertritten an der deutschen Südwestgrenze. Im Unterschied zur Grenze zu Österreich finden hier keine regulären Grenzkontrollen statt, es gibt nur Schleierfahndung. *H.H.*

Putins Mann für die USA

Moskau – Der aus Actionfilmen bekannte US-Schauspieler Steven Seagal, seit November 2016 russischer Staatsbürger, wurde zum Sondergesandten des Kreml für die Beziehungen zu den USA ernannt. Der 66-Jährige soll sich vor allem um die Bereiche Kultur, Kunst und Jugendaustausch kümmern. Seagal hat Wurzeln in St. Petersburg. *MRK*

ZUR PERSON

Der Sieg des »Taliban-Khan«

Als würde Boris Becker künftiger Bundeskanzler werden – so muss man sich die Situation in Pakistan vorstellen. Dort hat eine Sportlegende die Parlamentswahlen gewonnen: **Imran Khan** war Kapitän der pakistanischen Cricket-Nationalmannschaft, die 1992 den Welt-Pokal gewann.

Cricket, die Brennball-Variante der Ex-Commonwealth-Staaten, ist in Pakistan Nationalsport. Wer es hier zu etwas gebracht hat, bekommt automatisch einen Bonus für künftige Aufgaben. Trotzdem benötigte Khan gut 22 Jahre von der Gründung seiner islamisch-demokratischen Partei „Pakistanische Bewegung für Gerechtigkeit", bis er auch auf dem politischen Kampfplatz als Sieger hervorging.

Für den Erfolg vollzog der 65-Jährige eine Persönlichkeitswende um 180 Grad. Zunächst ein von westlichen Werten geprägter Lebemann, der in Oxford Politik und Wirtschaft studierte, wandte er sich nach dem Ende seiner Sportlerkarriere und seiner Scheidung von einer jüdischen Milliardärstochter aus London islamischen Werten zu. So propagierte Khan, der nach dem Krebstod seiner Mutter das erste Krebskrankenhaus Pakistans stiftete, den „islamischen Wohlfahrtsstaat" und verteidigte das Gesetz für die Todesstrafe bei Beleidigungen des Propheten Mohammed.

Bild: Imago

„Taliban-Kahn" wird er inzwischen genannt, weil er sich für den Frieden mit den Taliban und gegen den Antiterrorkrieg der USA ausspricht. Für den Westen besitzt die Atommacht Pakistan eine Schlüsselrolle in der Krisenregion. Sollte Khan einen Koalitionspartner finden, muss er an verschiedenen Positionen den Ball im Spiel halten. Er will die Korruption bekämpfen, den Kaschmir-Konflikt mit Indien entschärfen sowie die USA bei Laune halten, die im Land Militärbasen unterhält. Um hier erfolgreich zu sein, muss der Cricketspieler noch einmal zur Höchstform auflaufen. *H. Tews*

Kollateralschaden

Kein Entrinnen

Wie der Anti-Rassismus sich selbst ernährt, wie unser Eifer das Ausland irritiert, und wie wir selbst Piraten bei uns behalten / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Endlich haben wir in Deutschland wieder eine schwungvolle Rassismus-Debatte, die uns von unangenehmen Dingen wie der unbegrenzten Einwanderung oder einer wankenden inneren Sicherheit ein wenig ablenkt. Man kann förmlich hören, wie die politisch-mediale Klasse aufatmet und sich mit frischer Kraft in ihr Lieblingsthema stürzt: die bösen, schuldigen Deutschen und ihre eingewanderten Opfer.

Dabei erweist sich die Dis - kussion als Idealbild eines perfekten Selbstversorgers. Paradox, aber wahr: Je geringer die Ablehnung der (wirklich oder vermeintlich) Fremden in einem Land ausgeprägt ist, desto deftiger wird dort über Rassismus lamentiert, wie eine Untersuchung aufgedeckt hat (siehe Meldung Seite 3). Denn je weniger (wirkliche oder vermeintliche) Rassismus-Erfahrungen die Betroffenen machen, desto höher werden ihre Erwartungen an die Einheimischen, desto leichter können sie schon von Kleinigkeiten enttäuscht werden.

Ist das nicht wunderbar? Je kleiner wir den Rassismus kriegen, desto größer erscheint er, ganz automatisch. Schon reicht es, ausländische Wurzeln auch nur zu erwähnen, und schwupp sind Sie als „Täter" entlarvt. Wenn Sie die Anzeichen solcher Wurzeln stattdessen bewusst übergehen, wird man Sie der Ignoranz hinsichtlich der kulturellen Andersverwurzelung Ihres Gegenübers bezichtigen. So oder so, die Falle steht und Sie entgehen ihr nicht, was Sie auch anstellen – oder eben nicht anstellen.

Aus Sicht der Rassismus-Bekämpfer kann nichts schiefgehen, daher durchpflügen sie das deutsche Gemüt seit Wochen mit einer Materialschlacht, die an den „Aufstand der Anständigen" gemahnt. Und das mit großem Erfolg: Fast zwei Drittel der Deutschen sind laut ARD-Politbarometer der Meinung, dass Rassismus ein „großes" (47 Prozent) oder sogar „sehr großes" (17 Prozent) Problem sei.

Nun gut, solche Umfragen sind natürlich mit Vorsicht zu genießen. Meistens holen sie aus den Leuten nur das wieder heraus, was man zuvor mit lautem Medien-Tamtam in sie hineingestopft hat. Wenn überall von „Rassismus" geredet wird, glauben die Menschen eben, dass das wohl wichtig sein muss. Die Medien müssten nur fünf Wochen lang hingebungsvoll über die Farbgebung deutscher Postwertzeichen lamentierten – bei einer anschließenden Umfrage, was die „großen Probleme" im Lande seien, würde die „Briefmarkenfrage" mit Sicherheit ganz weit oben landen.

Das Allensbach-Institut hat das Phänomen untersucht: Wenn Politik und Medien ein Thema richtig hochjubeln, schließt sich das Volk den Meinungen der Tonangeber brav an. Sobald die Sache aber wieder aus den Schlagzeilen verschwindet, kehren die Leute zu ihren eigenen Einschätzungen zurück.

> Der extreme Eifer, mit dem die Teutonen das mal wieder durchziehen, lässt Nachbarn frösteln

Eigene Einschätzungen? Die sind den Mächtigen verdächtig, weshalb sie zu dem Schluss gekommen sind, dass man das Volk bei entscheidenden Themen unter Dauerfeuer nehmen muss, damit es gar nicht mehr die Ruhe findet, um persönliche Überzeugungen auszubrüten. Daher die bald 30 Jahre währende, nahezu ununterbrochene Stopfmast mit Multikulti-Lyrik.

Besonders hervorstechen tun dabei immigrantische Ankläger des deutschen Rassismus, die in, mit und durch Deutschland karrieremäßig deutlich weiter nach oben gelangt sind, als es der großen Mehrheit der „normalen" Deutschen jemals vergönnt war.

Sibel Kekilli etwa durfte die Kommissarin in der beliebtesten Krimiserie des größten Landes der EU spielen, im „Tatort". In der „Zeit" beschwert sie sich nun über den Rassismus der Deutschen, der sie ihr ganzes Leben lang verfolgt habe. Sie sei sich sicher, „dass ich wegen meiner türkischen Herkunft auch weniger und andere Rollen bekomme".

Wen genau durfte Frau Kekilli denn nicht spielen wegen ihrer Herkunft? Othello? Gustav Stresemann? Den „Weißen Hai"? Schade, der Text verschwindet hinter der Bezahlschranke der „Zeit". Aber vielleicht steht da ja auch gar nichts Genaues. Dieses „Nichts" ist es schließlich, das die Rassismus-Klage gegen jede Kritik abdichtet. „Nichts" kann man per se nicht belegen, sonst wäre es ja nicht „nichts", sondern „etwas". Also braucht man es bloß zu behaupten, und schon ist es wahr. Praktisch, gell?

Im „Spiegel" weinen sich eine Professorin für Islamwissenschaft, eine Filmemacherin und Autorin, eine Politikwissenschaftlerin und Religionspädagogin („Ich bin sehr wütend und entsetzt!") sowie eine Psychologin und Comic-Zeichnerin darüber aus, wie rassistisch die Mehrheitsdeutschen mit ihnen umspringen. Der deutsche Paketbote wird dies in seiner Ein-Zimmer-Bude im Brennpunktviertel gewiss voller Scham lesen und sich fragen, wie er all die Benachteiligungen je wieder gutmachen kann, die er diesen armen Frauen ausgetan hat.

Im Ausland nimmt man diese offenbar sehr deutsche Debatte mit einem gewissen Unbehagen auf. Vor allem der extreme Eifer, mit welchem die Teutonen das mal wieder durchziehen, lässt manchen Nachbarn frösteln. So wundert sich die „Neue Zürcher Zeitung": „Eben noch konnte man lesen, wie sich das Land mit der Willkommenskultur verändert habe und wie viele Deutsche sich freiwillig für Flüchtlinge engagiert hätten; im nächsten Moment findet man sich in einem zutiefst rassistischen Land wieder. Diese rasanten Umschwünge sind befremdlich."

Nun gut, jene „Willkommenskultur" und ihre Folgen waren es ja auch, welche die Deutschen bedenklich nahe an die Barrikaden des Protests getrieben haben. Deswegen müssen wir jetzt solch einen Anti-Rassismus-Radau vom Zaun brechen. Es gilt, den Pöbel wieder auf Spur zu bringen. Schlaue Köpfe nennen das „Deutungshoheit zurückgewinnen". Das ist umso wichtiger, als am Horizont lauter irritierende Nachrichten lauern, welche die öffentliche Meinung schnell wieder durcheinanderwirbeln könnten.

Was sollen deutsche Normalbürger beispielsweise über die Nachricht mit den somalischen Piraten denken? Die hatten im Jahre 2010 einen deutschen Frachter mit Waffengewalt überfallen, bis sie von der niederländischen Marine überwältigt und nach Deutschland ausgewiesen wurden. In Hamburg hat man ihnen den Prozess gemacht, bereits 2015 kamen alle wieder frei. Fünf von ihnen blieben in Hamburg und stellten Asylanträge. Doch obwohl alle Anträge abgelehnt wurden, leben die fünf immer noch in der Hansestadt; einer bezieht laut „Welt am Sonntag" fast 1000 Euro vom deutschen Steuerzahler, 350 Euro für seine Wohnung, 416 in bar und den Rest für die Krankenkasse.

Die somalische Botschaft ist laut Hamburger Senat nicht in der Lage, den Piraten die zur Heimkehr nötigen Papiere auszustellen. Wie schade! Oder? Eigentlich nicht: Wir freuen uns doch über jeden einzelnen, den wir hier behalten dürfen. Daher hat sich die deutsche Politik so endlos viele Gesetzeskniffe ausgedacht, mit welchen sich die deutschen Behörden selbst austricksen können, bis aus jeder noch so klaren Ablehnung auf die eine oder andere Weise irgendwann ein Bleiberecht wird.

Darum geht es auch der Stadt Essen. Dort haben den Berichten zufolge arabische Clans den Stadtteil Altenessen in so etwas wie ein Bürgerkriegsgebiet verwandelt. Nun wollen die Behörden durchgreifen. Wie? Ausweisen? Ganz im Gegenteil: Es gehe darum, „vor allem jungen Menschen (aus den Clans) mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus und aufeinanderfolgenden Duldungen eine bessere, eventuell sogar dauerhafte Bleibeperspektive zu ermöglichen", so eine Sprecherin der Stadt.

Wenn die jungen Leute dann auch noch eine staatlich bezahlte Wohnung und genügend Steuergroschen in der Tasche haben, finden sie hoffentlich die Muße, sich mit dem „Spiegel" oder der „Zeit" über die Qualen auszutauschen, welche ihnen der deutsche Rassismus bereitet hat.

MEINUNGEN

Der bekannte französische Soziologe ***Emmanuel Todd*** *sagt im „Spiegel" (4. August) das* ***Ende der EU*** *voraus, die an ihren eigenen Fehltritten und Illusionen zerbrechen werde:*

„Die EU ist dabei, ein Opfer ihrer eigenen Sakralisierung zu werden und sich maßlos zu überschätzen ... Seit 1992, seitdem das Projekt der Währungsunion Gestalt annahm und die Vorstellung sich durchsetzte, den Kontinent über die Währung endgültig zu vereinen ... sagte ich mir, Europa ist futsch ... Die EU machte sich auf den Weg in die Sackgasse der Realitätsverweigerung."

Alexander Wendt *wundert sich in seinem Blog „Publicomag" (2. August) darüber, dass* ***ostasiatische Einwanderer*** *sich so gut wie* ***nie*** *über (wirklichen oder vermeintlichen)* ***Rassismus*** *von Deutschen beklagen:*

„In der Debatte um Migration, neue Deutsche und Diskriminierung kommen asiatische Einwanderer praktisch nicht vor, weder in den etablierten Medien noch in der Politik. Man ahnt, warum. Sie liefern zwar fleißig Steuern und Sozialabgaben ab, treten nicht in Männergruppen gegen andere Männergruppen an, bei ihnen läuft auch keine Großfamilienhochzeit aus dem Ruder. Aber sie enthalten dem ewig nach neuen Mündeln fahndenden deutschen Milieu den kostbarsten Stoff der Migranten vor, mindestens so wertvoll wie Gold: die Rassismus-Klage."

Daniel Deckers *findet die Diskussion über eine neue* ***Wehrpflicht*** *durchaus fruchtbar, wie er in der „FAZ" (6. August) schreibt:*

„Nicht jeder muss ein Bürger in Uniform sein wollen. Aber mehr als derzeit sollte schon möglich sein. In die richtige Richtung weisen die vielen Freiwilligendienste, die in den vergangenen Jahren entstanden sind. Dass die Nachfrage mitunter größer ist als das Angebot, spricht dafür, dass John F. Kennedys Formel ‚Fragt nicht, was euer Land für euch tun kann – fragt, was ihr für euer Land tun könnt' heute noch so aktuell ist wie vor 60 Jahren."

Reinhard Rauball *(71), Präsident der Deutschen Fußball Liga, wundert sich in der „Bild am Sonntag" (5. August) über die Art, wie die* ***Özil-Affäre hochgepuscht*** *wurde:*

„Die Thematik hat eine Größenordnung erreicht, die beispiellos ist. Selbst der Bundesliga-Skandal Anfang der 70er-Jahre hat nicht solche Wellen geschlagen ... Der Bundespräsident war eingeschaltet gewesen, die Kanzlerin hat sich geäußert, der Außenminister, der Innenminister, der Bundestagspräsident, der türkische Präsident etc."

Nathan Warszawski *hegt auf dem Portal „Freie Welt" (1. August) arge Zweifel, dass die neueste* ***„Antirassismus"-Kampagne*** *namens* ***„MeTwo"*** *die Diskussionskultur in Deutschland verbessern wird, denn:*

„Es liegt in der Natur der Sache selbst, dass Projekte wie diese eine ganz eigene Hetze entfachen: immer forscher, krasser und kaltblütiger gegen all jene, die man der Diskriminierung bezichtigt."